

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verlagsdirektor: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 24. August 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verlagsdirektor: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Breis pränumerando:  
Vierteljährlich 2,50 RM, monatlich 1,10 RM,  
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
Eingeliefern Nummer 5 Pf. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
abonnements: 1,10 RM pro Monat.  
Eingeliefern in die Postanstalt  
Frankfurt a. M. für Deutschland und  
Österreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland  
3 RM pro Monat. Postabonnements  
nehmen an: Belgien, Dänemark,  
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich außer Montagen.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgelohene Rollen-  
zeile oder deren Raum 50 Pf., für  
politische und gewerkschaftliche Vereins-  
und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.,  
„Kleine Anzeigen“, das erste (stet-  
gedruckte) Wort 30 Pf., jedes weitere  
Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schaf-  
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,  
jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über  
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
Inserate für die nächste Nummer müssen  
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
abgegeben werden. Die Expedition ist  
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Vorwärts“,  
„Sozialdemokrat Berlin“.

## Die Diktatur des Proletariats.

„Vierundzwanzigstes bis dreiunddreißigstes Tausend“ — diese stolze Reklamiererei kann Professor Sombart der kürzlich erschienenen fünften Auflage seines Buches „Sozialismus und Soziale Bewegung“ mit auf den Weg geben. Mehr als 24 000 Leser hat das Buch bereits gefunden. Grund genug, daß die sozialdemokratische Presse nicht achtlos an ihm vorübergehen kann. Allerdings ist das auch so ziemlich der einzige Grund. Greift man nämlich nach dem Buch, überzeugt, daß der Mann, dessen Worte bei so vielen Tausenden Eingang gefunden haben, uns doch sicher etwas Außerordentliches sagen müsse, so wird man arg enttäuscht. Nicht etwa, daß sich darin nicht manches Richtige und Treffende fände. Auch haben wir selbstverständlich nichts dagegen, daß der Verfasser die Dinge von seinem Standpunkt aus beleuchtet. Wir verlangen von Herrn Sombart nicht, daß er ein sozialdemokratisches Buch schreibe. Aber was sich uns bei der Lektüre immer und immer wieder aufdrängt, das war die Frage: was ist denn nun eigentlich an diesem Buche außerordentliches? Was hat ihm einen so großen Leserkreis verschafft? Es steht nämlich nichts darin, aber auch gar nichts, was nicht jeder regelmäßige Leser einer sozialdemokratischen Zeitung schon längst aus seiner Tageslektüre wüßte! — Also rekrutiert sich der Leserkreis fast ausschließlich aus der Bourgeoisie? Das wäre allerdings eine Erklärung, denn bei der Lohndrücke, mit der selbst die bestredigierten bürgerlichen Tagesblätter den Sozialismus und die soziale Bewegung behandeln, mögen auf ihre Leser die Mitteilungen des Herrn Sombart in der Tat wie Offenbarungen wirken. Was sich jeder Leser des „Vorwärts“, ja selbst der mit den ärmsten Mitteln arbeitenden sozialdemokratischen Provinzzeitung in längstens einem Jahre an den Schulheben abgelaufen hat, das sind für die ältesten Leser des „Berl. Tageblatts“, des „Hannoverschen Couriers“, der „Schlesischen Zeitung“ und wie sie alle heißen, nie geahnte Neuigkeiten. Aber trotzdem glauben wir, daß auch gar mancher Arbeiter und Parteigenosse zu den Lesern des Buches gehört, denn wir haben es in verschiedenen Arbeiterbibliotheken bemerkt. Und es ist ja auch erklärlich, daß manch einer wünscht, das, was er in der Zeitung bald hier, bald da, bald heute, bald morgen zerstreut findet, in einem zusammenhängenden Bande zu besitzen. Diesem Bedürfnis hilft Sombart scheinbar ab. Allerdings gibt es auch andere Bücher, die denselben Zweck erfüllen; wir nennen nur Kautskys „Erfurter Programm“. Vor diesen hat aber Sombart einen Vorzug voraus, der ihm zu um so größerem Erfolg verhilft, je weiter der Leser noch vom Kern sozialdemokratischen Denkens entfernt steht: er ist „leichter verständlich“, er stellt weniger Ansprüche an des Lesers eigenes Denken.

Indessen, was auf den ersten Blick ein Vorzug scheint, ist in Wahrheit ein gefährlicher Fallstrick. Sombart erkaufte nämlich die leichte Verständlichkeit, die Flüssigkeit seiner Sprache und Darstellung durch eine ungläubliche Oberflächlichkeit. Kautskys genanntes Werk ist uns von jeher als ein Muster dessen erschienen, wie ein leicht verständliches Buch ausfallen soll. Um gerecht zu sein, darf man allerdings nicht behaupten, daß Sombart den Gipfel des Gegenteils erreicht hat. Er wird darin durch einige Tageschriftsteller übertroffen, die ihren ganzen Ehrgeiz darein setzen, „blendend“, „geistreich“, „geschmackvoll“ zu schreiben, lediglich, weil es ihnen nicht gegeben ist, gehaltvoll zu schreiben. Alles in allem ist aber Sombarts Schrift weit eher geeignet, des Lesers eigenes Denken einzulullen, als es zu wecken und anzuregen. Ja, es kann in gewisser Hinsicht gefährlich werden, weil der Verfasser sich durchweg auf einen so sozialistenfreundlichen Standpunkt stellt, daß der unbefangene Leser leicht zu dem Wahne verführt werden kann, was ihm hier geboten werde, sei die Lehre der Sozialdemokratie. Wir haben schon neulich Gelegenheit genommen, auf den trassen Widerspruch hinzuweisen zwischen dem, was Herr Sombart in diesem Buche sagt, und dem, was er z. B. auf dem letzten christlichen Gewerkschaftskongress zu Breslau von sich gegeben hat. Das legt den Verdacht nahe, daß Sombart seine Worte nach seinen Hörern richtet und weiter kein Ziel kennt, als diejenigen für sich einzunehmen, an die er sich gerade wendet. In dem Buche wirft er dem Sozialismus und auch der Sozialdemokratie — abgesehen natürlich von den „orthodoxen Altmarxisten“ — fortgesetzt Schmeicheleien an den Kopf, bezeichnet er ziemlich unerbittlich die Durchdringung der Arbeiterbewegung mit Sozialismus als ein großes Verdienst; in Breslau, wo er zu den Christlichen redet, bedauert er die Zerstückelung der Arbeiterbewegung und bezeichnet als Störenfriede die Sozialdemokraten, weil sie durchaus nicht ihre Weltanschauung draußen lassen! Wer so den Mantel nach dem Winde trägt, darf sich nicht wundern, wenn man mißtrauisch wird. Dies veranlaßt uns, die Genossen geradezu zu warnen. Mögen sie das Buch lesen, gewiß, aber mit doppelter und dreifacher Vorsicht, mit schonungsloser Kritik, um sich ja nicht von einschmeichelnden Gedanken-spielen gefangen nehmen zu lassen.

Um die gefährliche, einschmeichelnde Art Sombarts zu kennzeichnen und zu zeigen, wie leicht man von ihm zu ganz falschen Schlussfolgerungen verführt werden kann, wollen wir

das, was er über die Diktatur des Proletariats zu sagen weiß, einer Betrachtung unterziehen.

Mit reichlichem Aufwand von schmeichelnden Lobeserhebungen über den „aus Märchenhafte grenzenden“ Reichtum von Ideen, den „über alles Maß genialen Jugendentwurf“, den Marx und Engels im kommunistischen Manifest „der Welt geschenkt“ haben usw. usw., stellt Sombart als Grundidee des Marxismus — im wesentlichen richtig — dessen Geschichtsphilosophie dar, d. h. mit anderen Worten: seine Lehre über die treibenden Kräfte der Menschheitsgeschichte. Wir glauben, die Kenntnis derselben bei unseren Lesern im großen und ganzen voraussetzen zu dürfen, und begnügen uns deshalb mit kurzen Andeutungen. Entgegen der zum Teil auch heute noch herrschenden Ansicht, daß die Geschichte von den an führender Stelle stehenden Personen „gemacht“ wird und folglich in letzter Linie das Resultat ihres Willens ist, hat Marx festgestellt, daß sie vielmehr das Ergebnis einer natürlichen Entwicklung ist. In der Verfolgung und Verteidigung ihrer Interessen schließen sich die Menschen, soweit sie gleiche Interessen haben, zu Klassen zusammen, und die Geschichte besteht aus nichts anderem, als den Kämpfen, welche diese Klassen gegeneinander führen. „Sie ist (sagt Sombart ganz richtig S. 49) das Ergebnis nicht etwa des Irrtums, sondern sehr klarer Interessen derjenigen Elemente im Staate, die die Macht besitzen. Die Geschichte ist deshalb auch nicht eine Anhäufung von Irrungen und Wirrungen, sondern der organische Umbildungsprozess der Machtverhältnisse, der im steten Kampfe der entgegengesetzten Interessen sich vollzieht.“ Da somit in der Geschichte gerade wie in der Natur nichts künstlich „gemacht“ wird, vielmehr alles sich entwickeln und reifen muß, so liegt es auf der Hand, daß auch Revolutionen nicht „gemacht“ werden können. Gewiß kann durch einen Wutstich die Staatsgewalt erobert und die Staatsform geändert werden. Aber bei dem Uebergang des Kapitalismus in den Sozialismus handelt es sich nicht um die Wenderung einer Staatsform, sondern um eine Umwälzung sämtlicher Lebensverhältnisse, die nur das Resultat der Entwicklung sein kann. Demgemäß sind Marx und Engels die entschiedensten Gegner alles „Putzschismus“. „Die Zeit der Ueberwälzungen, der von kleinen Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführter Revolutionen, ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie eintreten sollen.“ (Engels in der Einleitung zu den „Klassenkämpfen in Frankreich“.) Die Bedingungen der neuen Gesellschaft müssen im Schoß der alten heranwachsen, dann erst kann die neue aus der alten gleichsam geboren werden.

Mit dieser grundlegenden Theorie nun, so behauptet Sombart, steht die gleichfalls im kommunistischen Manifest aufgestellte Lehre von der Diktatur des Proletariats in unvereinbarem Widerspruch. Sie ist, nach Sombart (S. 71) „die Idee, daß die Ueberführung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft durch einen Gewaltakt vor sich gehen müsse in der Weise, daß das Proletariat die politische Macht an sich reißt und diejenigen Gesetze dekretiert und Verwaltungsmassregeln durchführt, die die neue Gesellschaft begründen.“

Man könnte dem leicht begegnen mit dem Hinweis auf das Manifest selbst. Bei dessen aufmerksamer Lektüre kann einem nämlich nicht entgehen, daß es sich bei der Diktatur des Proletariats um ein Aktionsprogramm handelt und nicht um eine soziale Theorie. Es sind Vorschläge, was unmittelbar zu tun sei, einerseits bei der damaligen Lage der Dinge, andererseits in dem (als kurz bevorstehend gedachten) Augenblick des Zusammenbruchs der bürgerlichen Gesellschaft. Marx und Engels wußten — im Jahre 1847! —, daß große Ereignisse bevorstünden. Und sie rieten dem Proletariat, dieselben auszunutzen und mit fester Hand die politische Macht an sich zu reißen. Selbstverständlich mußten sie dann auch weitere Vorschläge machen, welche Maßnahmen die Staatsmacht in den Händen des Proletariats zu ergreifen habe. Das steht keineswegs im Widerspruch mit ihrer grundlegenden geschichtsphilosophischen Theorie, es enthält vielmehr nur den Irrtum, daß sie damals bereits die Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft für vorhanden, den Augenblick der sozialen Umwälzung für gekommen hielten. Zu allem Ueberflus haben Marx und Engels das in einer 1872 geschriebenen Vorrede zum Manifest ausdrücklich gesagt. Es heißt dort:

„Die in diesem Manifest entwickelten allgemeinen Grundsätze behalten im ganzen und großen auch heute noch ihre volle Richtigkeit. Einzelnes wäre hier und da zu bessern. Die praktische Anwendung dieser Grundsätze, erklärt das Manifest selbst, wird überall und jederzeit von den geschichtlich vorliegenden Umständen abhängen, und wird deshalb auch kein besonderes Gewicht auf die am Ende von Abschnitt II vorgeschlagenen revolutionären Maßregeln gelegt. (Das ist gerade die Stelle, um die sich hier handelt.) Dieser Passus würde heute in vieler Beziehung anders lauten.“

Mit einem Wort: die Diktatur des Proletariats ist im kommunistischen Manifest keineswegs eine Methode, die soziale Umwälzung herbeizuführen, sondern eine Erörterung dessen, was zu tun sei, wenn der Moment der sozialen Umwälzung gekommen ist. Im Zusammenhang der Schrift ist das so klar, daß man sich nur wundern muß, wie Sombart

das mißverstehen kann, trotzdem er — wie er auf S. 53 mitzuteilen für wichtig genug hält — das Manifest „hundert- und aberhundertmal gelesen“ hat.

Durch diesen kurzen Hinweis sind Sombarts Schmerzen um die Widersprüche, die er durchaus bei Marx und Engels finden will, ganz und gar erledigt. Indessen ist ja schließlich wenig daran gelegen, ob Marx und Engels auch einmal Fehler gemacht haben. Wir haben sie nie für unfehlbar erklärt, und obwohl Herr Sombart uns jetzt sicherlich auch zu den „Graswüchtern“ werfen wird, denen seine Ausführungen „als der Gipfel der Gotteslästerung“ erscheinen, so können wir ihm doch die beruhigende Versicherung geben, daß wir uns nicht im geringsten bemüht hätten, wenn es sich nur um Widerlegung dieses seines Mißverständnisses handelte. Schon deshalb nicht, weil ja jeder, der das kommunistische Manifest aufmerksam liest, den richtigen Sachverhalt von selbst erkennen muß. Und wenn selbst Sombarts 24—30 000 Leser das Manifest nicht lesen, sondern schon auf Sombarts Autorität hin dessen Verfasser für sterbliche, irrende Menschen halten sollten, so würde uns das auch noch kühl lassen. Nicht um Marx und Engels heilig zu sprechen, beschäftigen wir uns mit Herrn Sombart, sondern um den weiteren Zusammenhang, um die Konsequenzen dieses Mißverständnisses aufzudecken. (Schluß folgt.)

## Die russische Revolution.

Stolypins Ansichten.

Einem Mitarbeiter des Pariser „Temps“ hat der Ministerpräsident u. a. erklärt:

„Die revolutionäre Bewegung steht ausschließlich im Zusammenhang mit der Agrarfrage. Die Bauern kümmern sich wenig um die politische Freiheit. Die sofortige Lösung der Agrarfrage ist unmöglich. Es ist nötig, einen Uebergang zu suchen. Unsere lokalen Agrarkommissionen arbeiten Lösungen für die einzelnen Gegenden aus. Das Ministerium hat die Expropriation des privaten und kirchlichen Grundeigentums noch nicht organisiert. Es wird dies auch nicht tun, denn es betrachtet eine solche Enteignung als Plünderung. Der Kaiser ist ihre unumwunden feindlich gesinnt. Man hat den Landmangel übertrieben. Die Staatsdomänen und die asiatischen Kolonistengebiete scheinen zu genügen. Die Frage der Agrarländerereien bleibt der Entscheidung des Kaisers vorbehalten, welcher auf diese Prärogative sehr eifersüchtig ist.“

Die Wahlen zur neuen Duma werden im Januar oder Februar, fünf bis sechs Wochen vor der Eröffnung der Session stattfinden. Der Wille des Kaisers ist unerschütterlich. Es ist unmöglich, wieder rückwärts zu gehen. Rußland ist nicht wie die Türkei, welche eine Konstitution gab und sie dann durch einen German wieder abschaffte. Den Ausfall der Wahlen vorauszusetzen, ist unmöglich. Das wird von den Umständen abhängen. Die letzten Wahlen wären anders ausgefallen, wenn sie im Dezember stattgefunden hätten. Offentlich wird die künftige Duma eine Rechte haben und ein genaueres Abbild des Landes geben. Die alte Duma hatte nur eine Linke. Das ist eine bisher noch nicht dagewesene historische Tatsache. Die Lage ist schwierig. Die Regierung, welche wider ihren Willen reaktionär ist, kämpft gegen die tätige Revolution. Die Presse hat seit dem Kriege ungeheuren Einfluß gewonnen. Das russische Volk liebt und glaubt das Gelesene wie das Evangelium. Franzosen, Deutsche und andere Völker sind mit kritischem Geist begabt, die Russen nicht. Obgleich ich also Anhänger des Prinzips der Pressefreiheit bin, so muß ich Präventionsmaßregeln ergreifen. So haben wir beim letzten Generalkrieg, um rascher zum Ziel zu kommen, die Blätter unterdrücken müssen, die ihn untergraben hätten. Heute, da die Gefahr vorüber ist, gestatten wir diesen Blättern, wieder zu erscheinen.

Es ist mir gleichgültig, ob man mich einen Reaktionär oder einen Liberalen nennt. Praktisch handeln und Erfolg haben, darauf kommt es einzig und allein an. Ich suche nach einem liberalen Mittel, um gegen die Revolution zu kämpfen; ich finde aber nur die Gewalt. Gestern früh sind 20 Personen in Warkau getötet worden. Ueberall Bomben, überall Depots von Bomben, und niemand will etwas davon gewußt haben. Es gibt nur ein Mittel: die Gewalt. Also Belagerungszustand, administrative Maßregeln. Aber wir befehlen uns, von dem Ausnahmezustand zum gesetzlichen Zustand zu gelangen und wir bereiten ihn vor. Man macht uns zum Vorwurf, daß wir das Datum der Wahlen hinauschieben. Aber wir nehmen uns nur die Zeit, welche zur Vorbereitung der legislativen Arbeit unbedingt notwendig ist. Wir werden der Duma sieben Gesetzesentwürfe vorlegen: Ueber die Religionsfragen, über den Zivilstand, über die Zivilehe, über die Rechtsgleichheit usw. Bei dem Gesetz über die Rechtsgleichheit tritt die Judenfrage in den Vordergrund. Ich bin keineswegs Antisemit, glaube aber, daß man den Juden einen schlechten Dienst erweisen würde, wollte man diese Frage gemäß der absoluten Gerechtigkeit mit einem Federzuge lösen, und die Juden selbst müssen über die Lösung auch befragt werden.

Ich resümiere mich dahin: Angehts der drohenden Revolution schaffen wir Ordnung, aber wir sind keine Reaktionäre. Wir werden die durchführbaren und notwendigen Reformen ins Leben rufen.“

Auf die Frage des Korrespondenten in bezug auf eine künftige auswärtige Staatsanleihe erklärte dann Stolypin noch:

„Es wird sicherlich keine russische Anleihe vor dem Wiederzusammentritt der Duma geben und sogar für später sehe ich die Notwendigkeit einer Anleihe noch nicht voraus. Ich bin kein Finanztechniker, aber ich begreife, daß bei dem gegenwärtigen Ueberflus von 100 Millionen gegenüber dem budgetmäßigen Vorschlage eine Anleihe eine Ursache der Demütigung vor Europa und eine wirtschaftliche Torheit sein würde. Die Frage ist nicht im Ministerkonseil debattiert worden und wird dort auch nicht debattiert werden.“

Stoßpflanz ist also nach seiner Versicherung nicht reaktionär — aus Prinzip, sondern bloß der Gelegenheit. Für das russische Volk ist dieser Unterschied doch furchtbar gleichgültig. Die Reformen, die der Minister verspricht, sind für die Kräfte, um die heißesten Probleme geht er herum. Und wie ehrlich seine Erklärungen sind, das zeigt zum Greifen deutlich seine Behauptung über die Entbehrlichkeit einer neuen Anleihe, wenn man folgende Mitteilung des „Russischen Kuriers“ damit vergleicht:

Die Ausgaben Russlands werden am Ende d. J. mindestens 650 Millionen Rubel mehr betragen, als die Einnahmen. Dazu in etwa 30 Gouvernements Miererte und schreckliche Hungersnot. Einerseits wird also weniger Getreide ins Ausland transportiert werden, andererseits aber mehr russisches Gold ins Ausland fließen müssen, um die laufenden Verpflichtungen und Zinsen rechtzeitig zu begleichen. Woher aber dieses Geld nehmen? Der Eingang der direkten Steuern nimmt erschreckend ab, das Defizit der letzten Anleihe beträgt 149 Millionen Rubel, die seit Ende vorigen Jahres eingegangenen kurzfristigen Verpflichtungen betragen circa 236 Millionen Rubel, für die Hungernden müßten 50 Millionen Rubel bewilligt werden, sodaß sich mit den unentbehrlichen Ausgaben für die Bekämpfung der Revolution am Schluß 1906 insgesamt ein Minus von mindestens 650 Millionen Rubel ergeben wird. Eine baldige Anleihe ist also unumgänglich, um das schlimmste zu verhüten.

### Die Lage der Verschickten in Sibirien.

Zur selben Zeit, da die Genossen Parvus und Deutsch auf dem Wege nach den Eisfeldern Sibiriens sind, kommen Nachrichten, daß die nach Sibirien Verschickten in wilden, von einer primitiven Bevölkerung bewohnten Gegenden, wo die nötigen Lebensmittel sogar für teures Geld schwer zu beschaffen sind, entsetzlichen Leiden und Entbehrungen, Hunger und langsamem Tode preisgegeben sind.

Das „XX. Jahrhundert“ (11. August) teilt mit: „Aus den entferntesten Gegenden Sibiriens, die als Verschickungsorte für die Politischen dienen, kommen fürchterliche Nachrichten. Hunger, Stenose, Cholera und andere epidemische Krankheiten, die auf der Grundlage des mangelhaften Essens und der systematischen Unterernährung entstehen, reihen zahlreiche dem sicheren Untergang geweihte Menschen ins Grab fort. Aus dem Dorfe Rischneje Gumpoltskaja Kreis Surgut, Gouvernement Tobolsk, schreiben die Politischen, deren 50 da sind:

Wir sind gezwungen, in den ekelhaft schmutzigen Erdhöhlen der mit der fürchterlichen Syphiliskrankheit infizierten Dörfer zu leben. Abstoßende, durch Krankheit entstellte Gesichter erinnern und fortwährend daran, daß wir auch, wenn wir hier leben, zu solchen Rafenlosen und Lippenlosen werden können; diese Krankheit herrscht überall im Dorfe und es scheint, als ob ihre Bazillen die ganze Luft füllten.“

Die Verschickten haben ihnen eine kalte Wachtbude, wo die zur Obduktion bestimmten Leichen gelassen wurden, als Wohnung zu überlassen. Der Zöprant des Bezirkes lehnte ab mit dem Hinweis darauf, daß eine Wachtbude kein geeigneter Raum für Lebewesen sei. Viele hungern dabei in büchstablichen Sinne, weil fünf Kopfen täglich als Unterstützung seitens der Regierung eher ein Hohn ist als ein Mittel gegen den Hungertod. Für Feldarbeiten während eines ganzen Tages bezahlen die Dörfer die Verschickten mit einem Stück Schwarzbrot und einer schmutzigen Flüssigkeit, die hier Kaluga genannt wird. Die Verschickten aus dem Dorfe Kowoje (im Norden des Kreises Tobolsk) haben buchstäblich den Versuch gemacht, ins Gefängnisgebäude gewaltsam einzudringen und flüchten, sie im Gefängnis aufzunehmen, es hatte aber diese eigenartige Wille keinen Erfolg. In solcher entsetzlichen Lage befinden sich viele Tausende und ihre Reihen füllen sich fast wöchentlich aufs neue. Im Gouvernement Tobolsk allein sind jetzt 1025 politische Verschickte.“

Ueber den Ort, der den Genossen Parvus und Deutsch zum Aufenthalt angewiesen ist, wurde der „Veitinger Volkszeitung“ noch geschrieben:

Zuruchansk (nicht Zurchansk) liegt am Jenissei in einem flachen und ebenen Gebiete, wo es nur spärliche Birkenwälder gibt. Nicht einmal Gerste kann dort gedeihen und so leben die Einwohner von Jagd, Fischerei und Viehzucht — in letzter Hinsicht kommen die Rentiere in Betracht. Natürlich gibt es dort viel Pelztiere, aber in der letzten Zeit wird den administrativen Verbannten nur sehr ungenügend, eine Hütte zu haben. Das Klima ist außerordentlich rau: die mittlere Temperatur im Januar beträgt 30 Grad Kälte. Infolge der einformigen Rahmung wütet hier der Stenobut, eine Krankheit, die darin besteht, daß zuerst das Rahnfleisch anschwillt, dann zu bluten anfängt und schließlich die Zähne ausfallen. Die Verzehrmittel sind mangelhaft. Im Sommer auf dem Jenissei mit ärmlichen Wägen, im Winter mittels Rentieren und Schlittenhunden.

Der Weg der beiden — Parvus und Deutsch — geht bis Krasnojarsk — der Hauptstadt des Gouvernements Jenissei — per Eisenbahn und dann zu Wasser bis Zuruchansk in einem Boot. Diese schreckliche Art der Beförderung der Verbannten ist in Kennans Sibirien sehr gut gekannt. Jetzt fangen dort schon bald die Früchte an; hoffentlich kommen die beiden bis dahin an Ort und Stelle an und die schreckliche Fahrt mit Rentieren oder Hunden wird ihnen erspart sein.

### Eine Soldatenmeuterei in Zentralasien.

Petersburg, 23. August. Ein Regiment der Garnison Samarkand meuterte. Die Truppen verhafteten ihre Offiziere und ersetzten sie durch von ihnen erwählte Offiziere. Der Platzkommandant ließ die Meuterei auffordern, sich sofort zu ergeben, und ließ vor der Kaserne Artillerie aufmarschieren. Hier bricht die Meldung ab. Der Ausgang der Meuterei wird nicht berichtet.

### Die Eisenbahner und der Generalstreikplan.

Die Eisenbahner haben auf finnischem Boden eine Delegiertenversammlung abgehalten, worüber jetzt gemeldet wird: Petersburg, 23. August. 142 Delegierte der russischen Eisenbahnen haben ihre Arbeiten in Finnland beendet. Es wurde festgestellt, daß ein Generalstreik nach dem Eintreffen der Antworten an die Verbände organisiert werden könne.

### Sonstige Meldungen.

Petersburg, 23. August. In der Peterhofener Burg wurde ein junger Mann und eine junge Dame erschossen aufgefunden. Auf den Leichen fand man das Todesurteil der Petersburger sozialrevolutionären Kampforganisation gegen General Trepow.

Riga, 23. August. Der Chefredakteur der baltischen „Post“ Sawitzki erhielt wegen eines abfälligen Artikels bezüglich des Examinationsstreiks von den Revolutionären das Todesurteil zugestellt.

Petersburg, 23. August. Der Ministerrat beschloß die Erziehung zahlreicher neuer Schulen im ganzen Reiche und die Erhöhung der Lehrgelöhner auf mindestens 300 Rubel pro Jahr.

Kobz, 23. August. Der Kaschobener Reichel wurde auf dem Rückwege von einem Vanusfiskus, wo er 1400 Rubel erhoben hatte, ermordet und beraubt.

Odesa, 23. August. Das vom Kriegsgericht gegen den Matrosen Rimsha gefällte Todesurteil wurde von General Kaulbars zu zehn Jahren Zwangsarbeit umgewandelt.

Odesa, 23. August. Der Anarchist Wähmann warf in das Gebäude der Galanteriefirma Heßzig eine Bombe, die jedoch niemand verletzte. Wähmann wurde verhaftet.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. August.

### Wilhelm II. und Kavallerieattaken.

Wie die „Deutsche Tageszeitung“ zu berichten weiß, hat der Kaiser bei den letzten großen Kavallerieübungen in sehr bestimmten Tönen darauf hingewiesen, daß die Lage der Schlachtentätigkeit der Kavallerie

noch lange nicht vorüber seien, obgleich gewisse Leute meinten, das sei der Fall. Er, der Kaiser, werde sich den Glauben nicht nehmen lassen, daß die schlaachtenentscheidende Rolle der Reiterei Friedrichs des Großen noch heute möglich sei, und die deutsche Kavallerie werde niemals auf ihre Schlachtentätigkeit verzichten trotz der Vervollkommnung der modernen Feuerwaffen. Ist dann, sagte der Kaiser, der Augenblick günstig, namentlich bei einer Ueberraschung oder wenn der Feind sich verschossen (alle Munition verschossen) hat, so soll die Kavallerie wie ein Waldstrom urplötzlich hervorbrechen und alles, was sie im Wege findet, niederstürzen und zertrümmern.

Daß der Kaiser mit dieser seiner Ansicht auch in Fachkreisen schon auf Widerstand gestoßen ist, beweist die Rede von „den gewissen Leuten“.

Die natürliche Konsequenz dieser Kaiserworte wäre, daß in der Bekleidung der Kavallerie eine gründliche Aenderung, eine Vereinfachung der Uniform eintreten müßte. Falls die maßgebenden Stellen im Heere von der Nichtigkeit der laienhaften Ausführungen überzeugt sind, wäre man jetzt gezwungen, sämtliche bunte und weit sichtbare Besätze, Wiesen, blaue Knöpfe und Schnallen an Uniform und Sattelzeug verschwinden zu lassen, man müßte der Brigade der schwarzen Husaren ihre Schimmel, auf denen sie so furchtbar und unheilvoll ausschauen, nehmen und dieselben durch simple Braune ersetzen. Mit kurzen Worten: man müßte allen den auf dem Tempelhofener Felde und anderswo so blitzschneidig aussehenden Reitern einfache grau-grüne Kittel anziehen und auf jeden Tand verzichten, da sie sonst eben wegen der schönen weithin sichtbaren Uniform nie in die Verlegenheit kommen würden, den Feind zu überraschen!

Selbst die Vervollkommnung der Feuerwaffen, von deren Grad der Kaiser doch bestimmt unterrichtet ist, soll die Kavallerie nicht abhalten, sich in einen offenen Kampf mit der Infanterie einzulassen. Sehen wir uns diese Feuerwaffen und ihre Wirksamkeit etwas näher an: Eine amtliche Statistik der Schießschule gibt an, daß auf 800 Meter Entfernung unter günstigen Bedingungen auf geschlossene Kavallerie 40 Proz. an Treffern zu erwarten sind, ein Prozentfuß, der sich mit jeder Verringerung der Entfernung bedeutend erhöht.

Nehmen wir nun an, eine Kavalleriebrigade (zirka 1000 Reiter) bringe es fertig, sich bis auf die verhältnismäßig kurze Entfernung von 800 Metern ungeschützt heranzuschleichen und es trete ihr nur eine einzige kompagnie Infanterie (zirka 225 Mann Gefechtsstärke) entgegen. Zum Zurücklegen der 800 Meter braucht die Kavallerie zwei Minuten. Jeder Infanterist ist laut Schießvorschrift in der Lage, zehn einermähnen gut gezielte Schüsse in der Minute abzugeben. Das macht auf die ganze Kompagnie in zwei Minuten 20 x 225 = 4500 Schuß.

Nehmen wir unter Berücksichtigung der infolge der Gefahr sich bei jedem Soldaten naturgemäß einstellenden Nervosität, aber auch unter Heranziehung des Umstandes, daß die Entfernung mit jedem Augenblick kleiner, die Treffersicherheit aber größer wird, an, daß nicht, wie die Statistik sagt, 40, sondern nur 20 Treffer-Prozente zu verzeichnen sein werden, so fallen beim Ueberreiten der 800 Meter in die 1000 Reiter starke Abteilung zirka 900 Treffer ein, ganz abgesehen davon, daß bei Gefechten in größeren Verbänden fast immer mehrere Bataillone (a 1000 Mann) der Kavallerie entgegengetreten werden!

Das neueste Exerzierreglement, das am 29. Mai 1906 erst vom Kaiser unterzeichnet worden ist, sieht dem zufolge derartige Todesritte auch nur an einer einzigen Stelle vor. Es sagt im Artikel 428: „Die Kavallerie muß sich, um (beim Niedrig geschlagener Truppen) der Infanterie das Loslösen vom Feinde zu ermöglichen, auch dann opfern, wenn ihr als Siegespreis nur kurzer Zeitgewinn zufallen kann.“

Den praktischen Beweis von dem höchst zweifelhaften Gefechtswert der Kavallerie hat der russisch-japanische Krieg geliefert, in dem das mit mindertwertiger und schwacher Kavallerie versehene japanische Heer die russische Infanterie fortgesetzt zurückwarf, ohne die Reitermassen unter General Nennentkampfs um Angriff kommen zu lassen.

Trotzdem werden wir in absehbarer Zeit nicht darauf rechnen können, daß eine Verminderung der teuren und zwecklosen Kavallerie eintreten wird, eher dürfte eine Kavallerievermehrung zu erwarten sein! Mit Hilfe der bereits bewilligten und der noch kommenden Steuern werden neue Regimenter geschaffen werden und die Steuerzahler können sich mit dem Worte Casimir Periers trösten: „Eine Reform wird in den Augen derjenigen, deren Gewohnheiten durch sie gestört werden, immer als eine Utopie gelten.“

### Die schwarze Parade.

—a. Essen, 22. August. (Fig. Ver.)

Der heutige, vorletzte Tag der ultramontanen Woche brachte den Katholikentag auf seine Höhe. Eine Fülle von Glanz und Gnade ließ sich auf das in Essen verammelte katholische Volk hernieder. Zunächst wallfahrte die gläubige Christenheit zum Grabe des hl. Ludgerus in Werden a. d. Ruhr. So vorbereitet trat der Katholikentag die dritte geschlossene Generalversammlung an. Während Herr Roeren gegen die Unstimmigkeit in Schrift und Bild weitererte, erschien in der Begleitung des Erzbischofs von Köln und des Bischofs von Münster als Abgesandter des Papstes der Kardinal Bannutielli. Minutenlanger Beifall, so daß Herr Roeren seine Rede unterbrechen mußte. Der italienische Kirchenfürst hielt eine Rede in seiner Muttersprache; übersetzt wurde die Rede nicht, was auch nicht nötig war; da es auf einem Katholikentag nicht darauf ankommt, was geredet wird, so fand auch die fremdländische Ansprache den einmütigen und minutenlangen Beifall der Anwesenden. Darauf erteilte die rote Eminenz der Versammlung den Segen des Papstes und Herr Roeren fuhr fort, gegen die Unstimmigkeit der Zeit zu reden.

In der öffentlichen Versammlung, die in der heißen Stille unter dem Dach der großen Festhalle eine dichtgedrängte Menge vereinigte, redete zunächst ein Mitglied der überkommenen Grafenfamilie von Galen über die christliche Caritas, sodann der Abgeordnete des Witt über den Katholiken im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben. Die Rede des ultramontanen Abgeordneten war eine Lobpreisung des Zentrums als nationale, patriotische, staatsbehaltende und umsturzabwendende Partei, wobei es amüsan war, wie der Redner das Wort Zentrum vermied. Die „politische Vertretung des katholischen Volkstheiles“ nannte er seine Partei — wodurch der unpolitische Charakter des Katholikentages und die Unwahrscheinlichkeit der bösen Segner, die die Katholikentagsversammlungen als die Parteitage des Zentrums bezeichnen, zur Genüge erwiesen ist. Interessant war das Geständnis des Redners, daß die kirchenpolitischen Verhältnisse in Deutschland besser geordnet sind, als in manchen katholischen Ländern.

Mit demerndem Beifall empfing die Versammlung, genügend vorbereitet durch eine einleitende Ansprache des Präsidenten Gröber, den Jesuitenpater Seiler aus Feldkirch. Aber der Mann, der über die Kirche und die soziale Frage redete, hielt nicht, was die Versammlung von ihm als Jesuiten erwartete. Eine predigerhafte Rede, bestehend aus langen geläufigen Perioden, durchsetzt mit satlosen Schlagworten und altweiberlichem Gesalbe, verles mit schwacher unangenehmer Stimme — ließ selbst die sonst so befallswillige und kritische Menge der Versammlung kalt. Die Bierzelte draußen vor der Festhalle füllten sich.

Die saure Stimmung erwärmte sich erst wieder, als die römische Eminenz sich am Rednerpult zeigte. Minutenlanger Beifall, der sich wiederholte als der Abgesandte des Papstes noch seiner Ansprache und nach Erteilung des Segens, den die Versammlung freudig empfing, sich zurückzog. Die italienische Rede bedurfte auch diesmal nicht der Uebersetzung, um des Verständnisses seitens des katholischen Volkes sicher zu sein.

Morgen ist der Schluß des Katholikentages, der dann nur bis zum Mittag dauert. Es zeugt für die Veranschlagung, die das Zentrum für die Arbeiter hegt, daß in der einen Stunde der letzten geschlossenen Versammlung neben einem sonstigen reichlichen Arbeitsrest auch noch die zahlreichen Anträge zur sozialen Frage verhandelt werden sollen! Herr Wiesberts, der Arbeitervertreter im Grad des Abgeordneten, kommt mit seiner Rede über die soziale Frage in der letzten öffentlichen Versammlung zu Wort, kurz vor der Suppe des Festmahls, das den Essener Katholikentag abschließt.

### Freisinn und Bierkrieg.

Die Organe des Liberalismus haben seit geraumer Zeit die Manier angenommen, sich in Worten höchst arbeiterfreundlich zu gebärden. Lieft man in ihren Spalten allgemeine Abhandlungen zur Arbeiterfrage, so wimmelt es von Redensarten des Inhalts, daß die Arbeiter durchaus das gleiche Recht hätten, wie die Unternehmer, daß man es ihnen nicht verdenken könne, nach höheren Löhnen zu streben, daß sie zu diesem Zweck unbedenklich streiken dürften, und so weiter mit Grazie. So wie aber ein bestimmter Fall eintritt, fallen diese selben liberalen Zeitungen über den Arbeiter her, als wäre er der größte Verbrecher. Das Recht zu streiken hat er wohl; aber sobald er's anwendet, suchen seine liberalen „Gönner“ ihn mit allen Kräften daran zu hindern.

Genau das gleiche Spiel zeigt sich jetzt auf einem anderen Gebiet, nämlich bei der Abwälzung der Biersteuer. Vor 14 Tagen haben wir darauf hingewiesen, daß demnachst auch in Berlin der Bierkrieg losgehen werde, weil die Großbrauereien nicht nur die Steuer abzuwälzen, sondern noch einen Extraprofit herauszuschinden versuchen würden. Jetzt ist es so weit. Gestern haben wir erfahren, daß die Konsumenten bluten sollen. Und sofort erscheint ein liberales Blatt auf dem Plan, um eine Lanze für die Brauereien zu brechen. Die „Vossische Zeitung“ weiß im gegenwärtigen Augenblick nichts Besseres zu tun, als den „Vorwärts“ anzurempeln, weil er „gegen die Brauereien geeifert habe, die nicht so freundlich sein wollen, die Steuer aus ihrer Tasche zu zahlen, obwohl doch die natürliche Folge einer solchen Mehrausgabe wäre, daß sie die Löhne der Brauereiarbeiter herabsetzen müßten.“ Ueber die nationalökonomische Weisheit des letzten Satzes zu streiten, lohnt nicht mehr der Mühe. Dieser kann ein liberales Hirn nicht in die Zusammenhänge der Volkswirtschaft einbringen. Es sieht alles durch die kapitalistische Brille, und so scheint ihm die Höhe des Profits ein „Naturgesetz“ zu sein, an dem nicht zu rütteln ist. Doch davon abgesehen, will es uns scheinen, als ob ein Blatt, das angeblich die Interessen der Konsumenten verteidigt, jetzt etwas Besseres zu tun haben sollte, als einen Widerspruch zu konstruieren, der gar nicht existiert. Die „Vossische Ztg.“ tut so, als wüßte sie sich darüber, daß der „Vorwärts“ erregt sei über Dinge, die von unseren Fraktionsrednern im Reichstage vorausgesagt worden sind. Bekanntlich hatten aber im Reichstage die Verteidiger der Biersteuer mit gesuchter Harmlosigkeit behauptet, die Steuer werde nicht abgewälzt werden. Demgegenüber wiesen unsere Genossen Sidelum und Stolle nach, daß die Steuer notwendigerweise eine heftige wirtschaftliche Erschütterung in Gestalt eines Kampfes zwischen Konsumenten und Brauereien nach sich ziehen müsse. Aber es ist doch ganz etwas anderes, ob man diesen Kampf voraussieht oder ob man sich in dem Kampfe auf die Seite des Brauereikapitals stellt. Weil wir voraussehen, daß die Brauereien die Abwälzung versuchen würden, folgt daraus doch noch nicht, daß wir sie dabei unterstützen müssen! Das aber tut die „Voss. Ztg.“, indem sie es geradezu als Pflicht der Konsumenten hinstellt, den höheren Bierpreis zu zahlen und dazu noch geflissentlich verschweigt, daß darin nicht nur die Steuer, sondern außerdem noch ein Extraprofit liegt. Es ist also ganz klar, daß das liberale Blatt das Publikum im Interesse des Brauereikapitals irreführen will. Ob's ihm gelingen wird, bleibt abzuwarten. Hoffentlich werden die Berliner Konsumenten sich ebenso energisch zur Wehr setzen, wie die Biertrinker in den anderen Städten, aus denen wir berichtet haben.

### Deutsches Reich.

#### Der Anteil der Arbeiter an den Tippelkirch-Profiten.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Die Firma Tippelkirch hat bekanntlich eine Monopolstellung für die Lieferungen der Ausrüstungsgegenstände für die Schutztruppe inne.

Was diese Firma für das Kolonialamt bei einer ganzen Reihe von Ausrüstungsgegenständen bedeutet, nämlich den Zwischenhändler, bedeuten wiederum die Zwischenmeister dieser Firma für dieselbe. Die Uniformen werden nicht in den Betriebsräumen der Firma hergestellt, sondern in der Heimindustrie.

Wir wollen hier einmal die Arbeitsverhältnisse bei einem Zwischenmeister von Tippelkirch u. Co. der Deffentlichkeit zur Verfügung unterbreiten. Ein gewisser Schaumann hat im Osten eine Werkstätte, auf der er 10-12 Personen beschäftigt. Außerdem beschäftigt er noch drei Heimarbeiter, die ihrerseits zum Teil mit Gesellen arbeiten oder doch die Hälfte der Frau bei ihrer Arbeitsleistung in Anspruch nehmen. Also Heimarbeit in ihrer widerlichsten Art. Bei einem derartigen Arbeiterstab unter es nicht mehr seltsam an, wenn man erfährt, daß Sch. wöchentlich 200 Röcke und 45 bis 50 Mäntel zu liefern imstande ist.

Die Firma zahlt für einen Rock 6,75 M., für einen Mantel 5,75 M. Schaumann zahlt an die Arbeiter den Betrag von 3,25 Mark für einen Rock und für einen Mantel 3,40 M. Bei einer wöchentlichen Lieferung von 200 Röcken und 45-50 Mänteln erzielt Sch. eine Gesamtsumme von ungefähr 1640 M. Mehr als 20 Arbeiter, die ihrerseits die Rohzutaten zu den einzelnen Stücken noch zu liefern haben, ein Teil sogar Werkstätten und Arbeitsgeräte, teilen sich den Lohn von 820 M. Den übrigen Teil beansprucht der Zwischenmeister dafür, daß er die Arbeiten von der Firma abholt und wieder liefert.

In einem Falle, als noch 50 Mäntel mit Achsellappen versehen werden sollten, erhielt Sch. für das Paar 75 Pf. Einem Arbeiter

Abgab er dieselben zum Preise von 25 Pf. Diese Arbeit führte ein Arbeiter mit Hilfe seiner Frau im Zeitraum von zwei Tagen aus, dabei erzielte er einen Arbeitsverdienst von 12,50 M. Dem Zwischenmeister blieben für seine Tätigkeit, die, wenn sie viel Zeit beansprucht, in einer Stunde geleistet wird — 25 M., sage und schreibe fünfundsiebzig Mark! Daß bei solchen Zwischenmeistern eine ungemein lange Arbeitszeit die Regel bildet, brauchen wir wohl nicht erst zu erwähnen. Die reguläre Arbeitszeit dauert von 7 Uhr morgens bis 9 Uhr abends ohne bestimmte Pausen. Sehr oft aber wird dieselbe bis 11 Uhr abends ausgedehnt. Während dieser riesigen Arbeitszeit verdient ein Arbeiter im Zeitlohn pro Woche 24 M. Geizig ein horrenden Verdienst in Anbetracht der Tatsache, daß Sch. „nur“ 820 M. pro Woche einheimt. Der Raum, in welchem sich die Werkstatt befindet, hat eine Bodenfläche von 7 x 5 Meter, die Höhe entspricht der Zimmerhöhe im allgemeinen. Ein Fenster, das niemals geöffnet wird, ist die einzige Ventilation.

Wenn in einem solchen Raum 10—12 Personen ohne Unterbrechung vom frühen Morgen bis zum späten Abend arbeiten und zur Beleuchtung des Raumes acht Gasflammen benötigt werden, kann man sich ein Bild machen von der Atmosphäre, die in diesem Räume herrscht.

Unter solchen Umständen werden Arbeiten auf Staatskosten in den schmuggeligen Löchern der Heimarbeit hergestellt. Zu dem übrigen Kolonialschmutz paßt es aber zweifellos.

### Ostpreussische Junkermanieren.

So wie viele feinesgleichen, war auch der Gutsbesitzer Abat aus Klein-Scriepstienen im Kreise Insterburg genötigt, polnische Landarbeiter zu beschäftigen, weil sich heimische Landarbeiter von ihm der schlechten Behandlung wegen losgesagt hatten. Am 19. Juni war Abat nach Königsberg gefahren, um einen Trupp für ihn angeworbener polnischer Landarbeiter in Empfang zu nehmen. In der Nähe des Bahnhofs hat er einen Arbeiter, er möchte ihn doch nach dem betreffenden Gasthof führen, wo die polnischen Arbeiter auf ihn warteten. Das tat dieser. Und später begleitete derselbe Arbeiter den in der Stadt unbekanntem Besitzer auch wieder nach dem Ostbahnhof. Hier angekommen rebandierte sich der Besitzer für diese Gefälligkeit dem Arbeiter gegenüber dadurch, daß er ihn mit einem Gummischlauch in ganz unarmherziger Weise verprügelte, so daß der Gemißhandelte acht Tage lang arbeitsunfähig war.

Dieser Rohheit wegen hatte sich der edle ostpreussische Junker nun am 18. August vor dem Königsberger Schöffengericht zu verantworten. Aus seiner Verteidigung war nicht recht klug zu werden. Ob der Besitzer diesen Zahlungsmodus für geleistete Dienste aus alter lieber Gewohnheit auch hier bei einem städtischen Arbeiter glaubte anwenden zu können, oder ob er aus reiner Wollust am Prügeln — fast scheint es so, da er einen Gummischlauch bei sich hatte — seinen Führer durch die Stadt derartig entlohnte, wurde in der Gerichtsverhandlung nicht aufgeklärt. Wohl aber wurde hier festgestellt, daß dieser Agrarier schon siebenmal wegen derartiger Rohheiten vorbestraft war. Jedoch immer nur mit Geldstrafen. Deshalb glaubte der Amtsanwalt diesmal eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten beantragen zu müssen. Das Gericht verurteilte den prügelstüftigen Gutsbesitzer aber nur zu einem Monat Gefängnis wegen Körperverletzung.

### Ländliche Arbeiterwohnungen in Preußen.

Daß nicht nur in Coblenz, sondern auch in anderen Orten Preußens die ländlichen Arbeiterwohnungen oft schlechter sind als Schweinefalle, ist mehr als einmal nachgewiesen. Auch die neueste amtliche Veröffentlichung der Zentralabteilung des Kultusministeriums läßt, so sehr die Behörde sich auch bemüht, die Verhältnisse in etwas rosigerem Lichte erscheinen zu lassen, doch keinen Zweifel darüber, daß die ländlichen Arbeiter oft schlechter als das Vieh wohnen. So befinden sich z. B. im Kreise Gollub, Regierungsbezirk Gumbinnen, in nicht weniger als 66 Wohnhäusern Wohnung und Stall unter einem Dache. Auch in den Kreisen mit masurischer und litauischer Bevölkerung liegen die Wohnungsverhältnisse bezüglich des Raumes, der Belüftung und Rüstung noch recht im Argen. Ebenso werden die ländlichen Wohnungen im Regierungsbezirk Danzig als hygienisch meist dürrig bezeichnet. Im Regierungsbezirk Potsdam haben die Wohnungen gleichfalls zu zahlreichen Beanstandungen Anlaß. Im Regierungsbezirk Köslin verhalten namentlich in den südlichen Kreisen die ländlichen Wohnungen eine große Besserungsbedürftigkeit. Am schlimmsten scheint es im Regierungsbezirk Bromberg zu sein. Hier werden sogar von der Regierung die Wohnungen in den polnischen Ortschaften vielfach menschenunwürdig genannt; in den an den Wohnraum ansetzenden Kammern werden häufig Schweine und Federvieh untergebracht. Im Kreise Reichenbach gab die Unterbringung des Viehes oft zu Beanstandungen Anlaß. Im Westen sieht es nicht viel besser aus als im Osten. So hatten im Regierungsbezirk Hannover die ländlichen Wohnungen vielfach niedrige Räume, mangelhaft zu öffnende Fenster, als Schlafstellen die verstaubten „Schlafbuden“, schlechte Aborte und andere Missetände. Im Regierungsbezirk Hildesheim müssen die schlechten Dünge- und Abortgruben und Brunnen immer wieder geteilt werden, im Regierungsbezirk Lüneburg haben die Gemeindecameralhäuser und die Weiskämmer ländlicher Arbeiter vielfach zu Beanstandungen Anlaß, im Regierungsbezirk Minden bestehen im Kreise Baderborn noch die schmuggeligen, engen, mit den Kellern in direkter Verbindung stehenden Wohnräume der sogenannten „Hauerlingshäuser“ für die ländlichen Arbeiter fort. Im Regierungsbezirk Treier konstatiert der amtliche Bericht noch oft höchst unangenehme gesundheitliche Verhältnisse in den Wohnungen auf dem Lande in oderkautreibenden Kreisen. Schmutz außen und innen bildet die Regel, wodurch die Bekämpfung des Typhus erschwert wird. Vielfach fehlt die Unterkellerung und die Isolierfähigkeit gegen aufsteigende Grundfeuchtigkeit, so daß die Wände naß sind. Im Regierungsbezirk Sigmaringen gibt es auf dem Lande gleichfalls oft noch recht schlechte Wohnungen, besonders arg sind die Zustände im Kreise Gammertingen.

Diese wenigen Beispiele, die nicht etwa den Schriften sozialdemokratischer „Gelehrter“, sondern einer amtlichen Denkschrift entnommen sind, beweisen zur Genüge, was es mit der Arbeiterfürsorge auf sich hat, deren sich unsere Agrarier nicht genug rühmen können. Gätten wir in Preußen eine wirkliche Wohnungsinspektion, so würden wohl zweifellos noch ganz andere Zustände ans Licht kommen.

Das Gutachten des Herrn Farrers. Vor der dritten Ferienstrafkammer des Landgerichts München I hatte sich ein 15jähriger Sonntagsschüler wegen dreier Verbrechen wider die Sittlichkeit zu verantworten. Der Junge, der einen ganz stupiden Eindruck machte, war gefällig, sich in drei Fällen an einem Schulmädchen vergangen zu haben. Während der als Sachverständiger vernommene Farrer und Lokalschulinspektor deponierte, daß der Jude die erforderliche Einsicht der Strafbarkeit seiner Handlungsweise besessen habe, weil er „der intelligenteste und beste Schüler“ seiner Klasse sei, deponierte der Universitätsprofessor Dr. Gubden, daß der Junge für seine Handlungsweise nicht verantwortlich gemacht werden könne. Das Verdict des Landgerichts München I lautet: Der Angeklagte ist vollständig zerrütet, so daß er in einigen Jahren vollkündig zum Rechts werden dürfte. Der Staatsanwalt

erklärte, daß er auf Grund dieses Gutachtens die Anklage nicht aufrecht erhalte. Und die Strafkammer? Diese erkannte nicht etwa auf Freisprechung, sondern nahm — das Gutachten des Farrers zur Grundlage ihres Urteils und verurteilte den Juden zu 14 Tagen Gefängnis!

Ein königlicher Beamter. Der 30 Jahre alte Tagelöhner Johann Krösch war als Wagenpuffer im Dienste der bayerischen Staatsbahnen. Er war verpflichtet und hatte somit die Qualifikation eines königlich bayerischen Beamten. Seine Einnahmen standen allerdings im umgekehrten Verhältnis zu diesem hochtönenden Titel, denn mit einem Tagelohn von sage und schreibe 2,40 M. kann ein königlich bayerischer Wagenpuffer nicht einmal seinen Hunger stillen, geschweige denn seine notwendigen sonstigen Bedürfnisse bestreiten. Er war somit zum Stehlen gezwungen. Verschiedene von ihm in den Waggonen gefundene Gegenstände hatte er nicht an das Hundsbureau abgeliefert, sondern verkauft und mit dem Erlös das erjezt, was ihm an Lohn abging. Wegen eines Vergehens im Amte zur Verantwortung gezogen, wurde der kgl. bayer. Beamte vom Landgericht München I zum Strafminimum von drei Monaten Gefängnis verurteilt. — Die Anklagebank war leider nicht komplett. Der kgl. bayer. Verkehrsminister, der für ein derartiges Hungerstehlen die Verantwortung zu tragen hat, hätte eigentlich neben dem Angeklagten Platz nehmen müssen.

Das Ende vom Fall Preysing. Der Ehrenrat des 1. bayerischen schweren Reiterregiments in München hatte dieser Tage recht heisse Ehrensachen zu „regeln“. Es handelte sich um einige Mitglieder des adeligen Klubs der Hornlosen, unter dem Protektorat des preussischen Gesandtschaftsattachés Herrn v. Weßky. Der Ehrenrat fällt bei einem der Beteiligten, dem Rittmeister d. R. Baron Stefan v. Griesenbed, seine Entscheidung dahin, daß Herr v. Griesenbed fernerhin satisfaktionsunfähig sei. Graf Preysing stellte bei Baron v. Griesenbed mit über 300 000 M. Spielguthaben in der Kreide. Graf Preysing stellte hierfür Wechsel aus, wobei sich v. Griesenbed ehrenvoll verpflichtete, diese Wechsel nicht in Umlauf zu setzen. v. Griesenbed soll nichtsdestoweniger diese Wechsel doch in Umlauf gesetzt haben. Herr v. Griesenbed, der in Zukunft den Rittmeister d. R. auf seiner Visitenkarte zu schreiben hat, gilt als vorwiegender Hazardspieler. Er verlor es, seine circa 15 000 M. betragende Jahresrente durch geschickte Spielzüge auf 50 000 M. im verflochtenen „Geschäftsjahre“ sogar auf 150 000 M. zu erhöhen. Seine Lebensführung zeichnet sich durch großen Luxus aus, in seinem Zwangsjahreheim ließ er durch einen eigenen Koch für die kulinarischen Bedürfnisse seiner Spielgenossen sorgen. Jetzt hat auch die Staatsanwaltschaft gegen Baron v. Griesenbed ein Verfahren wegen gewerbetreibenden Glücksspiels eingeleitet, seine ganze Korrespondenz wurde beschlagnahmt und finden täglich Verhöre statt. Auch gegen den Oberleutnant Grafen Franz Pucci ist ein ehrengerichtliches Verfahren wegen Betruges im Gange. Auch er soll das Vertrauen des Grafen Preysing mißbraucht und diesen um große Beträge gerupft haben. Der Fall Mühe war also erst der Anfang vom Ende.

### Ein netter „Stellvertreter Gottes“.

Jahrelang mit Mädchenherzen gespielt hat der Feldwebel Emil Max Rauck von der 12. Kompanie des 5. Infanterie-Regiments Nr. 104 (Stromprinz) in Chemnitz, der sich vor dem dortigen Kriegsgericht wegen Unterschlagung und Erstattung falscher Meldungen zu verantworten hatte. Er ist früherer Unteroffizierschüler, 32 Jahre alt, unverheiratet und Vater von 10 Kindern; mit vier „Bräuten“ unterhält er Beziehungen, die zu den unerwünschten Folgen führten. Einigen hatte er die Heirat versprochen. Eine davon, die vier Kinder von ihm hatte, besorgte die Kautions von 600 M. für die Heirat und drängte zu dieser. M. machte aber keine Anstalten und da dem Mädchen die Sache auffällig wurde, rüde sie M. auf sein Zimmer, wo sie im Aktkasten das von ihr ihm übergebene Sparkastensbuch fand; von der Summe hatte M. ohne ihr Wissen und Willen über 100 M. abgehoben. Da sie mittlerweile auch erfahren hatte, daß M. mit einem anderen Mädchen die Ehe eingehen wolle, hat sie ihn in ihrer Erregung mit dem Regenschirm geschlagen. Dann ging sie und erstattete Anzeige gegen den ungetreuen Geliebten, mit dem sie ziemlich zehn Jahre verkehrt war. Daß es M. mit der Heirat der jüngsten Geliebten so eilig hatte, daran war die Polizei schuld, die erfahren hatte, daß M. mit dieser im Konkubinat lebte. Zur Heirat bedurfte er der Genehmigung des Regimentskommandeurs. Dem machte er nun bezüglich seiner Schulden und seiner Alimentationspflicht falsche Angaben und erreichte dadurch die Genehmigung. Falsche Angaben machte er auch, als festgestellt werden sollte, wie viel Unteroffiziere auherschickliche Kinder haben und in welcher Höhe sie zu Alimementen verpflichtet sind. Schließlich befreite M. zwei Gefreite, die zur Uebung eingezogen waren, eigenmächtig vom Dienst. Beurteilt wurde der Angeklagte äußerst günstig. Dienlich habe er sich sehr gut geführt. Von seiner anherberdienstlichen schlechten Führung hat der Hauptmann erst jetzt Kenntnis erhalten. Bezüglich zweier Mädchen ist er gerichtlich zur Bezahlung von 924 M. und 358 M. verpflichtet worden. M. bestritt, daß er ohne Wissen der Eigentümerin des Sparkastensbuches Geld erhoben, jedenfalls habe er es ihr in Gestalt von Alimementen zurückgegeben. Bezüglich der anderen Delikte war er geständig. Er wurde wegen Erstattung einer falschen Meldung in zwei Fällen und wegen Annahme einer Befehlsbefugnis zu sechs Wochen gefängnisstrafe verurteilt, von der Anklage wegen Untreue mangels Beweises aber freigesprochen, da er bei dem intimen Verhältnis, in dem er zu dem Mädchen stand, annehmen durfte, daß diese mit der Abhebung des Geldes einverstanden sei.

### Ausland.

#### Schweiz.

##### Vor dem Kriegsgericht.

Zürich, 23. August. (Fig. Ver.)

Am Freitag wird den Leistungen der Rosafanzzeit die Krone aufgesetzt durch das Walten des Kriegsgerichts. Die Genossen Sigg, Rieder, Christ, Kunz und Reute mann und die Genossen Herzog müssen vor ihm erscheinen. Die Verteidigung haben unsere Genossen Dr. Farbstein-Zürich, Dr. Studer-Winterthur und Albisser-Zuzern übernommen.

Die Grundlage der auf „Reuterei“ bezug. der Anklage dazu lautenden Anklage bildet ein antimilitarisches Flugblatt, das unter dem Titel der „Friedensglocke“, die ein in Zürich regelmäßig erscheinendes religiöses Blatt ist, hergestellt und von den Angeklagten unter dem gegen die streikenden Arbeiter in Zürich ausgedienten Militär verbreitet wurde. Es heißt in diesem Flugblatt:

„Industriearbeiter! Bauernsöhne!

Aus voller Arbeit hinweg hat man Euch in die Kantonshauptstadt gerufen, angeblich um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, in Wahrheit um die Streiks unserer Arbeiter niederzuwerfen.

Wißt Ihr, weshalb die Arbeiter streiken, weshalb sie wochenlang hungern und darben? Sie wollen, weil hier in Zürich alles unerschwinglich teuer geworden ist, weil für die elendeste Wohnung 500 Frank und mehr Mietzins bezahlt werden müssen, ein paar Rappen mehr Lohn haben und sie wollen ihre vom Elend ausgeplagten Leiber denen, die Geld daraus pressen, nur noch neun Stunden am Tage zur Verfügung stellen.

Seht die schönen Villen an den Hängen des Zürichberges, an den Ufern des Sees, es sind die Häuser der Kapitalisten, Fabrikanten und modernen Gelehrten, erbaut aus dem den Arbeitern abgestohlenen Gelde; blickt nun auch in die Mietskasernen der Arbeiterquartiere, seht wie unsere Arbeiter „leben“ — könnt Ihr dann noch sagen, sie handeln unrecht, wenn sie streiken?

Es ist ja auch Euer Feind, gegen den sie ankämpfen. Viele von Euch arbeiten selbst in Fabriken, andere unter Euch senden ihre Frauen hinein. Kann nicht eines Tages auch in Euch der Jörn über das Unwürdige Eurer Lage emporkochen? Könnte es dann nicht der Regierung, die stets dem Geldfische hilft, am Ende einfallen, auch gegen Euch Truppen auszubieten!

Und Du, Bauernsohn, bedenke, um wie viel besser Dein Loos, als das unserer Arbeiter. Du mußt arbeiten, streng und schwer, wie sie, gewiß. Aber Du arbeitest für Dich, Du bestellst Deine Acker, was Du gewinnst, ist Dein. Der Arbeiter jedoch ist ein Knecht, ein Unfreier, sein Leben lang, was er erntet, gehört den „Herren“.

Industriearbeiter! Bauernsöhne!

Lacht Euch nicht aufheben gegen die Streikenden, verweigert den Gehorsam, wenn man Euch gegen die Streikenden führt! Als man Euch das eigentümliche Ehrenkleid, als man Euch die Waffen in die Hand gab, sagte man, es gelte der Verteidigung unserer Landesgrenze. Jetzt sollt Ihr gewillt sein, gegen Eure Landsleute, gegen Eure Brüder zu marschieren? Rimmermehr!

Die entscheidende Stelle ist in seiner Schrift hervorgehoben. Schmachvoll für die Demokratie ist, daß sie sogar ein junges Mädchen vor das Kriegsgericht schleppt, nachdem es erst drei Tage in Haft gehalten und von 6 Soldaten mit aufgeschlagenem Gewehr transportiert worden war. Ob man auch den traurigen Mut haben wird, sie zu verurteilen und ins Gefängnis zu stecken? Den modernen Gelehrten und Junkern ist freilich alles zuzutrauen.

### Aus der Rosafanzzeit.

Zürich, 22. August. (Fig. Ver.)

Wie vorausgesehen war, sind in der Montagssitzung des Kantonsrates die drei sozialdemokratischen Interpellationen nicht behandelt worden. Es wird das erst am folgenden Montag geschehen, und zwar in Verbindung mit der Behandlung des Berichtes, den die Regierung dem Kantonsrat über die Streikbewegung und über ihre Gewaltmaßnahmen vorgelegt hat, die nun gutgehen werden sollen und es von der kompakten bürgerlichen Majorität natürlich auch werden. Unsere Genossen fordern, daß der Bericht der Regierung einer Kommission überwiesen werde, in der auch unsere Genossen Gelegenheit gehabt hätten, die Polizeirapporte und ähnliches kennen zu lernen, die der Regierung angeblich als Grundlage für ihr Vorgehen dienen. Das vermindert aber die Reaktionsäre, indem sie mit 180 gegen 56 Stimmen die Kommissionsberatung ablehnten. Es muß ein elendes Material sein, das vor der sozialdemokratischen Kritik geheim gehalten werden muß.

Aus dem Bericht des Regierungsrates ergibt sich, daß während der „Streikunruhen“ in der Zeit vom 15. Juli bis 29. Juli wegen Bedrohung von Arbeitswilligen, Beschimpfung des Militärs, antimilitärischer Propaganda, Widersehlichkeit usw. 165 Personen verhaftet worden sind. Die Kosten der Truppenaufgebote betragen, soweit bis jetzt festgestellt, bereits 75 000 Frank. Der Regierungsrat hat den Versuch gemacht, die Kosten des Militäraufgebotes auf den Bund abzuwälzen, und richtete daher ein diesbezügliches Gesuch an den Bundesrat. Der Bundesrat hat dieses Gesuch aber abschlägig beschieden.

### Spanien.

Der Generalstreik in Bilbao hat schon zu blutigen Zusammenstößen geführt. Es wird gemeldet:

Bilbao, 22. August. Die Zeitungen haben ihr Erscheinen eingestellt. Heute kam es zwischen Ausständigen und Truppen zu einem Zusammenstoß, bei dem viele Personen verwundet wurden. Der Marineminister ist hier eingetroffen. Seit heute ist der Besatzungszustand erklärt.

San Sebastian, 23. August. Die Behörden üben eine sehr strenge Zensur über die Telegramme aus, welche die Ereignisse in Bilbao betreffen. Indessen ist es den Behörden unmöglich, die Wichtigkeit dieser Ereignisse zu verschweigen.

### Besindien.

#### Die Revolution auf Kuba.

Die heutigen Meldungen lauten: Havana, 22. August. Die Revolution greift mit steigender Schnelligkeit um sich. Die Beforsung der Regierung wächst infolge des Mangels an Waffen und Munition. Sehr beunruhigende Meldungen kommen aus Pinar del Rio, wo sich der Revolutionsführer Guerra mit seinen Streitkräften verschanzt hat, die durch Zugang von Lanzen, welche jeden Zollbreit des Landes kennen, beständig verstärkt werden. Guerra nahm heute die Stadt St. Luis in der Umgegend von Pinar del Rio ein. Die Verhaftung der revolutionären Generale Castillo und Gomez, von der man eine Schwächung der aufständischen Bewegung erwartete, ist wirkungslos geblieben. Die nächsten Verbündeten der Verhafteten übernehmen sofort deren Kommandosstellen.

New York, 23. August. Die Insurgenten auf Kuba machten 50 Landgenarmen zu Gefangenen. Ferner besetzten sie St. Luis.

### Gewerkschaftliches.

Zu einer Demonstration von ungeheurem Umfang gestaltete sich am Mittwoch nachmittag in Nürnberg die Beerdigung des Genossen Fleischmann, der am letzten Freitag durch Mordhand, durch die Angel eines Streikbrechers gefallen war, als er in seiner Eigenschaft als Streikleiter einen Zusammenstoß mit den Streikbrechern verhindern wollte. 20 000—25 000 Menschen folgten der Witwe des Ermordeten mit ihren vier verwaisenen Kindern zum Grabe und Berge von Kränzen mit roten Schleifen von fast allen Filialen der Zentralverbände und einzelnen Freunden und Genossen türmten sich an der Gruft auf. Durch alle Grabreden klang tiefe Erbitterung über der ruchlosen Tat jenes verblendeten Verbrechers, aber auch das Gelöbnis, im Sinne des Verstorbenen weiter zu kämpfen, und die nächsten Kollegen, die mit dem Gefallenen soeben im Kampfe standen, gaben der Witwe den besten Trost, der ihr zu teil werden konnte: das Versprechen, für sie und die ihres Vaters beraubten Kinder zu sorgen. Nachdem der Chor der Arbeiterlänger: „Ein Sohn des Volkes wolle er sein...“ verklungen war, zog die riesige Menschenmenge unter dem dumpfen Klang der von Arbeiterturnern gerührten Trommeln an der Fabrik vorbei, dessen Direktor den Waid mit auf dem Gewissen hat. Das vieltausendstimmige „Psi!“ wird jenem sein ganzes Leben in den Ohren gellen.

### Berlin und Umgegend.

Ablehnung des Vertrages der Holzarbeiter. Das Ergebnis des großen Kampfes, den die Berliner Holzarbeiter gegen Ende des Jahres 1904 zu bestehen hatten, war beklammert der Abschluß eines Tarifvertrages, durch den die hauptsächlichsten Forderungen der Arbeiter anerkannt wurden. Der Vertrag läuft bis zum 15. Januar 1907. Falls seine Verlängerung in der vorliegenden Form nicht gewinnhaft wird, muß er bis 15. Oktober 1906 gekündigt werden. Mit der Frage, ob die Arbeiter den Vertrag kündigen wollen oder nicht, beschäftigte sich am Mittwoch eine Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes. Der Drückvorliegende Glocke, der das Referat über diesen Punkt erstattete, betonte die eingehende Gründe, welche sowohl für als auch gegen ein Vertragsverhältnis überhaupt geltend gemacht werden können, ebenso besprach er die Umstände, welche gegen den gegenwärtigen Vertrag erhoben werden. Die Entscheidung über die Frage der Ablehnung stellte der Referent der Versammlung anheim. — Die Diskussion war eine sehr rege. Das Für und Wider wurde reichlich erwogen. Schließlich gelangte folgender Antrag zur Annahme:

Die Vertrauensmännerversammlung beauftragt die Ortsverwaltung, den Vertrag mit den Unternehmern bis zum 15. Oktober zu kündigen. Die Vertrauensleute halten im Prinzip die Erneuerung des Vertrages für wünschenswert, sie machen aber den Abschluß eines neuen Vertrages davon abhängig, daß für die Arbeiter günstigeren Bedingungen, namentlich in bezug auf Arbeitszeit und Lohngarantie vorgeesehen werden.

#### Zur Aussperrung im Lithographiegewerbe.

Den Bericht über die Wiederaufnahme der Arbeit in den Aussperrfirmen nahm am Mittwochabend eine Versammlung der Lithographen und Steindrucker Berlins entgegen, die den großen Saal des Gewerkschaftshauses bis auf den letzten Platz füllte. Der Referent hat konnte mitteilen, daß sich die Arbeitswiederaufnahme nach Beendigung des Kampfes im allgemeinen schnell und glatt vollzogen habe, so daß am Tage der Versammlung, also genau eine Woche nach der Wiederaufnahme der Arbeit, von circa 800 Aussperrten nur noch gegen 10 Proz. nicht wieder eingestellt sind, welche Zahl sich bis zum Ende der Woche auf 30 (5 Lithographen und 25 Steindrucker) verringern wird. Am Beginn der nächsten Woche werden auch diese mit ganz wenigen Ausnahmen wieder eingestellt sein. Kennenwerte Schwierigkeiten stellten sich nur bei Heymann u. Schmidt ein, weil die „Freie Vereinigung der Steindrucker Berlins“ gerade diese Anstalt zur Unterbringung ihrer arbeitswilligen Mitglieder in die Nähe der Aussperrten ausgewählt hatte. Da aber nach den noch nicht wieder eingestellten Aussperrten dieser Firma am Arbeitsnachweis regte Nachfrage ist, werden auch die wenigen Uebergebliebenen bald anderweitig untergebracht sein, wodurch die Firma ihre erkrankten Kräfte durch eigene Schuld verloren haben würde. — In bezug auf die ungeheuerlichen Gerüchte, die über die von den Aussperrten veranstaltete Dampferpartie in Umlauf gesetzt worden sind, stellte der Referent fest, daß für die Partie keinerlei Mittel aus der Hauptkasse oder Ertragnisse der öffentlichen Sammlungen verwendet worden sind, sondern daß für diesen Zweck der Ueberfluß vom letzten Sommerfest und private Zuwendungen der Wirte der Streiklokale usw. verwendet worden sind. Die Versammlung drückt in der regen, teilweise etwas heftigen Diskussion die Erwartung aus, daß bei den örtlichen Verhandlungen über die Lohnregulierungen alles versucht werden möchte, auch den Berliner Gehülfen zu einer wesentlichen Verbesserung der Lohnverhältnisse zu verhelfen. Sie erklärte sich außerdem bereit, eventuell mit allem Nachdruck für diese Verbesserungen einzutreten zu wollen.

#### Günstige Beendigung der Siebenstundebewegung der Steinbildhauer.

Die Steinbildhauer fanden sich am Donnerstag wieder vollständig im Gewerkschaftshaus zusammen, um den Bericht über die letzten Verhandlungen ihrer Kommission mit den Arbeitgebern entgegen zu nehmen und Entscheidung zu treffen über Beendigung oder Fortgang des Streiks. Die in Betracht kommenden Arbeitgeber, nämlich, wie sie sich nennen, die „Meisterschaft der Berliner Steinmetzenvereine“ sowie die dieser Innung angeschlossenen Steinbildhauermeister Berlins, machten von vornherein in der gemeinsamen Sitzung mit der Kommission jedes weitere Verhandeln fruchtlos abhängig, daß bis zum 1. November d. J. noch 7½ Stunden gearbeitet werde. Nach einer Sonderberatung der Gehülfskommission erklärte diese sich bereit, vor ihren Auftraggebern dies zu vertreten, wenn im übrigen ein Ausgleich möglich sei. Nach längeren eingehenden Verhandlungen einigte man sich auf einen Vertragseinstwurf, dessen Hauptpunkte sind: Fortsetzung der 7½stündigen Arbeitszeit bis zum 1. November d. J. vom 1. November bis zum 28. Februar jeden Jahres beträgt dann die Arbeitszeit 6½ Stunden bei einem Minimallohn von 7 M., vom 1. März bis zum 31. Oktober jeden Jahres 7 Stunden bei einem Minimallohn von 7,50 M. Weitere Kräfte erhalten entsprechend höhere Löhne. Sommer und Winter ist Sonnabends um 4 Uhr Schluß. (Das bedeutet, daß in den 8 Sommermonaten — 1. März bis 31. Oktober — an Sonnabenden der Feiertag um 1½ Stunde früher eintritt, als an anderen Werktagen.) Ueberstunden werden, bis zu zwei Stunden über die normale Arbeitszeit hinaus, mit einem Zuschlag von 25 Proz. bezahlt. Darüber hinaus gelten sie als Nacharbeit und der Zuschlag beträgt 50 Proz. Für Arbeit außerhalb Berlins und der unmittelbar mit ihm zusammenhängenden Orte werden Zuschläge gezahlt. Die Höhe unterliegt der freien Vereinbarung zwischen den betreffenden Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Ob Reisezeit als Arbeitszeit vergütet wird, ist von Fall zu Fall zu entscheiden. Der Vertrag tritt sofort in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 1. März 1909. Es wird eine Kommission gewählt, drei Arbeitgeber und drei Arbeitnehmer, welche Streitigkeiten aus dem Vertrage zu schlichten hat.

Es entspann sich eine sehr lebhaft Debatte, in der sich die meisten Redner für Annahme des Vertrages aussprachen. Diskussionen hoben hervor, daß Ueberstunden möglichst vermieden werden müßten, denn prinzipiell sei man ja gegen Ueberstunden aus denselben sanitären Gründen, die zum Kampfe um den Siebenstundentag führten.

In geheimer Abstimmung wurde gegen 20 Stimmen beschlossen, den Vertrag anzunehmen und unter dessen Bedingungen die Arbeit aufzunehmen. Die Arbeitsaufnahme erfolgt noch nicht am Freitag. Ein Teil beginnt am Sonnabend zu arbeiten, der Rest Montag. Die Direktiven sind bei der Kommission einzuholen. Die Streikenden finden sich Freitag nachmittags 4 Uhr im Gewerkschaftshaus zusammen zur Regelung der Arbeitsaufnahme.

Erörtert wurde noch die Frage, wie sich die Kollegen, die bereits bei anderen Unternehmern sieben Stunden arbeiten, zu verhalten haben, wenn diese Unternehmer mit dem Verlangen hervortreten, daß auch bei ihnen noch bis zum 1. November 7½ Stunden gearbeitet werde. Darüber soll der Branchenabend am nächsten Dienstag entscheiden.

#### Beendigung des Glaserstreiks.

Der Lohnkampf der Berliner Glasergehülfen ist gestern durch formellen Vertragsabschluß vor dem Einigungsamt beendet worden, nachdem er fast acht Wochen lang mit zäher Energie geführt wurde. Um es gleich vorweg zu sagen, haben die Streikenden und Aussperrten durch ihr gutes Zusammenhalten einen nicht zu unterschätzenden Erfolg erzielt, wenn die Forderungen in ihrer ursprünglichen Höhe auch nicht ganz durchgesetzt werden konnten.

Wie bereits mitgeteilt, war dem Abschluß der gestrigen Verhandlungen eine Einigungsamts-Sitzung am Montag vorausgegangen, deren Vorschläge von den Glasergehülfen jedoch abgelehnt worden waren, weil ihnen die Zugeständnisse der Unternehmer als zu gering erschienen. Auch die erneuten Verhandlungen am Dienstag führten zu keinem Resultat, denn die Unternehmer erklärten dort, ein weiteres Entgegenkommen nicht zeigen zu können. So stand dem ein Schiedspruch des Einigungsamts in Aussicht. Dieser wurde jedoch überflüssig, weil die Unternehmer sich gestern noch zu einer Modifikation ihrer bisherigen Zugeständnisse bequamen, wodurch dann der Friedensschluß ermöglicht wurde. Anfangs zeigten sich die Herren zwar abermals bodenlos, da durch eine unrichtige Preiskonotiz, die leider auch im „Vorwärts“ Aufnahme gefunden hatte, die Nachricht verbreitet war, als hätten die Gehülfen nachträglich das Angebot der Arbeitgeber akzeptiert und gegen eine starke Minorität beschlossen, den Kampf zu beenden und die Arbeit am Freitagmorgen wieder aufzunehmen. Erst als der Organisationsleiter Janin auf das bestimmte erklärte, die Arbeitsaufnahme zum Freitagmorgen sei nur unter der Voraussetzung beschlossen, daß von den Unternehmern wenigstens noch einige Zugeständnisse gemacht würden, kam es zu der Ergänzung des vorigen Tarifangebots und damit zum Vertragsabschluß.

Verlangt hatten die Gehülfen noch eine Abänderung des § 1 des Angebots, die die Arbeitszeit anbetrifft. In dem Vorschlage des

Einigungsamtes war nämlich gefaßt, die neunstündige Arbeitszeit solle eine Verkürzung erfahren, falls eine solche zwischen dem Verband der Baugeschäfte und den Organisationen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter vereinbart werde, und zwar solle sie dann erst ein Vierteljahr später für die Glaser in Kraft treten. Diese vierteljährliche Frist wünschten die Gehülfen beseitigt zu sehen. Bei den gestrigen Verhandlungen wurde nun vereinbart, daß die Arbeitszeitverkürzung sechs Wochen später zur Einführung kommen soll als wie dies bei den Maurern usw. nach eventuell erfolgtem neuen Tarifabschluß zu geschehen hätte. Gleichzeitig damit soll auch der Stundenlohn entsprechend erhöht werden und zwar nach oben abgerundet auf 75 Pf.

Erreicht haben die Glaser mithin eine sofortige Lohn-erhöhung von 65 auf 70 Pf. pro Stunde, die im Falle eines neuen Vertragsabschlusses für das Baugewerbe auf 75 Pf. steigt und dann auch eine Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8½ Stunden zur Folge hat. Ferner wurde durchgesetzt die gänzliche Abschaffung der Akkordarbeit sowie die Beseitigung des Innungs-Arbeitsnachweises. Vergleicht man damit das ebenso fürchte wie provozierende „Lohnangebot“, welches die Unternehmer dem Glaserverband vor der Aussperrung machten, so läßt sich mit Recht sagen: Die Herren Groß-Glasermeister sind in diesem, den Gehülfen direkt aufgezwungenen Lohnkampf ziemlich derb zur Käse gebracht worden. Sie werden es sich in Zukunft wohl noch sehr überlegen, ehe sie wieder eine Aussperrung so leichtsinig vom Zaune brechen. Auch ohne Aussperrung und ohne Tarifbruch wäre es möglich gewesen, mit der Glaserorganisation eine Verständigung zu erzielen und den alten Tarif entsprechend aufzubessern. Bei vernünftiger Beurteilung der Sachlage konnten die Arbeitgeber im Ernst doch unmöglich annehmen, daß die Gehülfen ihren Lohn verschlechtern und ihre Organisation zerstören lassen würden. Durch diesen achtwöchentlichen Lohnkampf dürften die Herren jetzt wohl von ihren Kühnemann-Allüren ziemlich gründlich kuriert worden sein. Die Arbeit wird am heutigen Freitag früh wieder aufgenommen.

Bekannt gemacht wird noch, daß sämtliche nicht in Arbeit getretenen Glaser sich vor ihrer Eintragung in den paritätischen Arbeitsnachweis, Kleine Frankfurterstraße 11, im Streikbureau Engelher 15 zu melden haben.

Die zu Vertragsbedingungen Arbeitenden erhalten grüne Arbeitsberechtigungskarten. Den ursprünglich bei bewilligten Firmen Beschäftigten werden diese Karten am Sonnabend zwischen 4 bis 8 Uhr ausgestellt.

Die freitenden Kohlenarbeiter hatten gestern vormittag eine sehr stark besuchte Versammlung im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Genosse Berner referierte über die gegenwärtige Streiklage und erklärte, daß die Streikenden mit dem Stand der Dinge zufrieden sein können. 10 Stunden Tagesarbeit und 45 Pfennig Stundenlohn, daran müsse jetzt unter allen Umständen festgehalten werden. Schon haben sechs Firmen bewilligt und weitere werden folgen, wenn die bis jetzt gezeigte Einigkeit allen Angriffen und Verwundungen gegenüber standhält. Unter den Kohlenegroßhändlern herrsche viel Uneinigkeit, wodurch ihre Position natürlich auch geschwächt würde. Nur mit Mühe können sie Arbeitswillige heranziehen; in vielen Fällen muß das Kontorpersonal Streitarbeit leisten, kommt aber mit der ungewohnten und schweren Arbeit nur schlecht zurecht. Die Streikposten werden von den Arbeitswilligen oft mit Revolvern bedroht und die alte Erfahrung bestätigt sich auch hier wieder, daß die Polizei sich bei jeder Gelegenheit auf Seite der Unternehmer stellt. Den Streikposten wird es von der Organisation zur Pflicht gemacht, in Ruhe und nach den gesetzlichen Vorschriften ihres Amtes zu walten; sie werden aber oft auf unerhörte Weise provoziert, so daß außerordentlich anerkennenswert ist, wenn sie bisher nicht die Geduld verloren haben. Die Akkordarbeiter auf den Hafenplätzen wie auch auf anderen Kohlenplätzen haben sich bereit erklärt, solidarisch mit in den Streik einzutreten. Eine Versammlung der Akkordarbeiter, die diesbezügliche Beschlüsse fassen soll, findet heute, Freitagabend, statt.

In der dem Referat folgenden sehr regen Diskussion wurde die Lage eifrig besprochen. Die Vertrauensleute aus den verschiedenen Kohlenplätzen berichteten durchweg günstig. Mancher erzählte, wie Arbeitswillige gewonnen wurden, wie die Buchhalter und Zureicher die Unternehmer selbst sich schwer mit Kohlenkippen plagten. Dabei sind die Unternehmer gegenseitig sehr mißtrauisch, wie aus manchen Unterhandlungen hervorging.

Der Vorsitzende machte bekannt, daß wieder eine Firma, Schaaf in Halensee, die Forderungen des Verbandes vollständig bewilligt habe. Manche Unternehmer versuchen etwas abzuhandeln; sie bieten 40 Pf. für 11stündige Arbeitszeit. Die Arbeiter wurden davor gewarnt, sich darauf einzulassen. Wer unter solchen Bedingungen die Arbeit aufnimmt, muß als Streikbrecher bezeichnet und behandelt werden. Am Freitag- und Sonnabendvormittag finden weitere Versammlungen der Streikenden statt. Western hielten auch die Kohlenegroßhändler eine Versammlung ab. Der Verband der Berliner Kohlen-Großhändler hat einstimmig beschlossen: An den vom Verband bewilligten Lohnhöchungen für Kohlenarbeiter und Aufseher unbedingt festzuhalten. In den in einem Teil der Tagespresse erschienenen Notizen, daß die Streikfrage vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts ihre Lösung finden soll, wird bemerkt, daß ein solcher Antrag der Verbände bisher nicht unterbreitet worden ist. Derselbe würde sich auch erübrigen, da auf einem großen Teil der Berliner Kohlenplätze die Arbeit zu den seitens des Verbandes festgesetzten Löhnen wieder aufgenommen worden ist. Die gleichfalls in einem Teil der Presse erschienene Nachricht, daß seitens einiger Firmen die durch den Transportarbeiterverband gestellten Forderungen bewilligt worden sind, entspricht nach den Feststellungen des Verbandes der Berliner Kohlenegroßhändler nicht den Tatsachen.

Zu dem Streik der Teppichweber bei der Firma Proyen u. Sohn in Steglitz ist zu berichten, daß die Firma eine Anzahl eiserne Bettstellen nebst Matratzen in die Fabrik gebracht hat. Der Schlafsaal für „Arbeitswillige“ wird auf dem Boden hergerichtet. Es bleibt abzuwarten, ob die Arbeitswilligen ein solches Heim (mit den Ratten als Gesellschaftern!) angenehm finden werden. Bis jetzt sind noch keine Streikbrecher zu verzeichnen, die in der Fabrik nützlich sind. Es besteht aber die Vermutung, daß die Firma solche von Reichenberg in Böhmen oder Schlefien heranzuziehen versuchen wird. Wir wollen hoffen, daß dieser Versuch ein Solidaritätsgefühl der dortigen Textilarbeiter scheitert.

#### Deutsches Reich.

Zu den Lohnbewegungen in Adnigsberg. Die Speicherleute und Getreidearbeiter hielten vorgestern nachmittags in Ludwigshof vor dem Königstor eine Versammlung ab, in der mitgeteilt wurde, daß das Reichsgericht der Kaufmannschaft sich für nicht kompetent erklärt habe, einen korporativen Arbeitsvertrag abzuschließen. Dieser Bescheid war schriftlich in letzter Stunde, nachdem die Arbeiter schon in den Streik getreten, bei der Lohnkommission der Arbeiter eingegangen. Das Schreiben empfiehlt ferner Abänderung einer Verhandlung mit den einzelnen Unternehmern. Die Versammlung beschließt, den einmal aufgenommenen Streik weiter fortzusetzen und die Arbeit nicht früher aufzunehmen, bevor die Tarife für Speicherleute und Getreidearbeiter nicht überall Annahme gefunden haben. Ferner soll sofort mit den einzelnen Firmen der Kaufmannschaft in Verhandlungen eingetreten werden. Die Firmen sollen eine Bedenkzeit von drei Tagen erhalten. Im Streik stehen augenblicklich circa 600 Mann.

#### Nachspiel zu der Düsseldorf Holzindustrienaussperrung.

Die Düsseldorf Holzindustriellen wollten im Juli vorigen Jahres ihren Arbeitern einen Tarif aufzwingen und als sie auf Widerstand stießen, sperrten sie sämtliche Gehülfen aus. Da die

Aussperrung mehrere Wochen dauerte, waren die Unternehmer selbstverständlich nicht in der Lage, ihre Abnehmer zu befriedigen und kamen mit der Lieferung in Verzug. Eine Firma in Mülhausen verzichtete, als die Lieferungsfrist nicht innegehalten wurde, auf bei der Firma Werner u. Bardach bestellten Eisenträger und Eiskisten. Mit diesem Vorgehen war letztere nicht einverstanden und verklagte die Mülhauser Firma auf Abnahme. Sie begründete die Klage mit der Behauptung, daß ein größerer Streik ausgebrochen sei und sie infolgedessen nicht in der Lage war zu liefern. Für diese Behauptung berief sie sich auf das Zeugnis des Geschäftsführers der Düsseldorf Filiale des Deutschen Holzarbeiterverbandes, den Genossen Otte. Tatsächlich verfügte das Amtsgericht in Mülhausen die eidliche Vernehmung unseres Genossen, doch verlor auf Grund der Aussagen Ottes die Firma Werner u. Bardach den Prozeß. Genosse Otte sagte der Wahrheit gemäß, daß es sich um keinen Streik, sondern um eine Aussperrung gehandelt habe. Ob die Firma nicht habe liefern können, siehe für ihn nicht fest, dieselbe habe sich sehr um Heranziehung von Arbeitswilligen bemüht und außerdem habe sie einige Kleinmeister beschäftigt.

Aus Rache zeigten die Scharfmacher unter den Holzindustriellen Otte wegen Reineids an und beschäftigte sich der Staatsanwalt wirklich mit der schäbigen Denunziation. Nach einer hochnotpeinlichen Untersuchung erhielt unser Genosse jetzt die Mitteilung, daß er außer Verfolgung gesetzt sei und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt worden sind.

Es entstehen nun wieder die Fragen, wer entschädigt unseren Genossen für die Aufregung und den Zeitverlust und warum werden die Kosten nicht den Denunzianten auferlegt; auf eine Antwort wird man wohl lange warten.

Ein unhaltbares Urteil gegen einen organisierten Arbeiter fällte das Schöffengericht in Dresden. Unter der Anklage der Verleumdung, der gefährlichen Körperverletzung und des Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung standen der Aufwärter bei der Staatsbahn, Hunger, und der Lackierer Bernhardt. Der Schmied und Arbeitswillige Kilian Ridel, der bei der Metallarbeitersperrung in Dresden bei der Firma Seidel u. Raumann seinen kämpfenden Kollegen in den Rücken fiel, erzählt selbst, er sei am 25. Mai in ein Lokal gekommen, um sich einen Schnaps zu kaufen. Hunger, mit dem er seit längerer Zeit bekannt war und mit dem er auf freundschaftlichem Fuße stand, habe ihm zugeredet, nicht mehr in das Lokal zu kommen, in dem die Aussperrten verkehrten, es sehe gerade aus, als ob er sie provozieren wollte. Er sah die als Verleumdung unter Anklage gestellte Notifizierung hinzu: „Schämst Du Dich denn gar nicht?“ Weiter erzählt er, Bernhardt habe ihm am Büffet einen Schlag ins Gesicht versetzt, dann sei er von den übrigen hinausgedrängt worden und als er draußen mit seinem Rad forscharfen wollte, habe man von allen Seiten auf ihn eingeschlagen, in erster Linie wieder Bernhardt. Die Aussagen der übrigen Zeugen, die völlig unbeteiligt dabei waren und zum größten Teil als Belastungszeugen von ihm angegeben waren, strakten seine Darstellung Lügen. Ein Kunstmaler Behnert, ein gut konservativer Mann, der gerade die „Dresdner Nachrichten“ las und den Vorgang von Anfang an mit beobachtet hatte, sagte, der Arbeitswillige habe, bevor ihn irgend einer angriff, an der Tür einen Dolch gezogen mit der Drohung: „Ihr Hunde, ich steche jeden nieder, der mit in die Nähe kommt!“ Er ist dann seinen Ruf laut gemorden, wie: „Nehmt ihm den Dolch weg!“ Mit dieser Darstellung und der ausdrücklichen Erklärung, daß im Lokal kein Dolch gegen ihn geführt worden sei, stimmen die Aussagen aller übrigen Zeugen des Vorfalls überein, ebenso in der Darstellung des weiteren Verlaufs des Auftritts, nach der der Arbeitswillige vor der Tür mit seinem Rad gegen die Brust Bernhardts einen Stoß ausführte, den dieser aber mit der einen Hand aufhielt, während er ihm mit der anderen Hand dafür einen Schlag ins Gesicht versetzte. Der Arbeitswillige hatte erneut dem Dolch gezogen. Das Gericht schenkte den sechs vorbereiteten Zeugen des Vorfalls keinen Glauben. Der Arbeitswillige, der sich unmittelbar vor der Eidesleistung auf die nochmalige Ermahnung des Vorsitzenden unter dem offenbaren Bewußtsein seiner ungerechten Sache wand und dem die Angst deutlich auf dem Gesicht geschrieben stand, wurde dennoch verurteilt und auf seine Aussage hin wurde Bernhardt wegen schwerer Körperverletzung in zwei Fällen zu 2 Monaten und 8 Tagen Gefängnis verurteilt.

#### Ausland.

Der italienische Gewerkschaftskongress wird vom 29. September bis 1. Oktober in Mailand abgehalten. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Die ökonomische und politische Aktion der Arbeiterorganisationen; das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften (Widerstandsvereinigungen), Unterlassungsvereinigungen und Genossenschaften, allgemeiner Arbeiterbund; Agitation und Organisation unter den Arbeitern Süditaliens.

Die Bäckereiarbeiter der Provinz Madrid haben in einer stark besuchten Versammlung beschlossen, den Meistern folgende Forderungen vorzulegen: Die Arbeit am Sonntag hat von morgens 7 Uhr bis um Mitternacht zu ruhen. Die Stunden, die Sonntags gearbeitet werden müssen, sind während der Woche frei zu geben. Die zustimmenden Erklärungen der Meister sind an das Arbeitersekretariat zu richten, welches auch den Bäckereiarbeitern in ihrer Bewegung helfend zur Seite steht.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Ueberfall auf eine russische Post.

Memel, 23. August. (W. T. V.) Wie dem „Memeler Dampfboot“ aus Rimmerstatt gemeldet wird, wurde heute vormittag die zwischen Libau und Polangen verkehrende russische Post, als sie einen Wald passierte, von sechs bis sieben jungen Leuten überfallen. Dem Postillon gelang es, mit der Post zu entkommen, obgleich er durch mehrere Schüsse verletzt wurde.

#### 150 Personen im Theater vom Feuer verlesen.

Leipzig, 23. August. (W. T. V.) In der nahe Sommerfrische Rosenblatt ereignete sich bei einer Vorstellung in einem elektrischen Theater ein schwerer Unglücksfall. Bei der Vorführung des Kinetographen fingen die Kleider eines Mädchens, welches denselben bediente, Feuer. Es entstand eine Panik und das Publikum stürzte in wilder Flucht dem Ausgange zu. In dem Gedränge erlitten fast sämtliche Besucher, ungefähr 150 Personen, leichtere oder schwerere Verletzungen.

#### Mehrere Häuser vom Wirbelsturm zerstört!

Paris, 23. August. (W. T. V.) Wie aus Oshibuti gemeldet wird, ist diese Stadt von einem Wirbelsturm heimgesucht worden, mehrere Häuser wurden zerstört. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

#### Zur Erdbebenkatastrophe in Chile.

New York, 23. August. (W. T. V.) Nachrichten aus Lima zufolge befindet sich unter den in Valparaiso angekommenen Personen der bekannte Kapitalist und Politiker Frederico Varela. In Lima herrscht Besorgnis darüber, daß keine Zufuhren von Lebensmitteln aus Chile eintreffen, da die heimische Produktion für den Bedarf der Stadt nicht ausreicht.

Die Parteipresse zum Protokoll der Gewerkschaftskonferenz.

„Sächsische Arbeiterzeitung“:

(3. Artikel: Der politische Massenstreik II.)

Eine gänzlich ablehnende Haltung nahm nur Kexhauer ein. Er glaubt durch die Berufung auf das Liebfuchtsche Wort vom Hinzuwachsen in den Zukunftsstaat jede Notwendigkeit für eine Aktion wie den politischen Streik ablehnen zu können.

Recht ablehnend verhält sich aber auch Genosse Páplow. Er meinte zwar: „Wir haben auf dem Kölner Kongress nicht gesagt, daß wir das Kampfmittel des Massenstreiks überhaupt nicht wollen.“

Von besonderer Bedeutung sind die Ausführungen Bömelburgs... Er meinte näher sich also Bömelburg der Auffassung Páplows, als sei „auf lange Zeit hinaus“ nicht an die wirkliche Anwendung der Jenerseher Resolution zu denken.

„Es kann Momente geben, wo die politische Partei die Führung haben muß, aber wenn wir es wieder mit einer Justizhandvorlage zu tun hätten, wenn man das Koalitionsrecht verschleudern wollte, würden wir dann die ganze Führung der Bewegung in die Hand der politischen Partei legen?“

Das ist das Beste und Wichtigste, was seitens eines Gewerkschaftsführers in dieser Frage gesagt worden ist. Damit ist die Notwendigkeit des Zusammenwirkens in der Frage des politischen Streiks zwischen Partei und Gewerkschaften glänzend bewiesen.

„Ziehen wir das Ergebnis aus diesen Äußerungen, so ergibt sich: Es gibt unter den Gewerkschaftsführern keinen einzigen, der etwa die ungehörige Verfolgung nachstehender gewerkschaftlicher Aufgaben um den Preis der Verringerung von Volksrechten oder langwährender politischer Stagnation einzutauschen geneigt wäre.“

Sie erklären die Anwendung des politischen Streiks in Preußen-Deutschland für sehr schwierig und sind höchst befriedigt, daß der Parteivorstand den preussischen Wahlrechtskampf nicht für einen durch die Jenerseher Resolution „gegebenen Fall“ ansah.

Das Protokoll der Februar-Konferenz der Zentralverbandsvorstände macht vollends offenkundig, daß in der Massenstreikfrage ein befriedigender Zustand noch nicht erreicht ist.

„Tribüne“ (Erfurt):

Die Gewerkschaftsvorstände werden durch diese Vorgänge gewarnt sein und in Zukunft wohl detarierte umfangreiche Erörterungen über das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei nicht mehr mit ewiger Heimlichkeit erleben.

Freundschaftsverhältnis mit der Partei zu unterhalten. Die Ausführungen mancher Redner leiten die Gedanken des beobachtenden Parteigenossen übrigens in die gleiche Richtung, was an sich nicht tragisch genommen zu werden braucht, da das immer gewisse Personen sind, die umgekehrt ja auch in bezug auf Parteigenossen das gleiche behaupten.

Im übrigen sehen wir die Situation zwischen beiden Zweigen der Arbeiterbewegung nicht allzu tragisch an. Ein wirklich ernsthaftes Zerwürfnis, geschweige denn ein Bruderkampf ist eine im Wesen unserer ganzen Lage unmögliche Erscheinung.

Die Parteipresse zur letzten Erklärung der Generalkommission.

„Frankische Tagespost“:

Wir zweifeln nicht, daß die Gewerkschaftsvorstände und die Generalkommission auch zur Erkenntnis gelangen werden, daß die Veröffentlichung nicht unterbleiben konnte, ja, daß sie notwendig war.

„Offenbacher Abendblatt“:

Die Schlusswendung ist recht kostbar. Aber mache sich doch die Generalkommission keine Illusionen, daß die Gewerkschaftsmitglieder durch die Veröffentlichung sich getränkt fühlen.

„Münchener Post“:

Wir bestreiten nicht, daß die Generalkommission formell im Recht ist; sachlich indessen kann das Ergebnis der Veröffentlichung nur begrüßt werden.

„Sollowadt“ (Dresdau):

Es mag dahingestellt bleiben, ob die Veröffentlichung ohne den Willen der Verbandsvorstände der Ächtung entsprach, welche die Gewerkschaften vom Parteivorstand zu fordern das Recht haben.

„Sächsische Arbeiterzeitung“:

Aus dieser Erklärung ist zu ersehen, daß die Generalkommission sich durch das Vorgehen des Parteivorstandes verletzt fühlt. Und dazu hat sie formell durchaus ein Recht, was ja auch wir schon beklundeten.

„Sollowadt“ (Wodum):

Der Parteivorstand war nicht gut beraten, als er es zu den gegenseitigen, einander widersprechenden Erklärungen zwischen sich und der Generalkommission konnten ließ, anstatt gegenüber der „Einigkeit“ eine gemeinschaftliche Erklärung der beiden obersten Instanzen der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung herbeizuführen.

„Vergische Arbeiterstimme“:

Wir müssen offen gestehen, daß uns dieser Versuch des „Vorwärts“, die Veröffentlichung des Protokolls gegenüber der Generalkommission zu rechtfertigen, nicht recht gefällt.

„Mainzer Volkszeitung“:

Diese Erklärung dürfte kaum dazu beitragen, daß die vorhandenen Differenzpunkte sich mindern. Der Parteivorstand hatte zu wählen zwischen zwei Möglichkeiten. Entweder er veröffentlichte das Protokoll trotz der Ablehnung der Vorstände und zog sich dadurch deren Mißfallen zu oder er überließ es der „Einigkeit“, der Welt in derbesten Weise weiter zu unterrichten über die in der Vorstandskonferenz gehaltenen Reden.

Arbeiterbewegung unberechenbarer Schaden erwachsen. Wenn er für die Abwehr dieser drohenden Schädigung, die ihm völlig gelungen ist, von der Generalkommission verhöhnt wird, so lassen sich daraus Schlüsse ziehen auf die Art, wie sich künftig das Selbstbewußtsein der Gewerkschaften zu äußern gedenkt.

„Märkische Volksstimme“ (Forst):

So sehr die Generalkommission formell im Rechte sein mag, so verfehlt und töricht ist ihr Standpunkt aus sachlichen Gründen. Nachdem das von der „Einigkeit“ veröffentlichte Bruchstück des Protokolls in so sensationeller Weise ausgeschlachtet worden war, konnte nur die vollständigste Veröffentlichung zur Klärung und Schlichtung des Streites führen.

„Bremer Bürgerzeitung“:

Wir können diese Zimperlichkeit der Generalkommission nicht verstehen. Wenn in dem Protokoll nichts enthalten ist, was die Gewerkschaftsvertreter vor den Parteigenossen zu verheimlichen hätten, warum dann diese Geheimnistuerei?

„Volksblatt für Harburg“:

Die letzte Bemerkung der Generalkommission ist ziemlich schleierhaft. Wir möchten ihr nicht gerne die Deutung geben, daß die Generalkommission in Zukunft bei vertraulichen Parteikonferenzen dieselbe unschöne Rolle spielen will, die die „Einigkeit“, das Organ der Berliner Lokalorganisten, in der Protokollaffäre gespielt hat.

Ran sollte doch nicht vergessen, daß der Parteivorstand das Protokoll erst veröffentlichte, nachdem die „Einigkeit“ bereits Bruchstücke dieses Protokolls veröffentlicht hatte, die die ganze Konferenz in einem ganz anderen Bilde erscheinen ließen.

„Norddeutsche Volksstimme“ (Seestemünde-Bremehafen):

Wir können diese Haltung der Generalkommission nicht verstehen. Wenn in dem Protokoll nichts enthalten ist, was die Gewerkschaftsvertreter vor den Parteigenossen zu verheimlichen hätten, warum dann diese Geheimnistuerei?

„Lübecker Volksbote“:

Es wäre zweckmäßiger gewesen, wenn die Gewerkschaftsvorstände sich der Veröffentlichung des Protokolls nicht widersetzt hätten.

Aus der Partei.

Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung. Im Verlage von J. G. B. Dieckhoff in Stuttgart ist soeben diese Schrift von Käthe Ducker erschienen. (Herausgegeben von der Redaktion der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.) Preis 40 Pf.

In einer kurzen historischen Einleitung bespricht die Verfasserin die Kinderarbeit als Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise und anschließend daran die Kinderschutzgesetzgebung in Deutschland bis 1891, die Erhebungen von 1898 und endlich das Kinderschutzgesetz von 1903.

Das Wünschlein sollte in keinem Arbeiterhaushalt fehlen; jede Mutter muß Kenntnis haben von dem derzeitigen Stand der Kinderschutzgesetzgebung in Deutschland, damit sie der Ausbeutung ihrer eigenen Kinder zielbewußt entgegenzutreten, sie mildern und womöglich hindern kann.

Zum Parteitage.

Die Resolution zum Massenstreik. Die „Sächs. Arbeiterzeitung“ bemerkt zur Veröffentlichung der Zeitsätze zum Thema „Volks-erziehung und Sozialdemokratie“: Wir möchten bei dieser Gelegenheit den Wunsch ausdrücken, daß auch die Resolution zum Massenstreik, die der Referent Genosse Vebel zu dem Punkte dem Parteitag zu unterbreiten gedenkt, bald veröffentlicht wird.

Die erste Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins des Wahlkreises Bochum-Partingen a. d. Ruhr fand am Sonntag in Bochum statt. Vertreten waren 12 Distrikte, die zusammen 50 Delegierte entsandten hatten.

Lübeck: Mit der Haltung des Blattes bin ich einverstanden. Aber mit seiner Haltung gegenüber Massenstreik und Parteivorstand nicht. Wehler hat früher im „Vorwärts“ anders geschrieben. Er brauche nicht am Dogma zu hängen, aber Wehler sollte nicht, wie er es getan hat, so gegen den Parteivorstand schreiben.

Wolff: Wenn Wehlers Artikel über das Weiter nach der Wahlrechtsbewegung dahin verstanden sein sollte, daß der Massenstreik proklamiert werden sollte, so stehe ich auf dem Standpunkte von Jena, daß daran nicht zu denken ist.

Welter wendet sich gegen die an die Auslassungen des „Vorwärts“, soweit sie im „Vollblatt“ wiedergegeben worden sind, angehängten Schwänze.

Welter: Genosse Welter hat mir einen Vorwurf gemacht wegen der an den Bericht über eine Versammlung der Berliner Lokalisten angehängten Bemerkung, die Ersäunen darüber ausdrückt, daß es noch immer nicht gelungen sei, die theoretisch verirrten Schichten zur rechten historisch-ökonomischen „Vorwärts“-einsicht zu belehren. Als im vorigen Jahre Friedberg auftrat und 3000 Berliner Arbeiter ihm zustimmten, habe ich im „Vorwärts“ gegen Friedberg Stellung genommen. Da sind Genossen, die jetzt in der Redaktion des „Vorwärts“ sitzen, gekommen und haben gesagt, daran sei die damalige Redaktion des „Vorwärts“ schuld, die habe die theoretische Auffassung der Genossen veräuert. Wenn nun jetzt, nachdem die neue Redaktion des „Vorwärts“ fast ein ganzes Jahr Zeit gehabt habe zur theoretischen Aufklärung der „Verirrten“, noch schlimmeres passiert, da ist der Spott vollauf berechtigt.

Lüdel hat mir vorgehalten, ich wäre jetzt entgegen meiner früheren Haltung mit Beweise für den Massenstreik eingetreten. Das habe ich nicht getan. Mir kommt es nur darauf an, denen, die im vorigen Jahre die aufgeregte Massenfreilichdiskussion hervorgerufen haben und jeden, der nicht mitmachte, am liebsten zum Parteivorstand hätten stempeln mögen, den ungeheuren Widerspruch vorzubringen, der zwischen ihrer damaligen und ihrer jetzigen Haltung liegt. Ich trete für eine Politik ein, bei der Reden und Handeln übereinstimmt. Eine Politik der großen Worte ohne Inhalt bekämpfe ich. Wenn wir einsehen, daß wir den Massenstreik jetzt nicht machen können, dann sollen wir die unfruchtbare Diskussion einstellen und uns den Fragen der aktuellen Politik zuwenden. So war auch meine Haltung zur Wahlrechtsdemonstration. Die große Demonstration im Zeichen der Jenaer Resolution mußte den Glauben erwecken, daß mehr geplant war, als bloße Versammlungsreden und Resolutionen. Das war ihr Mangel. In diesem Sinne will ich das „Vollblatt“ weiter redigieren.

Sof-Berne: Ich bin heute mit der Haltung des „Vollblattes“ gegenüber früher sehr zufrieden. Die Genossen sind damit besser zufrieden als mit der Arbeiter-Zeitung.

Sue wendet sich gegen Welter und hebt hervor, daß er in der Gewerkschaftsfrage keinen anderen Standpunkt einnehme, wie der Parteivorstand in seinem offiziellen Auftrage, den er nach Jena erlassen hat. Auch in der Gewerkschaftskonferenz habe ich die ideale Einheit zwischen Partei und Gewerkschaft festgestellt. Ueber den Massenstreik wolle er sich vorläufig nicht auslassen. Wolle man praktisch Kampf führen, so verlate man den Gegnern nicht vorher die Taktik. Wenn es eines Tages im Interesse des Volkswohls geboten erseine, werde auch er zum Massenstreik auffordern. Es könne dahin kommen, daß die Bergarbeiter Deutschlands allein berufen sein würden, den politischen Verhältnissen mit einem Schlag eine andere Richtung zu geben. Das sei doch wohl deutlich genug. Mehr wolle er nicht sagen.

Ein Antrag, der die Diskussion des Massenstreiks in den Disziplinversammlungen fordert und ein anderer, die Generalversammlung möge sich darüber klar werden, ob der politische Massenstreik von der Partei oder den Gewerkschaften eingeleitet bzw. geführt wird, fanden nicht die nötige Unterstützung.

Die Kreisversammlung des Wahlkreises Offenbach-Dieburg tagte am Sonntag in Lämmerpiel. 82 Delegierte vertraten 41 Orte. Der Kreis hat jetzt über 6000 organisierte Genossen. Neu gegründet wurden im Berichtsjahre 8 Organisationen. Die Einnahmen stiegen von 5587,40 M. auf 8996,23 M. Beim Kosten Ausgabem sind 6150 M. Beiträge an das Landeskomitee verbucht, auch wurden für zwei Kreise beinahe 1200 M. für Landtagswahlkosten ausgegeben. Der der Agitation dienende „Vollbote“, ein für den Dieburger Kreis bestimmtes Monatsblatt, hat den geübten Erwartungen nicht entsprochen, was hauptsächlich mit in der Mangelhaftigkeit zu suchen ist, mit der seine Verbreitung betrieben wurde. Es wird deshalb die Anstellung eines Parteisekretärs für den Kreis in Vorschlag gebracht und der Wegfall des „Vollboten“ gefordert. Die Aussprache über den Vorstandsbericht drehte sich um gleichfalls im Berichte erwähnte unliebsame Erscheinungen bei Kommunalwahlen und die Anstellung des Kreissekretärs. Schließlich wurde die Anstellung des Sekretärs beschlossen. Im Zusammenhange damit wurde zugleich einer anderen Regelung der Beitragszahlung zugestimmt; es werden nach diesem Beschlusse alle vier Wochen 26 Pf. erhoben und entfallen davon 3 Pf. auf die Parteikasse, 4 Pf. für die Landesorganisation, 12 Pf. für die Kreisorganisation und 7 Pf. für die Lokalvereine. Für eine Anzahl der Lokalvereine, die bisher noch keine besonderen Zuschläge für lokale Bedürfnisse erhoben, bedeutet dieser Beschluß eine Beitragsentlastung.

Der Bericht der Prehkommission des „Offenbacher Abendblattes“ zeigt, daß der Jahresabschluss des Kreisorgans ein recht günstiger war. Mehrfach wurde eine weitere Ausgestaltung des Blattes gefordert; auch wurde dem Kreisvorstande zur Erwägung anheimgegeben, dem Ankauf der Druckerei des Blattes näherzutreten. In einem Referat über die nächstjährigen Kommunalwahlen ging Genosse Kink-Uberach auf die mancherlei Mängel ein, die sich bei den ländlichen Wahlen infolge der Nichtbeachtung prinzipieller Grundsätze ergeben haben, und stellte in einer Resolution die Forderung auf, in Zukunft die größte Beachtung bei der Kandidatenauswahl zu beobachten und vor allem als Norm festzuhalten, daß die Kandidaten in der Regel ein Jahr politisch organisiert und Abonent des Parteiorgans sein müssen. Die Konferenz stimmte dem zu.

Personalien. Genosse Franz Klübs ist am Dienstag endgültig aus der Redaktion der Dresdener „Volkswacht“ ausgeschieden, um seine Stellung als Redakteur der Forster „Märkischen Volkstimme“ anzutreten.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Breslau beschloß sich u. a. mit dem Konflikt Albert-Klübs. Die Sache hat ihre Erledigung in der Weise gefunden, daß die Prehkommission die ausgesprochene Kündigung zurücknimmt, daß aber Genosse Albert sich um den Posten des neu zu schaffenden Parteisekretärs für Mittelschlesien bewirbt und am 1. Oktober aus der Redaktion austritt.

Genosse O. Pollender ist von der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Merseburg-Duerfurt als Kandidat für die nächste Reichstagswahl aufgestellt worden.

### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Freisprüche. Aus Mannheim wird uns vom 23. August telegraphiert:

Genosse Oskar Ged von der „Volkstimme“ wurde von der Anklage wegen des Scholzeschen „Blumenidylls“ aus der Welt am Montag von der Strafkammer freigesprochen, da das Gericht keine Gefährdung der Sittlichkeit in dem Feuilleton finden konnte. Für die Verhandlung wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen, selbst für die Vertreter der Presse.

Die Staatsanwaltschaft zu Mannheim hatte seinerzeit einen ungeheuren Eifer entfaltet, um kein Exemplar der Nummer mit dem „unwürdigen“ Feuilleton unbeschlagnehm zu lassen. Und jetzt der Freispruch!

Vor der Strafkammer in Schweidnitz hatten sich am Dienstag der Prediger Tschirn von der freien Religionsgemeinde in Breslau und Genosse Feldmann-Langenbielau vom „Proletarier aus dem Culengebirge“ gemeinsam zu verantworten. Sie sollten die christliche Kirche beschimpft haben in einem Aufsatz „zum Austritt aus der Landeskirche“, der in dem Langenbielauer Parteiblatt zum Abdruck kam. Tschirn hatte den Aufsatz unterschrieben. Das Landgericht in Schweidnitz hatte die Strafverfolgung abgelehnt, auf staatsanwaltliche Beschwerde wurde indes die Er-

öffnung des Hauptverfahrens vom Oberlandesgericht Breslau angeordnet. In der Verhandlung beantragte der Staatsanwalt je einen Monat Gefängnis, das Gericht erkannte aber nicht nur auf Freisprechung, es legte auch alle Kosten einschließlich der haren Auslagen der Angeklagten der Staatskasse auf. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß der Inhalt des Aufsatzes auf kirchlich gesinnte Kreise wohl verlegend wirken könne, eine Beschimpfung der Kirche sei darin jedoch nicht enthalten.

Stratons der Presse. Aus Halle a. S. wird uns geschrieben: In einem früheren Prozeß gegen einen hiesigen Privatsekretär war zur Sprache gekommen, daß die Polizei vor dem Verkehre mit dem Namen gewarnt habe. Der Reichsrichters in jener Verhandlung an den Polizeioberinspektor die Frage, ob vielleicht deshalb vor ihm gewarnt worden sei, weil er sich zur Zeit einmal zur Sozialdemokratie bekannt habe. Oberinspektor Behrmann verneinte dies und sagte aus, er habe vor dem Privatsekretär wegen seiner erheblichen Vorstrafen und deshalb gewarnt, weil er sich in unangenehmer Weise an die Polizei herangemacht habe. Wegen dieser Darstellung, die wiederholt in Gerichtsverhandlungen wiederkehrte, hat nun der Privatsekretär eine ganze Reihe Prozesse gegen den Redakteur Genossen Molkenbühr vom „Vollblatt für Halle“ anhängig gemacht. Das Schöffengericht bestrafte Genossen Molkenbühr mit 150 M., da die Presse kein Recht habe, anderen Personen die Vorstrafen vorzuhalten. In einem früheren Prozeß, in dem Genosse Molkenbühr für ein Dienstmädchen, das ein Händchen weggenommen hatte, Partei ergriff, wurde ihm besonders schwer angerechnet, daß er die Vorstrafen des Mädchens nicht genannt hatte. Wie soll man es der Justiz recht machen?

Administrative Vexation. Der Genosse Esuchen-Düsseldorf hatte sich beim Präsidenten des Kölner Oberlandesgerichts vergeblich gegen die Verfügung des dortigen Landgerichtspräsidenten beklagt, die dem Genossen die Verichteratterkarte entzog, weil sich die Düsseldorf Justiz über einen nicht von Esuchen geschriebenen Gerichtsbericht der „Volkzeitung“ geäußert hat. Der Gemahregelte hat sich darauf beim Justizminister Dr. Weseler beschwert. Die höchste Instanz hat ihm antworten lassen: Nach Prüfung des Sachverhalts hat der Justizminister keinen Anlaß gefunden, die Verfügungen des Landgerichtspräsidenten in Düsseldorf vom 2. Juni d. J. und des Oberlandesgerichtspräsidenten zu Köln vom 27. Juni d. J. im Aufschubwege abzuändern.

Es ist also preußisches Recht, daß ein preußischer Richter einem Manne, der an einem Blatte arbeitet, das sich eine Kritik richtiger Handlungen erlaubt, die Arbeit untersagen darf. Das Blatt hat zwar nichts Strafbares geschrieben, man kann es daher nicht mit dem Geleie paden, aber gerade deshalb muß der Verichteratter sitzen, denn — Strafe muß sein!

Der Fall zeigt klar, wozu sich die Bureaucratie gegen den Bürger berechtigt glaubt — wie weit wir in Preußen-Deutschland noch von der Anerkennung der Mündigkeit des Bürgers entfernt sind.

## Soziales.

### Abermals ein Krankenkassenkonflikt.

In der Berliner Ortskrankenkasse der Töpfer ist längst ein eigenartiger Abbruch von Vorstandsmitgliedern erfolgt. Natürlich handelt es sich auch hier wieder um eine Maßregel gegen Arbeitnehmer. So erhielt der Vorsitzende der Kasse, Genosse John, kürzlich folgendes Schreiben vom Magistrat „hiesiger königlicher Haupt- und Residenzstadt“:

Mit der Leitung der Vorstandsgeschäfte der hiesigen Ortskrankenkasse des Töpfergewerbes ist der stellvertretende Vorsitzende Prillwitz beauftragt worden, da Sie nach den amtlichen Feststellungen nicht mehr Mitglied dieser Kasse sind.

Bis zur endgültigen Erledigung dieser Angelegenheit wollen Sie sich jeder Beteiligung bei der Verwaltung der Kasse enthalten. (Unterschrift.)

Wenige Tage darauf ging den Vorstandsmitgliedern Huhn, Wolff und Hinz dann nachstehende Mitteilung zu:

Raut Verfügung des Magistrats sind Sie Ihres Amtes als (Schriftführer resp. Vorstandsmitglieder) der Ortskrankenkasse der Töpfer entbunden, weil Sie nicht mehr Mitglieder der Kasse sind. . . .

Julius Prillwitz, stellvert. Vorsitzender.

Dieses Vorgehen ist auf eine Denunziation des Mandanten der Kasse zurückzuführen, der, wie auch der stellvertretende Vorsitzende, Arbeitgeber ist und den Arbeitnehmern im Vorstand aus „höheren Interessen“ jetzt einen Streik zu spielen gedenkt. Die vier geschäftigen Vorstandsmitglieder gehören nämlich momentan tatsächlich der Kasse nicht an. Das rührt daher, daß sie gegenwärtig bei Meistern arbeiten, die ihre Geschäfte in Vororten haben und deshalb ihre Arbeiter bei den Vorortkrankenkassen versichern. Im Töpferberuf herrscht bekanntlich eine permanente Fluktuation, so daß ein Geselle bald mal in Berlin, bald mal in einem Vorort arbeitet. So ist es aber schon seit Jahren gewesen und niemand hat Anstoß daran genommen. Ganz vernünftigerweise hat man sich bisher in der Berliner Ortskrankenkasse immer gefügt, daß wenn bei jedesmaligem Arbeitswechsel eines Kassenvorstandsmitgliedes und dem damit verbundenen Uebertritt von einer Kasse in die andere immer sogleich eine neue Vorstandswahl vorgenommen werden sollte, so kämen die Kassemitglieder aus dem Wählen gar nicht wieder heraus. Alle Augenblicke müßten dann derartige Neuwahlen stattfinden, und die Geschäfte der Kasse würden notwendigerweise vernachlässigt, wenn nicht ganz brach gelegt werden. Man wüßte, daß solch ein Arbeitswechsel nicht so lange andauert, umsoweniger, als jeder Berliner Töpfer ohnehin bestrebt ist, so bald wie möglich wieder in Berlin Arbeit zu nehmen, wodurch er dann natürlich auch wieder Mitglied der Berliner Kasse wird. Aus diesen Gründen ist bisher denn auch niemals gegen den Verbleib der Arbeitnehmer-Vorstandsmitglieder im Amt je etwas eingewendet worden. Bis es jetzt den Arbeitgebern einer persönlichen Schulle wegen beliebt, auf diese Art die Vereitigung der Arbeitnehmer aus dem Vorstand zu betreiben. Nebenbei sehen die Vorstandsmitglieder Huhn, Wolff und Hinz den ihnen zugewonnenen Verbleib des stellvertretenden Vorsitzenden als unzulässig an, weil sie ihres Amtes nur durch eine ihnen direkt zugestellte formelle Verfügung der Aufsichtsbehörde, nicht aber durch einen Verbleib des stellvertretenden Vorsitzenden entbunden werden können. Freilich ist Huhn, als er unter Verurteilung auf das formale Recht seine Amtstätigkeit weiter ausüben wollte, mit Hinweis auf den Hausfriedensbruch-Paragrafen aus dem Kassensitzal gewiesen worden. Gegen die Magistratsverfügung haben die „Ermittelten“ einstweilen den ordentlichen Klageweg beschritten.

### Herrn-Proletarier!

Theorien über das Wesen des Kapitalismus haben die „Herrn“-Proletarier nicht aufgeklärt. Im Gegenteil, sie bedürfen dringend der Aufklärung, damit das, was unbewußt in ihnen schlummert, was unter dem Geßtrapp eines bornierten Standesbewußtseins an der Entwidlung gehindert wird, klar zum Bewußtsein kommt und das Handeln bestimmt. Aber das es nichts ist mit dem sozialen Aufstieg der uns tägliche Brot sich Sorgen, das fällen auch die Herrn-Proletarier, die Lohnslaven im Stehfragen. Sie fühlen es! Stochschläge auf den Wagen bewirken das. Die Jubelberichte über die glänzende Lage der Industrie und das Getue über Lohnsteigerungen geben Reformern und Verbesserern der heutigen Gesellschaftsordnung Veranlassung, in tief sinnigen Betrachtungen von dem sozialen Aufstieg der unteren Klassen zu fabulieren. Für die meisten Lohnarbeiter bleibt die Einkommenerhöhung aber hinter der Verbesserung der Lebensmittel zurück. Wohl hat sich die große Masse an einige Kulturbedürfnisse gewöhnt, die den Vorfahren noch unbekannt waren, aber die eigentliche Lebensführung, die Ernährung,

ist nicht besser geworden, weite Kreise der erwerbstätigen Bevölkerung leben heute schlechter als in früherer Zeit. Das Geld packt auch die Bureaubeamten, Kaufleute usw. beim Kratzen, wie uns die in großer Zahl eingehenden Zuschriften aus diesen Kreisen belehren. Zur Veranschaulichung der Mäßigkeit in den Kreisen der Herren-Proletarier und deren wenig rofige Lage lassen wir nachfolgend zwei Einfender zu Worte kommen.

Ein Handlungsgehülfe schreibt:

„In dem Hause, in welchem ich zurzeit beschäftigt bin, herrschen für die kaufmännischen Angestellten in pekuniärer Beziehung wie auch im Punkt Arbeitszeit sehr falsche Zustände. Die selbstverständliche Folge davon ist, daß, sobald der Chef resp. der Prokurist den Rücken gewandt hat, die Herren ihre Unzufriedenheit in den bittersten Worten laut werden lassen. Trotzdem sie alle so unzufrieden mit ihrer Lage sind, machen sie doch, als ich in das Geschäft eintrat und zum Frühstück ständig den „Vorwärts“ las, geraume Zeit hindurch hämische Bemerkungen: „Ach, Sie sind Sozialdemokrat?“ „Sie sind wohl ein ganz Scharfer!“ „Den „Vorwärts“ lesen Sie?“ „Betrachten Sie sich auch Bomben zu schmeißen?“ Solche und ähnliche Äußerungen der lieben Herren Kollegen sind über mich ergangen. Kürzlich klagte mir ein Kollege, daß er für monatlich 90 M. viel zu viel leisten müsse. In den beweglichsten Monaten schilberie er mir, daß er für Ueberstunden keine Vergütung erhalte, im Verhältnis zum gewerblichen Arbeiter werde er schlechter bezahlt, müsse aber bedeutend besser geleidet gehen. Dem Herrn hielt ich darauf einen längeren Vortrag über Zweck und Vorteil der Organisation, erläuterte ihm, daß es doch lediglich nur unsere eigene Schuld ist, wenn wir hinter den gewerblichen Arbeitern zurückbleiben, und wies ihn auf die Pflicht des gemeinsamen Zusammenschlusses der Angestellten gegenüber dem Prinzipal hin. Aber schon während meiner Ausführungen blidte mich der Herr Kollege verständnislos an und brach dann, nachdem ich geendigt hatte, in die Worte aus: „Streiten sollen wir, aber wir sind doch keine Arbeiter!“ Sprach's und ließ mich mit verächtlichem Achselzucken stehen. Solchem Standesdünkel gegenüber bin ich vollkommen machtlos. Dieser Dünkel hat absolut keine feste Ueberzeugung hinter sich und ist dagegen mit Vernunftgründen nichts zu machen.

Nicht besser erging es mir in anderer Beziehung. Ich ließ z. B. die Broschüre gegen Volksverdummung von Hand zu Hand gehen. Obgleich fast alle Handlungsgehülfen ihre Kinder in die Gemeindefchulen schicken müssen, gelang es mir trotz eifriger Bemühungen nicht, von neun Kollegen mehr als einen einzigen zum Austritt aus der Kirche zu bewegen. Daß die Herren sich so religiös fühlen, ist ausgeschlossen, über den Schöpfungsrummel waren wir alle einig, aber das „Standesbewußtsein“ erfordert nicht nur materielle, sondern auch intellektuelle Opfer.

Wenn die Handlungsgehülfen erllären, keine Arbeiter zu sein und dies bei allen möglichen Gelegenheiten versichern, so verheßen manche von ihnen solche Meinung, nämlich wenn — die Arbeiter streiken. Dann wissen manche Herrchen gar nicht, wo sie sich vor Eifer lassen und auf welche Art sie ihr Geschäftsinteresse befunden sollen. In's Gesicht spucken möchte man solchen Gesellen ob ihrer Geldentat.“

Ein Versicherungsbeamter schreibt uns folgendes:

„Aus einem Vertrage, wie ihn der „Allgemeine deutsche Versicherungsverein zu Stuttgart“ in Berlin, Anhaltstraße 12, mit seinen Angestellten abschließt, möchte ich Ihnen einige Paragraphen illustrieren.

Bei einer ununterbrochenen Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden täglich „gewährt“ die Direktion ihren Angestellten um 10 Uhr sogar eine ein halbstündige Pause. Jedoch kann diese halbstündige Dienstzeit von der Direktion nach Belieben nach Lage des Geschäftsganges verlängert werden. Daß das nichtgeschäftliche Sprechen laut Dienstvorschrift verboten ist, erscheint als selbstverständlich. Da die Angestellten an Stenpulten arbeiten, begt die Direktion scheinbar die Ansicht, daß es sich hier trefflich an Sitzgelegenheiten sparen ließe. So benutzen denn auch 2—3 Beamte einen „Dreh-schemel“. In normalen Zustände ist, wenn auch keine handels-gesellschaft, so doch noch eine vierwöchentliche Kündigungsfrist vorbehalten. Aber auch schon wegen „unbotmäßigen“ Benehmens den Vorgesetzten gegenüber kann unter anderem so ein Unglücksmanisch sofort entlassen werden. Die Herren „Vorgesetzten“ dürfen jedoch ihre „Untergebenen“ im preussischen Kasernenhofjargon mit „Jhr“ und „Euch“ anreden. Im Falle einer Krankheit mit Erwerbs-unfähigkeit erhält der Beamte nur das halbe Gehalt. Die Direktion gewährt ihren Beamten auch einen 4—13tägigen Urlaub, jedoch mit der Bestimmung, daß, wenn ein Angestellter vor Ablauf von 8 Wochen nach Beendigung des Urlaubs kündigt, er sich den nach-träglichen Abzug der Hälfte des resp. Gehaltes gefallen lassen muß.

Auch eine „Wohlfahrts-Einrichtung“ ist vorhanden; sie führt den stolzen Namen „Beamtenhilfskasse“. Die Beiträge werden zwangsweise auf dem Wege des Gehaltsabzuges zusammengebracht. Die Zinsen der Beamtenkauttionen — jeder Beamte muß eine solche Sammelkasse. Aber ein „gewöhnlicher“ Beamter hat über den Verbleib der Gelder bisher noch nichts erfahren, geschweige denn die „Wohlfahrt“ selbst gespürt.

Wie sehen nun aber die „Gehälter“ aus? Die Bezüge der ältesten Beamten, die bereits längere Jahre im Dienste dieser Gesellschaft sind, und die durchaus selbständig arbeiten müssen, illustriert diese Zusammenstellung:

Tätigkeit	Gehalt monatl.	Dienstzeit Jahre	Alter Jahre	Letzte Zulage monatlich für 1/2 Jahr
1. Kassierer der Prämienkasse (2000 M. Kaution)	130,—	6—7	ca. 32	5,—
2. Kassierer, Dokumentenverwalter (300 M. Kaut.)	92,50	5	21	2,50
Selbständiger Buchhalter der Provisions-kt. usw.	115,—	7 1/2—8	25	—
Versicherungs-Abt., Buchhaltungsarbeiten, Korrespondent usw. . . .	80,—	3	21	2,50
Dito . . . . .	95,—	1 1/2	22	—
Dito . . . . .	85,—	1 1/2	21	1,67
Vertritt den Beurlaubten Bureauborsteher . . .	107,50	3 1/4	23	2,50
Buchführung der zur Kasse gehörigen Bücher . .	85,—	1/2	23	—
Korrespondent, Policenbearbeitung usw. . . .	120,50	6—7	27	2,50
Noten unter Verantwortung prüfen . . .	100,—	gestellt	40	—
Alle vorkommend. Sachen der Versicherungs-Abt.	83,—	2	—	2,50

Dies sind schon die besseren Stellen mit den „gehobenen“ Gehältern, doch daneben gibt es auch Monatsgehälter von 75 M. bis 55 M. Hierzu kommen noch die „Monatsgehälter“ von 35 M. bis 55 M. der ja so billigen Damen. Die Frage einer Gehaltssteigerung wird eben nur von der Direktion geprüft, ein Recht auf Zulage hat niemand.

Von diesem fürsichtigen Einkommen geht noch ab: Invalidentaxe, Krankenkassengeld, Beiträge zur Beamten-„Unterstützungskasse“, und soweit die erforderliche Kaution von 60 M. nicht bar hinterlegt wurde, werden noch 5 M. monatlich hierfür in Abzug gebracht.

Bei dem Rassenlend, das gerade unter dem „gehobenen“ Stande der Kaufleute herrscht, wird es der Gesellschaft ja stets möglich sein, Leute zu finden, die in ihrem Dünkel, mehr wie Arbeiter zu sein, gewillt sind, sich für ein paar Mark zu verkaufen.“

Die Gesellschaft, die solche horrenden Gehälter bezahlt, züßt Staaten, Prinzen, Fürsten, große Erwerbgesellschaften, gemeinnützige Vereine usw. zu ihren Kunden und Mitgliedern. Im Jahre 1907

erzielte sie bei einem Unkostenkonto von rund 5 Millionen Mark für Steuern und Verwaltungen einen Ueberschuss von annähernd 8 Millionen Mark, genau 2 859 965,30 M. Bei einer solchen Gewinnrate erscheint die erbärmliche Befolgung besonders skandalös.

## Aus Industrie und Handel.

Die anderen.

Einer Lohnhöhung um rund 100 Proz. erfreuen sich die Arbeiter der Mansfelder Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft. Um 83 1/2 Proz. wuchs das Einkommen bei den Westfälischen Kupfer- und Messingwerken A.-G. in Lüdenscheid. Natürlich meinen wir die Papierarbeiter, die in der Produktion gar nichts leisten. Bei den wirklichen Produzenten gibt es solche Lohnsteigerungen nicht. Welchen Wert ein einziger Arbeiter für die Dividendenbesitzer haben kann, darüber belehrt eine Mitteilung des Grubenvorstandes der Gewerkschaft Widdberg, Blei- und Silberbergwerk in Bonn an die Presse. Sie lautet: Betriebsergebnisse seit Wiederaufnahme des Betriebes am 10. Januar 1906. Januar Betriebsverlust 14 904 M., Februar Betriebsüberschuss 19 108 M., März dto. 22 657 M., April dto. 17 760 M., Mai dto. 27 895 M., Juni dto. 27 868 M. Durch den Arbeitermangel fehlen noch zirka 40 Arbeiter, die Gewerkschaft ist deshalb vorläufig nicht in der Lage, in volle Förderung zu treten. Wenn es gelingt, die fehlenden Arbeiter zu bekommen, so wird man einen monatlichen Betriebsüberschuss von 40—45 000 M. erzielen. — Setzt man eine weitere reguläre Steigerung des Ueberschusses voraus, vielleicht bis auf 30 000 M. pro Monat, dann bleibt den noch einzustellenden 40 Arbeitern immer noch ein Stümmchen von 10—15 000 M. Ueberschuss zu erarbeiten übrig. Rechnen wir mit der Minimalsumme, dann ergibt sich ein Ueberschuss von 120 000 M. pro Jahr oder pro Kopf der Arbeiter 3000 M. Daß die Metallbergwerke zurzeit glänzend prosperieren, läßt der Geschäftsabschluss der Mansfelder Gesellschaft deutlich erkennen. Im ersten Halbjahr 1906 wurde ein Ueberschuss von 7 350 000 Mark erzielt gegen 4 250 000 Mark in der korrespondierenden Zeit 1905. Das Mehr beträgt 78 Proz., dabei war die Produktion um 108 Tonnen Kupfer und 922 Kilogramm Feinsilber gestiegen. Die Preise hoben sich bei Messingkupfer von 1378,50 Mark auf 1645,40 Mark pro Tonne und für Silber von 80,25 Mark auf 89,75 Mark pro Kilogramm. Nach den ausgewiesenen Abfahrgängen ergibt sich für Kupfer und Silber zusammen eine Einnahme von 18,866 Millionen Mark gegen 17,701 Millionen Mark im Vorjahre. Die Zunahme beläuft sich mithin auf 6,6 Prozent. Nimmt man an, daß auch die Nebenergebnisse ein ansehnliches Mehr erbracht haben, dann bleibt zwischen der Einnahme und der Ueberschusssteigerung doch eine so erhebliche Differenz, daß auf jeden Fall von einer Steigerung der Produktionskosten nicht die Rede sein kann. Wie schon bemerkt, erhalten die Augeninhaber eine um 100 Proz. erhöhte Ausbeute. Ob bei den Arbeitern von dem Segen des Bergbaues auch wohl etwas abgesehen hat? Auch der Georg Marien-Bergwerks- und Hüttenverein erzielte für das abgelaufene Geschäftsjahr einen ansehnlichen Ueberschuss: 8 275 256 M. gegen 2 945 913 M. im Vorjahre. Eine Dividende gelangt jedoch nicht zur Verteilung; der Gewinn soll zum Ausgleich der auf Jahre Verne entstandenen Schäden verwendet werden.

Die Westfälischen Kupfer- und Messingwerke schließen ab mit einem Betriebsgewinn von 357 880 M.; im Vorjahre 245 656 M. Die Dividende erhöht sich von 6 auf 8 Proz.

### Das „Soll“ im Bergbau.

Bei der gegenwärtigen Anspannung des Montanmarktes und der intensiven Ausnutzung der Werksanlagen spielt das „Soll“ wieder eine große Rolle. Es dürfte deshalb angebracht sein, die Bedeutung des „Soll“ etwas zu erläutern. Im Bergbau versteht man darunter jenes Quantum Kohle, Erz, Eisenstein, welches auf Grund von Berechnungen und Beobachtungen von den einzelnen Beamten und ihren Untergebenen als Tagesleistung verlangt wird. Mittels des „Soll“ ist es möglich, jeden Beamten auf seine Leistungsfähigkeit zu prüfen; zu kontrollieren, wie teuer der Gesellschaft die von ihm beschaffte Fördermenge zu stehen kommt.

Nehmen wir an, der unterirdische Betrieb einer Grube ist in eine Anzahl von Revieren eingeteilt. Jedem Revier steht ein Beamter, der sogenannte Reviersteiger, vor, welcher seinerseits wieder über die benötigte Anzahl von Unterbeamten und Arbeitern verfügt. Ueber alle zum Ausbau, der Erhaltung und Förderung benötigten Materialien hat er genaue Aufzeichnungen zu machen. Diese Materialien können sein Holz, Eisenteile, Zement, Mauersteine usw. Von der Verwaltung wird der Beamte für den Verbrauch der Materialien zu dem Selbstkostenpreise belastet. Dazu kommen die Arbeitslöhne und sonstigen Auslagen. Danach werden die Gesehungsstellen pro Tonne berechnet. In jahrelanger Praxis hat sich herausgestellt, wieviel pro Mann und Schicht verlangt werden kann. Auf Grund dieser Berechnungen wird das, was täglich in jedem Revier gefördert werden kann, als Norm aufgestellt für das, was gefördert werden soll. Die bisherige Höchstleistung wird dadurch immer zur Durchschnittsleistung der Zukunft.

Von Zeit zu Zeit, in der Regel monatlich, finden Konferenzen mit den Betriebsleitern und Inspektoren in den Verwaltungsgebäuden der Grube statt, in denen das von jedem einzelnen Reviersteiger erzielte Resultat durchgesprochen und festgestellt wird, ob der Beamte „gut“ oder „schlecht“, d. h. billig oder teuer gearbeitet hat. Lob oder Tadel sorgen dafür, daß eine gewisse Rivalität zwischen den Beamten Platz greift. Dazu kommt, daß für besonders „nützige“ Leistungen Gratifikation, Prämie und Lantieme in Aussicht gestellt wird, obendrein winkt die ersuchte Beförderung bei ganz „herausragenden“ Leistungen. Vor allen Dingen soll der Beamte jeden Tag wenigstens sein „Soll“ liefern. (Zu Justizrätern, Gefängnissen und anderen Staatspensionen sagt man ja um.)

Es dürfte ohne weiteres einleuchten, daß das geschilderte System die größten Gefahren für die Sicherheit der Vone, Streden und

Arbeitsörter mit sich bringt. Die Unfallgefahr wird dadurch aber auch in ganz erheblichem Maße beeinflußt! Das Streben, eine möglichst günstige Note bei den Vorgesetzten zu erhaschen und durch „billiges Arbeiten“ die Prämien und sonstige Bezüge möglichst hoch zu schrauben, läßt es dahin kommen, daß an allen Ecken und Kanten mit Holz und anderen Materialien geparkt, daß ferner an Lohn und Gebende geknappt wird.

Die Art der Tätigkeit der behördlich beauftragten Aufsichtsorgane ist bekannt; die Ausübung der Grubenkontrolle durch die staatlich angestellten Beamten ist lax und unvollständig. Die Arbeiterbestimmungen für den Bergbau lassen viel zu wünschen übrig, so daß die Einführung von Arbeiterkontrollen eine unbedingte Notwendigkeit ist. Der „Vorussia“-Projekt hat dies auch dem Laien so deutlich wie möglich vor Augen geführt.

Wenn wieder Katastrophen im Bergbau eintreten, Massengräber sich aufstauen, Leichenhügel sich bilden; wenn die empörten Massen sich wie in den ersten Tagen des verfloffenen Jahres gegen das verhasste Joch der Ausbeuter wehren, so denke man daran, daß ein gut Teil mit schuldig ist an all' den unwürdigen Zuständen im Bergbau: das infame „Soll“!

Deutschlands Roheisenproduktion im Juli. Nach Ermittlungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller betrug die Erzeugung von Roheisen im Juli 1906 insgesamt 1 041 447 Tonnen gegen 1 009 015 Tonnen im Vormonat und 942 905 Tonnen im Juli des Vorjahres. In den ersten sieben Monaten belief sich die Produktion auf 7 143 383 Tonnen im Jahre 1906 gegen 6 041 393 resp. 5 845 740 Tonnen in den beiden Vorjahren.

Konzentration in der Erdölindustrie. Auch die junge deutsche Erdölindustrie wird bereits von den Fängen des Großkapitals umspannen. Im Wieser Bezirk sind schon seit einiger Zeit größere Gesellschaften am Werke, einen größeren Teil der Produktion und Verkauf in Besitz zu nehmen. Wie nun die „Frankf. Zig.“ erfährt, beabsichtigt die Internationale Petroleumgesellschaft die Gründung einer Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 18 Millionen Mark.

## Aus der Frauenbewegung.

### Kinderarbeit.

Der Grad der Behftigkeit der Menschen bestimmt ihren Ausbeutungsgrad. Dem profitheischenden Unternehmertum ist nicht heilig, es macht nicht einmal Front vor der schwachen Arbeitskraft des Kindes. Die erwerbsmäßige Kinderarbeit ist dem Kapitalismus entspringen und mit ihm groß geworden. Lange Zeit kannte die Ausbeutung der Kinder überhaupt keine Grenzen, erst durch die Gewerbeordnung vom Jahre 1869 und die Novellen von 1878 und 1891 wurde der übermäßigen Ausbeutung der Kinderarbeit in den Fabriken etwas die Fänge angelegt. Es ist aber immer noch nicht verboten, überhaupt Kinder zu beschäftigen. Weil Kinderarbeit in Fabriken unterjocht ist, flüchten sich die Ausbeuter der Kinder in die Heimarbeit usw. Ein weiterer Schritt zur Eindämmung der Kinderarbeit ist das Kinderschutzgesetz vom 30. März 1903, welches unbeschränkt am 1. Januar 1905 in Kraft trat. Bis dahin galten seit dem 1. Januar 1904 mildere Uebergangsbestimmungen. Und auch dieses Gesetz strotzt von Fehlern und Mängeln. Es macht in erster Linie einen Unterschied zwischen eigenen und fremden Kindern. Die eigenen Kinder können wie bisher nach Herzenslust beschäftigt werden. Fremde Kinder sollen des Morgens vor der Schulzeit nicht frühstück, Milch oder Nahrungen austragen. Da dieser Vorschrift jedoch sehr wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird, die Behörden nicht kontrollieren, ob es eigene oder fremde Kinder der Auftraggeber sind, welche allmorgentlich auf der Straße umherlaufen, sind Uebertretungen in Hülle und Fülle an der Tagesordnung.

Anderer ist es mit den in Fabriken beschäftigten Kindern. Hier obliegt die Kontrolle den Gewerbeaufsichtsbeamten, deren jährliche Berichte Ausschluß über die Zahl der beschäftigten Kinder geben. Für das Berichtsjahr 1905 liegt nun der Bericht der beherrschenden Beamten vor. Gerade in Bayern werden Kinder in verhältnismäßig hoher Anzahl erwerbstätig beschäftigt. So betrug im Jahre 1904 die Zahl der in Fabriken tätigen Kinder für Preußen 2430, für Sachsen 1826, für Württemberg 846, für Bayern dagegen 2727 oder, im Verhältnis zur Gesamtzahl aller Fabrikarbeiter ausgedrückt, für Preußen 0,09, für Sachsen 0,3, für Württemberg 0,5, für Bayern aber 0,7 Proz. Diese Zahlen beweisen deutlich, daß gerade in Bayern ausnahmsweise viel Kinder in Fabriken arbeiten. Man kann hieraus wohl den Schluß ziehen, daß auch in anderen Beschäftigungen, hauptsächlich in der Heimarbeit, die Kinderarbeit stark verbreitet ist.

Nach den Berichten waren in den Fabriken des Landes im Jahre 1905 3350 Kinder beschäftigt, gegen 3158 im Jahre 1900. Dem Geschlechte nach waren die Mädchen am stärksten an der Kinderbeschäftigung beteiligt; ihre Zahl ist in den letzten fünf Jahren absolut um 320 gestiegen, während die Zahl der beschäftigten Knaben etwas gesunken ist. Nach den Angaben der Gewerbeinspektoren sind in der Industrie der Steine und Erden am meisten Kinder tätig. Dann folgt die Textilindustrie. Dem Geschlechte nach waren am meisten Knaben in der Industrie der Steine und Erden, am meisten Mädchen in der Textilindustrie beschäftigt. Im Gegensatz zu der Vermehrung der erwerbstätigen Kinder sind die Uebertretungen der gesetzlichen Vorschriften geringer geworden. Nur aus wenigen Bezirken wird von einer Zunahme, aus den meisten von Abnahme der Zuwiderhandlungen berichtet. Als unzulässig ist die Kinderarbeit beanstandet worden in 52 Fällen, welche 61 Kinder umfassen. Häufiger als im Vorjahre war übermäßig lange Beschäftigung festzustellen.

Soweit die Gesetze besser beachtet werden, geschieht es nicht aus Menschlichkeitsrücksichten, sondern wegen der Sicherheit, die aus den Zuwiderhandlungen entspringt. Daß die Kinderarbeit am Umfang gewonnen hat, ist jedenfalls kein erfreuliches Zeichen, es zeugt von dem zunehmenden Elend der Arbeiterklasse. Fast gar keiner Schranke gesetzt ist die gesetzwidrige Beschäftigung der Kinder in der Heimindustrie. Die Beamten wissen gar nicht, wo heimarbeitende Kinder zu finden sind, da eine Anmeldung derselben nicht verlangt wird. Hier ist der Ausbeutung ohne jegliche Sündung Tür und Tor geöffnet und sie wird gefördert durch die schändlichen Löhne, die in der Heimindustrie üblich sind. Wie notwendig es ist, daß Kinder aus der Heimarbeit entfernt werden,

beweisen die gelegentlich aus Tageslicht gezogenen skandalösen Verhältnisse. Häufig werden Kinder bis zu drei Jahren herab bei verhältnismäßig schwerer Arbeit beschäftigt. Lang ausgebeutete Arbeiterinnen, oft an gefährlichen Maschinen, in schlechter Luft, neben karglicher Nahrung, sind gang und gäbe. Trotz der Sämterigkeit der Kontrolle liegen sich immerhin Einrichtungen schaffen, welche der übergroßen Ausbeutung der Kinder in der Heimarbeit Einhalt gebieten, zum Beispiel Anstellung von Inspektoren aus den Reihen der Gewerkschaften. Aber auch die Kinder, welche allmorgentlich treppauf und treppab rennen müssen zum Austragen von Zeitungen, Packwaren und Milch, bedürfen dringend größerer Schutz. Auf diesem Gebiete müssen die Beamten tatsächlich — beide Augen zumachen, um nicht zu sehen, wenn kleine Kinder, die sicher nicht das gesetzliche Alter erreicht haben, so früh dem Verdienste nachgeben. Unsere Behörden, die in allen anderen Sachen sehr findig und scharfsichtig sind, lassen in dieser Beziehung eine Laubzeit walten, die dem Ausbeuter hochwillkommen ist — nicht im Interesse der Kinder. Vielen Eltern tut nach dieser Richtung eine Beweissicherung sehr nötig. Es gibt Eltern, die auf die paar Pfennige, die die Kinder verdienen, wohl verzichten können, aber ihre Kinder müssen verdienen. Solche Eltern haben noch nicht einsehen gelernt, wie schwer sie sich gegen ihre Kinder verdingen, wenn sie diese so frühzeitig in das Joch der Arbeit spannen. Hier Auffklärung zu schaffen, liegt im Interesse der ganzen Menschheit. Die jammererregenden, trüffelhaften Gestalten, die den Proletarier schon von weitem erkennen lassen, sind oft Folgen allzu früher Arbeit. Die Ausbeutung der Wehrlosen wird ihr völliges Ende allerdings erst dann finden, wenn die kapitalistische Gesellschaftsordnung der sozialistischen Platz macht, aber im Rahmen der gegenwärtigen Verhältnisse können doch die trüffelsten Mißbräuche schon beseitigt werden.

## Für die ausgesperrten Lithographen und Steindrucker Deutschlands

sind weiter eingegangen:

Verband der Bergolder auf Ritten, 4. Rate 100.—, Verband der Bildhauer, Beckhau Renner 6.—, Steinbildhauer, Bauschinger 7,45, zusammen 13,45. Möbelpolierer der Firma Hüllendeb, Kroll u. Co., Markthamerstr. 55 11.—, 1143/5 Kollegen der Möbelfabrik Heim u. Gehren 18,75. 1146 2896 Verband der Verwaltungsbekannt 10,25. 1147 1906 Verein der Gärtner 12,15. Verein der Gärtner, Bez. Grunwald 10,00. Verband der Bauarbeiter, Sektion der Röhre 13,25. Arbeiter und Maurer Bau Landenstr. 16,70. Verband der Bäcker auf Ritten und Mitgliedschaft Berlin 200.—, Zentralverband der Köpfer, Filiale Berlin 500.—, 1148 735 Zentralverband der Töpfer 14,50. Angehörte der Zimmereiwerkstätte d. Köpfer 13.—, 1149 1513 Tapeziererwerkstatt Marktweg 17,50. 1150 3661 Kollegen von Wolfenbaur u. Rehpf 10,80. 1151 3662 Bau Charlottenburg, Gießerbrückstraße 13,75. Kollegen der Kofferfabrik Lange, Werfer u. Co. 9,90. 1152 3663 Kollegen der Firma Schuber 6,05. 1153 1512 Tapezierer der Möbelfabrik Dittmar 20.—, Kollegen der A. E. G., Turbinenfabrik: Ritten 2892 Reber 28,85, 2863 Schmiehe 17,55, W. H. 11 2854 10,50, 2855 29,65, 2857 22.—, 2858 23,80, 2859 7.—, 2860 31,40, 2861 23,40, zusammen 220,10. 1154 1151 Personal der Firma Thomas, Waldenstr. 17,75. 1155 1781 Verband der Mühlenarbeiter Victoria 8,40. Schlosser der Firma Scherbel 26,80. Ueberschuss einer Kranzpende, Bastenfabrik 15,10. 1156 2277 Kollegen der Werkstatt Kühnig u. Reje 7,25. 1157 1155 7,80. Kollegen der Bauhilfserei Gustav Meyer, Neue Jakobstr., III. Rate 24,65. Verein der Formstecher (Ritten) 2916 34,50, 2935 12,50, 2937 11.—) 58.—, Köpfer, Bau Schulz, Gärtstr. 12 5,70. 1158 3744 Kollegen der Firma Jander 6,75. 1159 3664 Kollegen der Firma Barth 22,70. 1160 3752 Kollegen d. Möbelfabrik Riesel u. Kämmer, Vorgängerstraße 22,90. 1161 3750 Kollegen der Schlosserei Gerstl 21,90. Kollegen der Möbelfabrik Heim, Meyer u. Co. 5. Rate 7,50. 1162 3743 Kollegen der Firma Schulz, Schöneberg 6,15. 1163 3756 Kollegen der Möbelfabrik A. E. Ball 17,30. Kollegen der Möbelfabrik Jhes u. Co. 12.—, 1164 3704 Bauarbeiter Kirchbau Marksteinstraße 4,45. 1165 3703 Maurer Kirchbau Marksteinstraße 10,25. 1166 3662 Maurer 5,70. Verband der Hutmacher 100.—, Radfahrerverein „Frisch auf“ 10.—, Sechserklasse der Möbelfabrik Schuber, Weihenitz 10.—, Gewerkschaftsratell Vellen 110.—, Organisierte Brunnbauer 5.—, Ueberschuss einer Kranzpende A. E. G., Eber-Schöneweide 57.—, Verband der Schuhmacher auf Ritten 256,35. 1167 604/6 von Anhängern der Firma Stam, Charlottenburg durch Gardt 23,20. 1168 3749 Tagelöhner der Firma Beck u. Gloppeburg, 4. Etage 14,25. 1169 1150 Kollegen der Möbelfabrik Stern, Seliger u. Co. 19,95. 1170 178 Kollegen der Firma Hoyer 9,25. 1171 1145 Kollegen der Knopffabrik Beckmann 4,20. 1172 3746 Kollegen der Firma Bernicke, Diefenbachstr. 36 6,30. Ueberschuss einer Kranzpende, Verbandsmittglieder der Firma Büggenlein 2,30. 1173 3763 gesammelt beim Grützel Kolonie Neu-Zeeland 2,00. Verband der Photographen auf Ritten 16,10. 1174 1156 Kollegen der Möbelfabrik Gurisch, 5. Rate 15,15. Kollegen der Bauhilfserei Gaudner u. Köpfer, darunter 3 M. Sedan, 8,30. 1175 3667 Rehe 4,15. Kollegen der Firma Schwanke, Scheringstraße 59,40. 1176 3776 Verband der Steinreißer 3,60. Kollegen der Firma Gebr. Krüger, Köpenick 29,65. 1177 3755 Bau Ludwig 10,05. Kollegen der Firma Rix u. Genet, Rite 632 Saal John 9,10. 1178 633 Militärabteilung 18,75. Summa 27,85. 1179 3764 Kollegen der Firma Lindström 29,90. 1180 617 Kollegen H. Gerndt, Köpferstr. 11,05. 1181 614 Kollegen Gebrüder Krull, Brandenburgstraße 9,70. Organ. Musikinstrumentenmacher B. O. 4,05. Hochzeitsfeier Riller 4,00. Bochumer Gewerkschaftsratell, erste Rate 843,00. Tellerammlung (Projekt - Veranstaltung) Lege durch Dreher 48,80. Verband der Portefeulien auf Ritten 5,15. Sechserklasse Bezirk 1790 6,40. Kollegen u. Kolleginnen Werner-Bert auf Ritten: 520 24,75, 522 5.—, 523 6,40, 528 5,50, 529 14,50, 336 7.—, 537 8,80, 539 6.—, 540 9.—, Sa. 83,95. 1182 961 Kollegen der Firma Vahl, 4. Etage 8,50. Riten 3663/4 Verbandsmitglieder der Firma Dalmier, Wt. Nürnberg 37,50. 1183 3667 Kollegen der Firma Hartmann, Köpenickerstraße, Gießerei 12,50. 1184 1902 1.—, 1185 1157 Kollegen der Bilderrahmenfabrik der Firma Karl Köpfer 13,50. Kofferwerkstätte Müller 1,25. 1186 3702 Kollegen der Kofferfabrik Lange, Werfer u. Co. 4,75. B. Genossen Content, Weihenitz, Gewerkschaftsratell 58,35. 1187 2491 Herrn Junowski 4,55. Von Herrn Kamponat auf Ritten 3369, 3370, 3371, 3372 21,90. Verband der Vorkammerarbeiter auf Ritten 831 bis 834 32,65. Kollegen der Werkstatt Eichhorn, Blumenstr. 30 6,30. 1188 3609 Kollegen der Firma Köpfer, Rauerstr. 13,95. 1189 3765 Kollegen der Möbelfabrik Riesel u. Kämmer 16,35. Riten 1152—54 Kollegen der Möbelfabrik Heim u. Gehren 12,10. 1190 1124 Kollegen der Knopffabrik Ortst 4,55. Kollegen und Kolleginnen der deutschen Telefonwerke auf Ritten, 3. Rate 25,75. 1191 1650 Personal der Schiffslehre Zeh 10,40. Riten 3691/2 von Spezialarbeitern und Arbeiterinnen der Schiffslehre 23,00. 1192 3667 Kollegen der Sattler, Ortsverwaltung Berlin, auf Ritten gesammelt 54,45. 1193 3597 Koll. der Firma Brotsch, Stallschreiberstr. 6,65. Riten 3599—3600 Koll. von Demitl u. Herz 35,35. Vom Arbeiter-Rauherbund 240.—, 1194 3569 Koll. von Gehlert u. Robert 8,85. Gewerkschaft, Wt. Müller-Bälou 1.—, Verband der Töpfer auf Ritten 720, 3716, 3711, 3717 42,50. 1195 479 durch Seifert 6,90. Im ganzen 3610,90. Bereits quittiert 25 221,76. Summa 28 832,68. Weitere Gelder sind zu richten an A. Kötter, Berlin SO., Engel-Ufer 15.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

## Theater.

Freitag, den 24. August.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Opernhaus. Hofopern. (Anfang 7 Uhr.)  
Schauspielhaus. Wie die Alten jung.  
Neues Operntheater. Das Heimchen am Heide.  
Anfang 8 Uhr.  
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.  
Festung. Die Weber.  
Berliner. Sherlock Holmes.  
Sänger O. (Waller-Theater.)  
Moritz-Oper. Der Postillon von Longjumeau.  
Sänger N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.)  
Urbine.  
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Deutsches. Die lustige Witwe.  
Weibens. Die Hölle des Löwen.  
Zentral. Der Regerbaron.  
Trianon. Die Kolbrade.  
Kunstpilsbau. Spanische.  
Alteins. Die Kinder der Sonne.  
Carl Weiß. Adele.  
Metropol. Aus ins Metropol.  
Apolo. Berlin im Omnibus. Das blaue Bild. Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Passage. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sängerkorps. Landestr. 18/19.  
Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv.  
Sternwarte, Invalidenstr. 57/58.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Heute im Theater 8 Uhr:  
**Der jüngste Ausbruch des Vesuv.**

**Ferdinand Bonn**  
**Berliner Theater.**  
Freitag und folgende Tage:  
**Sherlock Holmes.**  
Anfang 8 Uhr.

**Kleines Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Kinder der Sonne.**  
Sonabend: Mimenspiele. — Hillo Bobbe. — Die Schlängendame.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtasyl.  
Abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte.

**Luisen-Theater**  
Reichenbergerstr. 34.  
Sonabend, den 25. August, 8 Uhr:  
**Eröffnungs-Vorstellung**  
**Die Hochzeit von Baleni**  
Volkstümliche Eintrittspreise.

**Neues kgl. Operntheater**  
(Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr.  
Freitag, den 24. August 1906:  
**Das Heimchen am Heide.**  
Sonabend, 25. August: Sonder-Vorstellung: Fiedermaus mit Konzerteinlage. Mitwirkende: L. Godowski, Fr. Prevost, Ludwig Wöllner.  
Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich ab nachmittags 5 Uhr:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert.**  
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Zentral-Theater.**  
(Operette). 8 Uhr:  
**Zigunerbaron.** Operette in 3 Akten.

**Komische Oper.**  
Heute abend 8 Uhr:  
**Hoffmanns Erzählungen.**  
Sonabend: Hoffmanns Erzählungen.  
Sonntag: Hoffmanns Erzählungen.  
Montag zu volkstümlichen Pr.: Hoffmanns Erzählungen.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Grunnenstr. 16.  
**Die neue Herrin.**  
Lebensbild von Kalisch.  
**Fredo Seydand.** Verwandlungs-Schauspieler.  
Dazu die andern Spezialitäten.  
Anfang 6 Uhr. Kaffeelücke von 3 Uhr. Bei schlechtem Wetter: Vorstell. im Saale.

**Deutsch-Amerikanisches THEATER.**  
Köpenickerstr. 67-68.  
Jeden abend 8 Uhr: Gastspiel Adolf Philipp.

**Im wilden Westen.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: „Uebere großen Teich.“

**Residenz-Theater.**  
Direktion Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage anf. 8 Uhr:  
**Die Höhle des Löwen.**  
Schwanz in 3 Akten v. R. Demmequin und G. Bühner.  
Gastion Chaldreth: Rich. Alexander.  
**Carl Weiß-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Im Theater: Täglich 8 Uhr:  
**Adele.**  
Sonntag, den 25. August, nachmittags 3 Uhr, zu H. Becken: Adolo. Im Sommergarten täglich: Große Spezialitäten - Vorstellung.  
Anfang 5 Uhr.

**Lustspielhaus.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Spageliebe.**

**Folies Caprice.**  
Lincolnstr. 132, Ecke Friedrichstraße.  
Dir. Felix Berg.

**Premiere**  
Sonnabend, den 1. September  
Vorverkauf bei Wertheim  
und an der Theaterkasse.

**Apollo-Theater**  
10 Uhr! Novität! 10 Uhr!  
**Berlin im Omnibus.**  
Im zweiten Akte:  
Der Omnibus - Zeit.  
Vorher: Gute Spezialitäten!  
Ab 7 1/2 Uhr: Garten-Konzert.  
Anfang 8 Uhr.

**Metropol-Theater**  
Henry Bender. Josef Giampietro.  
Fritz Massary.

**!Auf - in's Metropol!**  
Große Jahresrevue mit Gesang u.  
Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.  
Musik von Viktor Hollaender.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Schweizer Garten**  
Am Königsplatz - Am Friedrichshain.  
Täglich:  
**Theater und Spezialitäten.**  
Sonnabend, den 25. August ev.:  
**Extra-Vorstellung.**  
**Stranauer Fiskings - Fest.**  
Großer humoristischer Umzug.  
Festpolonaise. Auf der Festwiese:  
Volkstänzeleistungen. Im Saale:  
Arabien- und Sackhieb-Ball.  
Neu und reich.  
Vollständ. mit Gesang in 2 Akten.  
Eintree 30 Pf., reserv. Pl. 40 u. 55 Pf.  
Alle Sommerkarten hab. Gültigkeit.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstraße 68.  
Sauf:  
Große Extra-Vorstellung für  
**Käthe Willé Barch:**  
**Busch-Lies'l**  
oder: Die Räube im Edelgrund.  
Original-Vollständ. mit Gesang in  
4 Akten von Willibrod.  
Außerdem die  
großartigen Kunst-Spezialitäten.  
Im Saale: **Großer Ball.**  
Anfang 7 1/2 Uhr. Eröffnung 2 Uhr.  
Billetvorverkauf von 10-1 Uhr.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schönhauser Allee 118.  
**Known Dolly ist da!**  
Tägliche Ballet-Galabie.  
The Rogers musikalischer Akt.  
**Das Bild des Vaters.**  
Vollständ. in 2 Akten.  
Anf. 4 1/2 Uhr. Tanz. Untere 30 Pf.

**Volksgarten-Theater.**  
Sadat. 8 (Belm- u. Belfmannstr.)  
Täglich:  
**Konzert, Theater u. Spezialitäten.**  
Das neue Kunst-Programm:  
Monte Christo, The Barrot, Henry  
Sage, Verona de Fonseca, Vermand-  
lungs-Schoulspektakel. Pierat:  
„Auf fremder Erde“.  
Große Aufführung mit Gesang.

Nur noch 6 Tage!  
**L. Deutsch-Amerikanischer**  
**Cirkus**  
10 russisch-  
äthiopische  
Stadthunde  
10 russisch-  
äthiopische  
Stadthunde  
10 russisch-  
äthiopische  
Stadthunde  
Berlin, Memelstraße.  
Tägl. abends 8 Uhr:  
Debut von  
Mlle. Nata Anastusia.  
Jeden Abend:  
Norton B. Smith  
mit seiner ganzen  
Künstlergesellschaft.  
Sonnabend, d. 25. Aug.,  
nachm. 4 Uhr:  
Große  
Extra-Vorstellung  
bei billigen Preisen.

**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Die Notbrücke.**

**WINTERGARTEN**  
Großer Erfolg des  
Eröffnungs-Programms.

Robert Steidl, Humorist.  
Das Erntefest, engl. Ballettsoz. u.  
Paul Conchas, Kraftjongleur.  
Bonhair Gregory, Akrobat-Truppe.  
Campbell und Johnston,  
komische Radfahrer.  
Der Biograph.  
Mia Werber, Singsängerin.  
Chung Ling Soo, chin. Zauberer.  
De Wit Burns und Terrance,  
amerikanische Exzentriker.  
Die Pisslutti, Reitakt.  
Ferry Corwey, musikal. Clown.  
Price u. Toledo, Kontorsionisten.  
Anfang 8 Uhr.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
**Stettiner**  
**Sänger**  
Anfang  
Dienstag  
8, Sonntag  
7 Uhr.

**Sanssouci.** Kottbuser  
Straße 4a.  
Sonn- u. Feiertags-Domest.  
und Sonnabend:  
Hoffmanns Nordd. Sänger  
und Tanztruppen.  
Zum erstenmal:  
Gute Nacht, Caroline.  
Zeitliches als Einbrecher  
Eint. 30 Pf., nun 20 Pf.  
Sonn- u. Feiertags 20 Pf.  
Im Vorverkauf: Freikonzert.

**Prater-Theater**  
Rastauer-Allee 7/9.  
**Zwischen Himmel u. Erde**  
Mikardo, Humorist.  
Berussia-Sextett.  
Sands Sportakt.  
„Der grüne Teufel“  
große Pantomime.  
Konzert. Ball.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Kameraleiter: Max 50 Pf.

**Welt-Ausstellungs-  
Biograph (St. Louis)**  
Theater lebender  
Photographien mit  
abwechslndem  
Abnormitäten-Prgr.  
Verbindung mit größter Films-  
Fabrik Frankreichs, daher täglich  
neueste Bilder.  
Den ganzen Tag Vorstellung.  
**Otto Pritzkow, Mühlstr. 18.**

**Etablissement Bugenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich im Garten bezw.  
in den unteren Sälen

**Gottschalk Freikonzert**  
Mittwoch u. Sonnabend: Freitag.

**Gstbahn-Park**  
Am Köstrinplatz, Adoradorstr. 17  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater- und  
Spezialitäten-Vorstellung.**

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).  
Norwig-Oper.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Gastspiel Heinrich Bötel:  
Der Postillon von Lonjumeau.  
Romische Oper in 3 Akten v. Adolf Adam.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Zum letztenmal:  
**Die Afrikanerin.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr,  
bei halben Preisen: Die Zaubervögel.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Carmen.**  
Schiller-Theater N. (Friedr.-Büh. Th.).  
Norwig-Oper.  
Freitag, abends 8 Uhr,  
bei halben Preisen: **Undine.**  
Romantisch-romische Oper in 3 Akten  
von U. Lortzing.  
Sonnabend: **Geschlossen.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Letzte Opernvorstellung und Abschied  
Heinrich Bötel:  
**Der Troubadour.**  
Am Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

**Max Kliems Sommer-Theater.**  
Hasenholde 13-15. Kritische Leitung: Paul Milbitz.  
Täglich: **Gr. Konzert, Theater  
und Spezialitätenvorstellung**  
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: die beliebtesten  
Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: **Silber-Tag.**

**Diez' Spezialitäten-Theater**  
Landsberger Allee 76/77,  
direkt Ringbahnstation.  
Nur noch bis 30. August 1906.  
**16 Löwen**  
mit noch nie gesehenen Tricks!  
u. a.: Auf-  
treten der  
englischen Tänzerin Miss Viola im Löwenkäfig.  
**4 neugeborene Löwen** werden im Publikum  
herumgeführt!  
Dazu das beste Programm Berlins!  
Nur Sensations-Akte!  
Anfang 4 Uhr. - Entree 30 Pf. - Vorzugsk. gültig.

**Passage-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Nyssima**  
international. Complet-Sängerin.  
Auf der diesjährigen Schönheits-  
Konkurrenz in Karlsbad mit dem  
ersten Preise gekrönt.  
**14 erstklassige Nummern!**  
Gustav  
Behrens  
Theater,  
Berlin O.,  
Frankfurter  
Allee 85.  
Das Aufsehen erregende  
**Eröffnungs-Programm.**  
15 erstklassig. Nummern  
Paul und Mary Wilson  
Gedankensübertragung  
in 504 Ter Vollendung.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 5 1/2 Uhr.

**Letzte Dampfer-Extrafahrten  
nach Teupitz:**  
Sonntag, 26., Mittwoch, 29. August, und Sonntag, 2. September.  
Abfahrt in Berlin an der Kaiserbrücke 7 1/2 Uhr morgens.  
Fahrpreis hin und zurück 2 Mark.  
Außerdem: **Nach Hessenwinkel.**  
Abfahrt 2 Uhr nachmittags. + + + Einfache Fahrt 50 Pfennige.  
Reederei L. Kahnt.

**Stettin-Skandinavien**  
vermittelt hochelegant mit allem Komfort eingerichteter  
Schnelldampfer  
Stettin-Kopenhagen-Christiania (via Frederikshavn)  
jeden Sonnabend und Mittwoch nachm. 2 1/2 Uhr.  
Stettin-Kopenhagen-Gothenburg jeden Dienstag u. Freitag  
nachm. 2 1/2 Uhr.  
Prospekte gratis und franko durch 1247\*  
Gust. Metzler, Stettin P. Del Forenede Dampskibs Selskab Kopenhagen.

Berühmt durch die in letzter Zeit sehr oft vor-  
kommenden Klagen über ganz minderwertige Nach-  
ahmung des 1896\*  
**Dänischen  
Kapitän-Kautabak**  
wisse ich darauf hin, daß derselbe nur echt ist, wenn in jedem  
Stück 15 u. 10 Pf.-Rollen oder Schichten der Zettel liegt  
mit Aufschrift:  
**Dänischer Kapitän-Kautabak** (gegl. geschüt.).  
Gen.-Vert. : C. Röcker, Berlin O., Grüner Weg 112. Amt 7, 2861.  
Zu haben in den meisten Zigarrengeschäften.

Der **Cigaretten rauchenden Arbeiterschaft**  
teilen wir zur gefl. Beachtung mit, daß wir unsere bekannten Spezialmarken  
**Zenith - Bolero - Hakim**  
in bisheriger bewährter Qualität  
und nach wie vor  
**garantiert ausschließlich in feinsten Handarbeit**  
liefern. -  
Gleichzeitig empfehlen wir unsere  
**neue 3 Fig.-Askari-Cigarette**  
in vorzüglicher milder Qualität, ebenfalls nur Handarbeit.  
**Gebr. Selowsky-Dresden.**

Gewerbegericht zu Berlin.  
Z. Nr. 502 Gew.-Ger. 06.  
**Bekanntmachung.**  
Bei der Firma Schmalich u. Below,  
Hier, hatten am 8. Juni 1906 etwa  
70 Pfennig ohne Angabe von  
Ort und ohne Anweisung der  
Schlichtungskommission die Arbeit  
niedergelegt, darunter 40 in der  
Freien Vereinigung der Pfennigler  
Deutschlands, „Vererein Berlin“  
organisierte. Durch Beschluß der  
Schlichtungskommission vom 21. Juni  
1906 sind diese 40 Mann für tarif-  
mäßig erklärt worden. Gegen diesen  
Beschluß hat im Auftrage der Be-  
teiligten die Organisation der Arbeit-  
nehmer Einspruch erhoben und das  
Eingangsamt zur Entscheidung an-  
getragen. Dieses hat in der Sitzung  
vom 27. Juli 1906 in der Sache den  
nachstehenden Schiedspruch gefällt:  
**Schiedspruch.**  
Das Eingangsamt bestätigt den  
Beschluß der Schlichtungskommission  
vom 21. Juni 1906.  
Die 40 bei der Firma Schmalich  
u. Below beschäftigt gewesenen Pfennig-  
ler hatten, bevor sie die Arbeit  
niederlegten, nach § 7 des Tarif-  
vertrages zunächst die Schlichtungs-  
kommission anzurufen.  
Da sie dieses nicht getan, haben sie  
die obengenannte Bestimmung des  
Tarifvertrages verletzt.  
Im übrigen findet § 7 des Tarif-  
vertrages keine Anwendung sowohl  
bei drohenden Streiks, wie auch bei  
drohenden Aussperrungen.  
v. g. u.  
gez. von Schulz.  
gez. Paul Lust.  
gez. Theodor Fischer. Heinrich Negele.  
Vorstehendem Schiedspruch haben  
sich beide Parteien unterworfen.  
Berlin, den 21. August 1906.  
Der Vorsitzende des Eingangsamtes,  
gez. von Schulz.

Nach kurzen, mit großer Geduld  
ertragenen Leiden einer schweren  
Geschwulst verstarb am 21. d. M.  
im 33. Lebensjahre meine innig-  
geliebte Frau, unsere liebe, gute  
Mutter, Schwester und Schwägerin  
**Anna Maschkewitz,**  
geb. Schwarz,  
im Krankenhanse Beitzanien.  
In diesem Schmerz zeigt sich  
herdurch ein 1906  
Max Maschkewitz nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet Sonn-  
abend, den 25. d. M., nachmittags  
5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
Emmanuelskirchhofes aus statt.

Für die zahlreichen Beweise der  
Teilnahme an dem Verlust meines  
lieben Mannes danke herzlich im Na-  
men der Hinterbliebenen  
Frau **Bertha Seibt,**  
Reichenbergerstr. 153.

**Dr. Simmel,** Prinzen-  
Str. 41,  
Spezialarzt für 127/128  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Greift zu!**  
den besten  
Monat-Anzüge oder Pa-  
letots von 9,50 M., Abson-  
nements-Anzüge oder Pa-  
letots von 12,50 M., Flan-  
leide-Anzüge oder Paletots  
von 10 M., Anzug und Pa-  
letot (Ganz für Rah) von  
20,50 M., Joppen von 3 M.,  
Kammgarn-Hosen oder  
Jodette von 5 M., Kleidungs-  
stücke von Reichen u. Na-  
pallieren a. d. feinsten Wer-  
stätten Berlin, teils von  
Holländeren, kolossal billig;  
alles, auch für starke Figuren.  
**Zentral-Keller, Berlin.**  
35 Neanderstr. 35  
2211 v. Stadt. Zammowstr.

**Kapitalisten**  
bietet sich eine durchaus sichere Anlage  
durch den Erwerb einer hypothekarisch  
eingetragenen Forderung, die von einer  
Genossenschaft verpfändet wird. Zinsen  
4 1/2 Proz. Jährl. Rückzahlung 1000 M.  
Genossenschaftskapital wird demüßigt.  
Best. Unterlagen an **Daube & Co.**  
G. m. b. H., Köln, unter No. Tr. 75.

**Waren Sie schon mal in der Berliner Schweiz?**  
Tägliche Dampfer-Extrafahrten mit Musik nur von Jannowitzbrücke.  
Sonntags früh 9 Uhr und nachmittags 2 Uhr: Reederei Nobiling.  
Montags 9 . . . . . Reed. Nobiling, 2 . . . . . Dampfbootfahrtig. Stern.  
Dienstags 9 . . . . . Reed. Nobiling, 2 . . . . . Reederei Nobiling.  
Mittwochs 9 . . . . . Reed. Nobiling, 2 . . . . . Reederei Nobiling.  
Donnerstags 9 . . . . . Reed. Nobiling, 2 . . . . . Dampfbootfahrtig. Stern.  
Freitags 9 . . . . . und nachmittags 2 . . . . . Reederei Nobiling.  
Sonnabends 9 . . . . . Reederei Nobiling.  
Bei Eintritt der  
Dunstfelle  
**Höhenfener und Alpenglüh.**  
Außerdem tägliche Motorverbindung mit Eichwade-Schmüdow  
(Restaurant Stippkehl) neben Endstation „Stern“ sowie der Omnibusse.  
NB. Das Besteigen der Gofener Berge, meiner Bedingungen und Be-  
stimmungen, ist nur meinen Gästen gestattet. Jedes Besteigen ohne  
meine Erlaubnis ist verboten.  
**Hermann Gärtner, Inhaber und Begründer.**

**Dampfer-Extrafahrten mit Musik**  
am Sonntag, 26. August und Sonntag, 2. September  
nach **Volgs Krampenburg.**  
Abfahrt 7 1/2 Uhr vormittags und 2 1/2 Uhr nachmittags. Rückfahrt 7 1/2 Uhr  
abends. - Fahrpreis: Hin und zurück 80 Pf., einfache Fahrt 50 Pf.  
Abfahrt in Berlin: An der Stralauerbrücke, Ecke Kaiserbrücke  
und in Café Alsen an der Schillingischen Brücke.  
Reederei L. Kahnt.

**Industrie-Fest-Säle**  
Beuthstraße 20. + Inh. Max Wendt.  
Empfehle den geehrten Vereinen und Gesellschaften meine 150, 250 und  
1000 Personen fassenden Festhale zur Abhaltung von Vereinsfestlichkeiten,  
Versammlungen, Hochzeiten usw. zu den billigsten Bedingungen. 20012\*  
Fernsprecher Amt I 1722.  
Max Wendt.

**Möbel-Fabrik**  
von **A. SCHULZ,**  
Reichenberger Straße 5  
(gegründet 1878)  
empfiehlt ihr großes Lager nur anerkannt  
gediegener Möbel in jeder Holz- und Stil-  
art von 300, 400, 500, 600 bis 10000 Mk.  
Auch fertige Sofas, Garnituren und  
Matratzen eigener Fabrikation zu äußerst  
billigen Preisen. 2036L\*

**Achtung, Vereine!**  
Für Sommer- und  
Kinderfeste empfohlen!  
Stadlaternen, Fackeln, Schirpen,  
Kopfschutzeuge, Illuminat.-Laternen, Dekorations-  
Girlanden, Befestigungs-Artikel,  
Garten-Senten, Reglerpreise, Tur- u. Scherzartikel,  
Feuerwerk, Festabzeichen.  
Große Auswahl, billige Preise, kulante Bedienung.  
**Pohl & Weber Nachf., Berlin C.**  
Am Spittelmarkt 4/5 I Alexanderstr. 51/52  
Inh.: Otto Oeser. (Inh.: Ernst Herbst.)  
Kataloge gratis und franko. Versand nach außerhalb.



Ueber das Erdbeben in Chile

Heute folgende Nachrichten vor: Valparaiso, 23. August. Die deutsche und die englische Kolonie in Valparaiso haben bei dem Erdbeben am wenigsten gelitten. Jede Stadt und jedes Dorf im Umkreise von 100 englischen Meilen von Valparaiso ist zerstört.

London, 23. August. Von einem Augenzeugen erhält „Daily Mail“ eine lange Schilderung des Erdbebens von Valparaiso. In der ersten Nacht kamte während der Erdstöße der Himmel ununterbrochen von elektrischen Entladungen, weshalb vermutet wird, daß viele Feuerbrünste durch Blitzschlag entstanden seien. Die Nacht war entsetzlich. Gewaltige Gebäude stürzten wie Kartenhäuser ein. Das Opernhaus fiel beim zweiten Stoß zusammen. Das Alameda Viertel ist dem Erdbeben gleichgemacht. Die Feuerbrünste vollendete die Verwüstung. Es sollen 3000 Personen umgekommen sein, die Zahl der Verwundeten und der Sachschäden ist unberechenbar. Der Regierungspalast, die Polizeidirektion, das Feuerwehrgelände sind eingestürzt oder verbrannt. Die Hauptbanken sind gerettet. Die Wasseranstalt, die Klubhäuser, alle Theater sind vernichtet, alle Städte und Dörfer im Umkreis von 100 Meilen zerstört. Sonderauschiffe schiften die Siedelungen der Ausländer. Kriegsschiffe mit Vorräten sind angekommen. Die Banken waren Dienstag eine Stunde geöffnet. Die Bahn nach Santiago wurde Montag ausgesetzt. Die Feuerbrunst ist am Dienstag in der Plaza de Armas von neuem ausgebrochen. Sie wird durch Dynamitprengungen bekämpft. Montag fanden elf Erdstöße statt. Die meisten wohlhabenden Familien sind zugrunde gerichtet, alle großen Häuser eingestürzt, viele Wertes beschädigt, manche eingestunken, die Weizen im Hafen losgerissen. Ein verfunkenes Schiff wurde vom Erdbeben gehoben und ist teilweise wieder sichtbar geworden. Anderen Klättern über New York wurde gemeldet, daß nur 10 Proz. der beschädigten Gebäude wieder bewohnbar gemacht werden können. Die Luft ist durch zahlreiche Leichen verpestet. In einem Hause wurden 50 Kinder mit drei Nonnen von den Trümmern begraben. In der Stadt von Valparaiso entstanden keine Inseln. Die Küste ist an vielen Orten eingestunken. Wegen der Zunahme der Plünderer, von denen über hundert erschossen wurden, hat man die Wachen bei den Banken verstärkt. Die Behörden haben große Schwierigkeiten, die Rotleidenden zu ernähren. Die Obdachlosen erhalten beschränkte Rationen. Es herrscht indes noch kein Mangel. Die Geschäftslage ist kritisch. Nach Santiago kamen 30 000 Flüchtlinge aus Valparaiso und den zerstörten Dörfern; sie wurden im Hippodrom untergebracht.

In einem Spezialberichte aus Santiago heißt es: Die Bedeutung des Erdbebens kann jetzt erst gewürdigt werden. Der größte Teil der modernen Häuser ist nicht mehr bewohnbar. In den meisten Straßen ist das Umhergehen wegen der stürzenden Trümmer gefährlich. Die öffentlichen Plätze und die großen Alleen in Santiago sind voll von Leuten, die im freien Lampieren. Wegen aller Art werden zum Schlafen benutzt. Die erste Nacht wurde schreckenerregend gestaltet durch Wige und Regengüsse. Dabei rissen die telegraphischen Leitungen infolge der ununterbrochenen Stöße und dazwischen erklang das Läuten der Brandglocke. . . Jedem Stöße folgte das Wehklagen und das Beten der in Regen und Schmutz liegenden Volksmengen. In den Schlachthäusern von Santiago brachen infolge der Preissteigerung des Fleisches Unruhen aus, die militärisch beigelegt werden mußten. Das Volk hat beschlossen, die von den Metzgeren verlangten Preise nicht zu zahlen. Der Bürgermeister erklärte unverkündete Preisforderungen für strafbar und begann mit der Errichtung von Fleischdepots. Ein großer Teil der Bewohner von Santiago schlief unter freiem Himmel. Bis zum 20. August mittags waren 600 Totenscheine ausgestellt worden, und dabei hatte man kaum mit der Säuberung der Ruinen begonnen. Die Beerdigungen sind wegen Mangels an Arbeitskräften erschwert. 25 Diebe wurden kurzer Hand erschossen. Sämtliche Theater Santiagos und alle Kirchen bis auf zwei sind zerstört worden. Der Feuerbrunst wurde durch Isolierung der brennenden Gebäude vermittelt Dynamit ein Ende gemacht. In Santiago und in anderen Orten kamen infolge des Erdbebens Fälle von Geistesstörungen vor. Ein Bauer, der ganz in rot gekleidet war, lief durch die Straßen Santiagos, erklärte, Gottes Sohn zu sein, und prophezeite den Untergang der Welt. Die Polizei vermochte nur mit Mühe, den Ungläublichen den Händen des erregten Volkes zu entreißen. Ein neuer starker Erdstoß wurde in Abancaj in Peru verspürt.

Partei-Angelegenheiten.

Mariendorf. Einen Familienausflug veranstaltet der Wahlverein für Mariendorf und Umgebung am Sonntag, den 26. August. Abfahrt: Mariendorf vormittags 10.50, Marienfelde 10.56, bis Mahlow. Treffpunkt vormittags 10 Uhr in Mariendorf, Dorf- und Rathausstrahlen-Ecke. Für Nachzügler ist der Treffpunkt in Blankenfelde im Restaurant von Schröder. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Stralau. Die Wahlvereinsversammlung, welche am 26. d. M. stattfinden sollte, muß wegen der Kreisgeneralversammlung auf den folgenden Sonntag verschoben werden. Wir bitten die Genossen hiervon Notiz zu nehmen.

Groß-Besten und Umgebung. Sonntag, den 26. August 1906, nachmittags 2 Uhr, Volksversammlung für Frauen und Männer im Lokal des Gastwirts Reinecke in Groß-Besten. Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Dr. V. Vorkardt-Charlottenburg: Ziel und Zweck der politischen und gewerkschaftlichen Organisation. 2. Diskussion. 3. Verabschiedenes. Zahlreiche Besuch erwartet. Der Einberufer.

Berliner Nachrichten.

Ueber die Biervertenerung.

die nach dem am Mittwoch gefaßten Beschluß des „Vereins Berliner Gastwirte“ nur auch in Berlin in Kraft treten soll, werden nachträglich verschiedene Mitteilungen verbreitet, die die Bierkonumenten beschwichtigen sollen. So heißt es in einer derselben:

Die gestern vom „Verein Berliner Gastwirte“ beschlossene Abwägung der Biersteuer auf die Konsumenten durch Erhöhung des Bierpreises in den Gastwirtschaften wird schließlich zur allgemeinen Durchführung gelangen. Die allgemeine Preissteigerung wäre nur denkbar, wenn die Birte in dieser Frage einzig wären. Das ist aber keineswegs der Fall. Schon in der gestrigen Versammlung äußerten viele Mitglieder, sie würden die Preise nur erhöhen, wenn die Gasse damit einverstanden seien. Sehr fraglich ist es aber, ob sich die übrigen großen Gastwirtschaftsvereine, die in Berlin neben dem „Verein Berliner Gastwirte“ bestehen, dem Vorgehen dieses Vereins anschließen. Der große „Verband der

Gast- und Schankwirte Berlins“, dem mehr als zwanzig Berliner Gastwirtschaften angehören, ist beispielsweise für eine Erhöhung des Bierverkaufspreises nicht zu haben. Er will den Kampf gegen die Steuerungsabsichten der Ringbrauereien nicht aufgeben und glaubt Mittel zu haben, wie beim Weibbier so auch beim Lagerbier die Beschaffung billigeren Bieres erreichen zu können. Auch der „Verband der freien Gast- und Schankwirte“ wird voraussichtlich die Bierpreise nicht erhöhen.

Die Berliner Malzbrauereien haben gestern ebenfalls den Gastwirten durch Rundschreiben mitgeteilt, daß sie infolge der Draufsteuer genötigt seien, das Malzbier um 1,44 M. pro Hektoliter im Preise zu steigern. Die Preissteigerung tritt am 1. September in Kraft.

In einer anderen Notiz heißt es: „Ob der Beschluß des Vereins „Berliner Gastwirte“ von allen Mitgliedern gehalten wird, steht noch dahin, aber wenn auch das der Fall sein sollte, sind die Chancen der Biertrinker in diesem Kampfe doch so günstig, daß höchst wahrscheinlich die Biervertenerung glatt abgelehnt wird. Der „Verein der Berliner Gastwirte“ umfaßt noch nicht ein Zehntel der Birte in Berlin, und da bestimmte Anzeichen vorhanden sind, daß die anderen Birtevereine sich nicht ohne weiteres seinem Beispiele anschließen werden, so kann der gestrige Beschluß auf die allgemeine Preissteigerung im Bier auch keine Wirkung ausüben. Nun haben freilich die Saalbesitzer angeklagt, daß sie auf die Brauereien einwirken wollen, damit diese die Defonomen befestigen und in den Ausschanklokalen den Bierpreis erhöhen. Das wird aber, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, nicht eintreten. Die Brauereien sind gar nicht in der Lage, diesem Verlangen zu willfahren. Sie werden das Vertragsverhältnis mit ihren Defonomen beibehalten, und zu den alten Preisen verlaufen. Die Einbuße, die der Bäcker am Getreid erleidet, wird eventuell durch eine Erhöhung des „Speisezuschusses“ wett gemacht werden. Wahrscheinlich werden auch die Änderung Stehbirtehallen und die 1/10-Ausschanklokale eine Preissteigerung nicht eintreten lassen. Der in der gestrigen Versammlung erwähnte Verein der 1/10-Ausschanklokale umfaßt nur einen geringen Prozentsatz der 1/10-Birte.“

Nach diesen Mitteilungen wird es als sehr zweifelhaft bezeichnet, ob der Beschluß des „Vereins Berliner Gastwirte“ auch zur Ausführung gelangt und ob sich die übrigen Gastwirte dem anschließen. In Kürze wird sich das ja zeigen und eine Klarheit über die Situation herbeigeführt werden müssen. Einfließen werden sich die Konsumenten auf keinen Fall lassen, sie werden auf der Hut sein.

Eine neue Stiftung. Das am 11. Juni d. J. zu Halensee verstorbenen Fräulein Emilie Renke hat in ihrem Testament die Stadt Berlin als Universalerbin eingesetzt. Der Magistrat hat dies Vermächtnis angenommen. Der gesamte Nachlaß, der nach Angaben des Testamentsvollstreckers 300 000—300 000 M. betragen soll, ist mit einigen Legaten usw. belastet, u. a. sollen 20 000 M. der Tiergeschulung Deutscher Lehrer und 20 000 M. einem hiesigen Einwohner überlassen werden. Die Zinsen des Vermächtnisses sollen zu laufenden Unterstühtungen für hilfsbedürftige Einwohner Berlins verwendet werden. Die Unterstühtungen sind vorläufig zu 2 1/2 Proz. erst geregelt werden muß und nach erfolgter Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung noch die landesherrliche Genehmigung zur Annahme des Vermächtnisses erforderlich ist.

Die Zahl der Pflegekinder, für deren Pflege die Stadtgemeinde Unterstühtungen zahlte, betrug Ende Mai dieses Jahres 11 400. An laufenden Unterstühtungen wurden dafür im Mai dieses Jahres 90 294 M. gezahlt oder im Durchschnitt pro Kind 7,92 M. Außerdem wurden an 619 Pflegegeldempfänger Extrainterstühtungen im Gesamtbetrag von 4570 M. gezahlt. Von den Pflegekindern kamen 12 in ein Krankenhaus und 16 in andere Anstalten.

Ein Diebstahl von Fernspreckdraht ist jetzt schon wieder entdeckt worden. In der Nacht vom 20. zum 21. August sind am Dohren-Schönhauser-Weissenfer Verbindungsweg zwischen den Stangen 13 bis 17 die Drähte von 2—6 Fernspreckleitungen durchgeschnitten und gestohlen worden. Das Gewicht der 1,5 und 2 Millimeter starken Vronzdrähte beträgt rund 20 Kilogramm, der Wert rund 25 M. Für die Ermittlung der Täter hat der kaiserliche Ober-Postdirektor Geheimrat Ober-Postrat Vorbeck wieder eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt.

Kein Cholerafall. Wie wir berichteten, starb die acht Jahre alte Tochter des Zimmermanns Weimann, Köpenickerstraße 23 unter Choleraverdächtigen Erscheinungen. Die bisherigen bakteriologischen Untersuchungen in dem hygienischen Institut für Infektionskrankheiten lassen es so gut wie ausgeschlossen erscheinen, daß es sich in diesem Falle um Cholera handelte. Im übrigen ist zu bemerken, daß alle Jahre um diese Zeit Krankheitserscheinungen auftreten, die eine gewisse Ähnlichkeit mit Cholera haben. Die Fälle erweisen sich schließlich, selbst wenn sie hier und da bei geschwächten Personen tödlich verlaufen, nicht als Choleraerscheinung. Zum Entstehen der Cholera ist notwendig, daß Choleraerme vorhanden sind. Daß sich etwa vom vorigen Jahre noch Choleraerme irgendwo in Deutschland erhalten haben können, ist absolut ausgeschlossen. In Berlin sowie in den Vororten werden alle Fälle, die irgendwie choleraähnliche Erscheinungen bieten, eingehend bakteriologisch untersucht. Die Untersuchung der Leiche des Schneidermeisters Friedrich Frank, Köstgitz, 48, der ebenfalls unter Choleraverdächtigen Erscheinungen gestorben ist, hat bisher gleichfalls nichts Verdächtiges ergeben.

Einbruch bei einer Versicherungsgesellschaft. In der letzten Nacht haben Goldschranklacker der Schweizerischen Versicherungsgesellschaft „Helvetia“ in der Jerusalemstr. 3/4 einen Besuch abgestattet und dabei gegen 10 000 Mark bares Geld erbeutet. Die Räume der Gesellschaft liegen im ersten Stock. Als gestern früh das Personal den Dienst antreten wollte, fand es keinen Einlaß zu den Geschäftsräumen. Die Korridortür war von innen verriegelt und durch die vorgelegte Sicherheitskette gesperrt. Nachdem die Tür durch einen Schlosser gewaltsam geöffnet worden war, machte man die Beobachtung, daß hier nächtlicher Besuch gehaust hatte. Im Raucherzimmer war der Goldschrank durch Einbohren der Schlosser erbrochen und seines Inhaltes an barem Gelde beraubt worden. Es wurde sofort festgestellt, daß gegen 10 000 M. den Einbrechern in die Hände gefallen waren. Bei näherer Untersuchung wurde ermittelt, daß die Einbrecher von der Treppe aus durch ein Treppensfenster auf ein breites Fenstersims gestiegen sind, ein eisernes Gitter überklettert haben und dann durch ein zweites Fenster sich Eingang zu den Räumen der Versicherungsgesellschaft verschafft haben. Um vor Leberaufschneidungen sicher zu sein, verriegelten sie dann die Eingangstür von innen. Ein weit größerer Gelddbetrag ist von den Dieben glücklicherweise nicht gehaust worden. Sie ließen am Latorte einen Nagel und einen Schraubenzieher zurück, sonst aber fehlt von ihnen jede Spur. Vor 14 Tagen haben übrigens unmittelbar über diesen Geschäftsräumen auch Einbrecher arg gehaust und zwar in der Wohnung des Hausbesizers Neumann. Während sich dieser in der Sommerfrische befand, wurde er in seiner Wohnung nicht nur bestohlen, sondern die nächtlichen Einbrecher demolierten auch alle Möbel.

Wenn man einen Ausflug unternimmt, kann man manchmal auch recht unangenehme Erfahrungen machen, denn in den Forsten tauchen hin und wieder Gestalten auf, die eine Gefahr für Erholungssuchende werden können. Einer unserer Leser hat nach dieser Richtung Erfahrungen gemacht, die er uns mitteilt zu Ruh und Frommen anderer weiteren Kreisen zur Kenntnis zu bringen. Ein junges Mädchen hatte nach Friedrichshagen eine Partie unternommen und sich dort

in der Heide nach einem längeren Spaziergange an einen Wiesenrand gesetzt, um eine Weile auszuruhen. Nach einiger Zeit bemerkte der Herr, daß dicht hinter ihm unter einem Baum sich ein Mensch zu schafften machte und nachdem sich dieser entdeckt sah, trat er mit der Behauptung hervor, die beiden am Mande Sitzenden hätten Handlungen begangen, die hier nicht näher charakterisiert werden sollen und beehrte ihn außerdem die Leute mit den gemeinsten Schmähwörtern. Das Mädchen mußte bei dem in der Nähe weilenden Publikum Scham und Scham, während der Strolch festgehalten wurde, nach einem Beamten um. Es war aber feiner zu entdecken und so mußte man den Wurschen laufen lassen, der nun wohl weiter sein Unwesen treiben dürfte. Es dürfte gut sein, wenn sich in solchen Fällen ein jeder auf Selbsthilfe einrichtete.

Zu einem neuen Konflikt zwischen den Berliner Polen und katholischen Geistlichen hat ein Polenprozeß, der dieser Tage das Tempelhofer Schöffengericht beschäftigte, geführt. Vor längerer Zeit machte ein Herr Wilhelm den Versuch, in Tempelhof einen polnisch-katholischen Arbeiterverein ins Leben zu rufen. Er stieß aber bei den katholischen Ortsgeistlichen auf heftigen Widerpruch. Da auch die Amtsbehörde verschiedene Schwierigkeiten machte, veranlaßte der Einberufer eine „Versprechung“ an Stelle einer „Versammlung“. Das Gericht erblickte in dem Vorgehen Wilhelmis eine Umgehung des Gesetzes und verurteilte ihn sowie die Gastwirtin, in deren Lokal die Versprechung stattgefunden hatte, zu je 15 M. Geldstrafe. In der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, daß der eine Tempelhofer Geistliche, Pfarrer Szarkowski, von der Kanzel herab erklärt hatte, einen katholischen Verein ohne Bewilligung der Geistlichkeit zu gründen sei verboten, während der zweite Geistliche, Kuratus v. Strombed, folgendes Schreiben an die Polizeibehörde in Tempelhof gerichtet hat: „Wohlwollende Polizei! Das polnische politische Komitee ladet zum Sonntag, 10. d. M., zu einer Versammlung im Restaurant Niederplatz ein. Da ich mich in keiner Hinsicht mit diesen polnischen Agitationen einverstanden erklären kann, bitte ich ergebenst, diese Versammlung nicht als katholisch anzusehen zu wollen, auch wenn diese unter dem Namen „katholisch“ taugt, gez. v. Strombed.“

Das Bekanntwerden dieses Schreibens hat in Polenkreisen große Erregung hervorgerufen, das Vorgehen des Geistlichen wird als „Denunziation“ bezeichnet. Das Berliner Polenorgan greift den Geistlichen aufs schärfste an. Es droht: „Diese Denunziation soll ihm (dem Herrn v. Strombed) nicht geschenkt werden!“

Dieser fromme Herr nun tatjählich glauben, allmächtig zu sein, denn sein Schreiben an die Polizei ist von einem ungläublichen Hochmut diktiert. Uns „Ungläubige“ kommt das Verfahren des Herrn Kuratus gar nicht unlegen. Er möge nur so fortfahren, vielleicht gehen noch manchem Gläubigen die Augen auf.

Mittels Douchtas vergiftet hat sich der in der Dönhofsstraße 1 wohnhafte 58 jährige Schankwirt Karl Rige, der in seinem Lokal, auf dem Stuhle sitzend, tot aufgefunden wurde. Der Grund zu diesem Selbstmord ist darin zu suchen, daß R. 500 M., welche er noch für ein ihm früher gehöriges Schankgeschäft in der Eudenerstraße zu erhalten hatte, auf dem Klagewege nicht erlangen konnte. — Ein weiterer Selbstmord trat sich in der Berlinerstr. 97 in Rixdorf zu. Als eine Aftermietlerin der in dem genannten Hause wohnenden Arbeiterin Auguste Fenselau abends von der Arbeit heimkehrte, fand sie ihre Wirtin, Frau F., am Bettsofen erhängt vor. Ein herbeigekommener Arzt konnte nur den bereits eingetretenen Tod feststellen. Die Leichen der beiden Lebensmüden wurden nach dem Schauhause geschafft.

Bei der Heberfahrt nach der Abtei in Treptow ertrunken ist ein Hausdiener dieses Restaurants namens Müller. Er war mit mehreren Kollegen nach Treptow hinausgefahren und als die jungen Leute zwischen 12 und 1 Uhr nachts ihre Arbeitsstellen wieder aufsuchen wollten, fiel M. während der Fahrt in das Wasser und ertrank vor den Augen seiner Gefährten.

Dem religiösen Wahnsinn verfallen.

Von einem beklagenswerten Schicksal ist das 19jährige Dienstmädchen Elisabeth M., das bei einem Pfarrer in der Gleditschstr. 84 in Stellung war, ereilt worden. Das junge Mädchen war eine eifrige Anhängerin der Baptistenkirche und besuchte fleißig die Versammlungen der Sekte. Es währte nicht lange, so machte sich bei der M. ein seltsames Gebaren geltend. Als der eigenartige Zustand immer mehr zunahm und der Dienstherr die Ursache erfuhr, verbot er dem Mädchen die weiteren Besuche der Versammlungen. Das Dienstmädchen ließ jedoch nicht mehr hiervon ab. Als es nun vorgestern mittag auf dem Wochenmarkt am Winterfeldplatz Einkäufe besorgte, wurde es plötzlich von religiösem Wahnsinn befallen. Es rief die Namen der Heiligen an und als einige Männer die Bedauernswerte entfernen wollten, hielt sie diese für Petrus, Paulus, ja auch für Christus. Die Ungläubliche wurde einstweilen nach der Rettungswache in der Eichenauerstraße gebracht und von dort nach der Irrenanstalt in Dalldorf übergeführt.

Beim Zusammenbrechen eines Schanfensterrahmens schwer verunglückt ist gestern nachmittags der 35 jährige Arbeiter Albert Bogenschnieder aus der Wriezenerstr. 35. B. ist in der Gelbfarbanfabrik von Anheim beschäftigt und als er beim Transport eines Gelbschranzes war, stürzte plötzlich ein schwerer eiserner Fensterrahmen ein und fiel auf den Arbeiter. Der Verunglückte mußte schwerverletzt in das Lazarus-Krankenhaus eingeliefert werden.

Durch die Dede durchgebrochen. Ein verhängnisvoller Unglücksfall hat sich Mittwoch nachmittags auf einem Neubau in der Prinzen-Allee zugetragen. Der 43 Jahre alte Bauarbeiter Gottfried Raifschke, Rostockerstr. 83 wohnhaft, hatte in der zweiten Etage die Dede betreten, obwohl sie erst kurz vorher verschalt worden war. Er brach infolgedessen durch und stürzte in die erste Etage hinab. Arbeitskollegen brachten M. nach der Unfallstation in der Wadstraße, wo außer schweren Rückenquetschungen auch andere erhebliche Verletzungen festgestellt wurden.

Durch einen umstürzenden Bauzaun schwer verunglückt ist Mittwoch nachmittags der zehnjährige Sohn des Schlossers Winde aus der Warteplatz 8. Der Kleine hat vor dem Hause Warteplatz 73 mit anderen Knaben gespielt, als plötzlich ein Teil des Bauzaunes umstürzte und B. unter sich begrub. Auf die Schmerzensschreie des verunglückten Kindes eilten Arbeiter hinzu und befreiten es aus seiner qualvollen Lage. Schwer verletzt mußte B. in das Elisabeth-Kinderhospital eingeliefert werden.

Aus Furcht vor Strafe verschunden ist der 19jährige Schüler Hans W., dessen Eltern in der Halensee 88 wohnen. Der Knabe hatte bei einem Wader in der Nachbarschaft auf den Namen seiner Eltern noch und nach für einige Mark Kuchen geborgt und als er merkte, daß die Mutter hiervon erfahren hatte, verschwand er plötzlich am vergangenen Sonntag. Die Nachforschungen nach seinem Verbleib waren vergeblich. Es wird vermutet, daß sich der Vermißte ein Leib angetan hat. W. hat blondes Haar, blaßes Gesicht und war mit blauem Cheviotanzug, gelben Schnaßenschuhen und grauer Fodelmütze bekleidet.

Ein Paket, Weinleider und Werkzeug enthaltend, ist auf der Station Gesundbrunnen am 21. August zwischen 7 1/2 und 8 Uhr abends im Woffring III. Klasse vergessen worden. Bitte abzugeben bei Alb. Benck, Zimmerer, Ruppinerstr. 14, Hof part.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht wurde der 7. Lösckzug nach der Wädersdorferstr. 26 gerufen, wo in einem Maschinenhaus Feuer ausgebrochen war und das Dach bereits bei Anbruch der Feuerwehr in Flammen stand. Durch sofortiges Wasserergeben konnte die Gefahr auf das Maschinenhaus beschränkt werden. Gleichzeit-

erfolgten von mehreren Seiten Alarme nach der Dautzigerstr. 84. Dort war Papier in Brand geraten und verursachte großen Qualm. In der Dragowerstr. 40a mußte nachts ein Brand gelöscht werden, der in einer Schneidwerkstatt ausgebrochen war. Um Mitternacht machte sich in dem Hause Zimmerstr. 52 Gasgeruch bemerkbar. Die alarmierte Feuerwehr beseitigte die Gefahr durch Lüften und Abstellen der Leitung. Heute früh brannte es zum zweitenmal in der Müldersdorferstr. 26. Holzstaub in einem Erhausvorhof hatte sich entzündet. Die Gefahr konnte bald beseitigt werden. Ferner mußten noch Pfeifhohlräume auf mehreren Bahnhöfen gelöscht werden.

## Vorort-Nachrichten.

### Rigdorf.

In zwei aufeinanderfolgenden Versammlungen beschäftigten sich die Rigdorter Parteigenossen mit den Anträgen zum Mannheimer Parteitag. In der ersten Versammlung hielt Genosse Albrecht Hülle das einleitende Referat. Zum Geschäftsbericht bemerkte der Referent, daß durch die in Jena ins Leben gerufene Zentralisation die Arbeit im Reich fruchtbringender und für die Gesamtpartei von Vorteil gewesen sei, was der demnächst vorliegende Massenbericht am besten beweisen werde. — Bei Besprechung der Hochschule wendet sich Redner scharf gegen Rigdorfer in der Besprechung der einzelnen Lehrfächer. Als einen solchen bezeichnet er die Verurteilung des Genossen Maurenbrecher, der noch zu jung in der Bewegung sei, um über Parteigeschichte lehren zu können. Hierher gehörten alte, befähigte, durch jahrzehntelange Arbeit erprobte Genossen. — Auch bei der Anstellung des Genossen Schröder (einer der „Sechs“) als Redakteur des „Correspondenzblattes“ habe der Vorstand die Berliner Genossen nicht gefragt, sondern Schröder quasi wieder die Treppe hinaufgemahregelt. — Beim Parlamentsbericht bespricht der Referent die Schädlichkeit der Doppelmandate. Es sei den einzelnen Genossen unmöglich, ihre volle Kraft in den Dienst der Partei zu stellen, wenn sie durch Reichstags- und Landtagsmandate (süddeutsche und thüringische Staaten), zu denen vielfach noch kommunale Ehrenämter hinzukommen, überlastet seien. — Beim Punkt Massenstreik kritisierte Redner u. a. die eigenartige Stellungnahme einiger Gewerkschaftsführer bezw. Blätter, wie sie auch jetzt wieder anlässlich der Veröffentlichung des Protokolls klar zutage treteten sei. Gerade in jenen Kreisen gefalle man sich darin, stets zu betonen, daß ein Zwiespalt zwischen Partei und Gewerkschaft bestehe, während das Gros der Arbeiterschaft längst erkannt habe, daß Partei und Gewerkschaft eins sei.

In der Diskussion wendet sich Genosse Conrad gegen einzelne Ausführungen des Referenten. Conrad verwahrt die Gewerkschaften gegen einen Ausspruch des Referenten, wonach dieselben Sympathiearbeit verrichteten; ferner erklärt er, mit der obigen Bemerkung des Referenten über die Verurteilung des Genossen Maurenbrecher als Lehrer der Hochschule nicht einverstanden zu sein. Man könne nicht einen Parteigenossen, der, so lange er bis jetzt zur Partei gehört, seine volle Schuldigkeit getan und die Befähigung zur Verrichtung eines derartigen Postens besitze, einfach ad acta legen. — Genosse Voeste erwartet vom diesjährigen Parteitag, daß in der Frage „Partei und Gewerkschaft“ endlich einmal Klarheit geschaffen werde, es müsse frei und offen ausgesprochen werden, wohin gezielt wird, man müsse zu dem Resultat kommen, daß Partei und Gewerkschaft eins sei. Voeste wendet sich im weiteren gegen die Darlegungen des Referenten, soweit die Genossen Maurenbrecher und Schröder in Frage kommen. In beiden Fällen habe es sich der Parteivorstand wohl überlegt, ehe er diese Schritte unternahm. Aber auch betreff der Lehrer heiße es: „Woher nehmen und nicht stehlen?“ Bezüglich der Anstellung des Genossen Schröder tritt Redner den Standpunkt, daß man doch endlich einmal die alten Sünden vergessen möge. Wir sollten uns davor hüten, in die Praktiken des Unternehmertums zu verfallen, die bei Differenzen oder Streiks die Arbeiter auf die schwarze Liste setzen, wogegen wir uns mit Recht wehren. Nachdem noch einige Redner von ihnen eingebrachte Resolutionen begründet hatten, wurde ein Vertagungsantrag angenommen.

Genosse Hülle machte darauf aufmerksam, daß er der neuen Versammlung wegen beruflicher Schwierigkeiten kaum werde beiwohnen können und bittet um ein Schlusswort, was ihm ohne weiteres zugestanden wird. Er konstatiert sodann, daß ihm Genosse Conrad vielfach recht missverständlich habe. Seine Bemerkungen an den kritisierten Maßnahmen des Parteivorstandes müßte er aufrechterhalten, ein persönlicher Vorwurf habe ihm fern gelegen, seine Ausstellungen seien in der Sache begründet. Mit dem Ausdruck „Sympathiearbeit“ sei von manchen Gewerkschaftsführern und Blättern einfach grober Unfug getrieben worden. Keinem denkenden Parteigenossen falle es ein, die gewerkschaftliche Aktion mit Sympathiearbeit zu vergleichen, aber diese Aktion müsse ein Ziel haben und dieses Ziel müsse das sozialistische Endziel sein: Beseitigung der Klassenerrschaft — Errichtung der Demokratie; Beseitigung des privatkapitalistischen Ausbeutungssystems und seine Erhebung durch die genossenschaftliche Organisation der Arbeit, d. h. den Sozialismus.

In der am 21. d. M. stattgehabten zweiten Versammlung erfolgte die Weiterberatung der gestellten Anträge resp. Diskussion über den gehörten Vortrag. Vielfach wurde bedauert, daß Genosse Hülle am Erscheinen verhindert sei, da verschiedene Redner mit dessen Ausführungen über die Gewerkschaften nicht einverstanden waren, oder aber sie als zu weit gegangen bezeichneten. Fast alle Redner aber waren sich darin einig, daß nichts Partei und Gewerkschaft trennen dürfe und daß die Arbeiterschaft jeden Zwiespaltversuch zurückweisen müsse und es wird erwartet, daß der Mannheimer Parteitag endlich eine klare Richtschnur gebe. Einigkeit in den eigenen Reihen, nicht Zwiespalt müsse die Parole sein. Geschlossen müsse die gesamte organisierte Arbeiterschaft dem gemeinsamen Feind gegenüberstehen, dann sei sie auch zeit, allen Wachposten zum Trost unsere schärfste Waffe, den Massenstreik, in die Kammern aufzunehmen.

Nach lebhafter Diskussion wurden alsdann folgende Anträge, die nach Zustimmung der Kreis-Generalversammlung dem Parteitag vorgelegt werden sollen, angenommen:

1. Der Parteitag zu Mannheim möge zu dem Referat über den Massenstreik einen Korreferenten bestellen und damit einen Genossen aus der Generalkommission betrauen, damit auf Grund gegenseitiger Aussprache der Parteitag eine Resolution annimmt, welche klar und unabweisbar den Standpunkt des Parteitages zur Frage des politischen Massenstreiks erkennen läßt.

2. Der Parteitag zu Mannheim möge erneut beschließen, daß der politische Massenstreik als Waffe des Proletariats anerkannt wird und allen Parteigenossen zur Pflicht zu machen, für Partei und Gewerkschaft unabhängig zu agitieren, weil eine große und gut disziplinierte Organisation die erste Vorbedingung für das Gelingen des politischen Massenstreiks ist.

3. Analog des Mehrheitsbeschlusses der letzten Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine von Groß-Berlin ist dem § 2 des Organisationsstatuts folgender Passus als Absatz 2 anzufügen:

„Diejenigen Genossen, welche trotz eines regelrecht gefaßten Gewerkschaftsbeschlusses arbeiten, sind aus der Partei auszuschließen.“

4. § 3 (Parteiangehörigkeit) ist hinzuzufügen: „Während des gegen einen Parteigenossen schwebenden Ausschlussverfahrens ruhen dessen sämtliche Rechte und Pflichten.“

5. Der Parteitag möge beschließen: Den Arbeiter-Notizkalender gleich den meisten Gewerkschaften für 50 Pf. zum Verkauf zu bringen; ferner in denselben keine Inserate mehr aufzunehmen. Sollten dieselben der Rentabilität wegen nicht entbehrlich werden können, dann sind sie als ein besonderer Teil (nicht getrennt) am Schlusse des Kalenders zu bringen.

Ferner gelangten zwei Resolutionen zur Annahme, die ebenfalls dem Parteitag vorgelegt werden sollen. Nach der einen wolle der Parteitag der Organisation und den Bestrebungen der arbeiten-

den Jugend seine Sympathie aussprechen, während die andere analog dem Grundsatz im Parteiprogramm, wonach der Kampf gegen die herrschenden Klassen einheitlich geföhrt werden soll, den Parteivorstand beauftragt, die Initiative zu ergreifen, um erneut einer Einigung der Zentral- und Lokalgewerkschaften die Wege zu ebnen.

Des weiteren beschloß die Versammlung der Kreis-Generalversammlung den Genossen Heinrich als Parteitagdelegierten in Vorschlag zu bringen. Als Delegierte zu der am Sonntag stattfindenden Kreis-Generalversammlung wurden die Genossen Heinrich, Hoffmeister und Zirkel gewählt.

Zum Schluss berichtigt der Vorsitzende noch einen Irrtum, wonach die Wählerlisten nicht im Rathaus, sondern Markt. 5/8 III ausliegen und fordert zur regen Durchsicht auf.

**Vertrautes Warenhaus.** Das Rigdorter Warenhaus von Robert Blumenreich ist in Konkurs geraten. Die Passiven betragen weit über eine halbe Million Mark. Der Konkurs ist nicht auf schlechten Geschäftsgang, sondern auf Mangel an dem erforderlichen Betriebskapital zurückzuführen.

### Charlottenburg.

In der Generalversammlung des Wahlvereins am Dienstag teilte zunächst der 2. Vorsitzende Genosse Kleh mit, daß die Genossen Rehe (Schankwirt) und Peterzen (Schneider) aus dem Leben geschieden seien; die Versammlung ehrte das Andenken an die Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.

Dann verlas der Kassierer Müller einige 50 Eintrittsmeldungen. Bis auf einen Fall, der dem Vorstand zur näheren Untersuchung überwiesen wurde, wurden sämtliche Aufnahmen vollzogen.

Kunze hielt Gen. Schäffe einen Vortrag zum Mannheimer Parteitag; er besprach die Tagesordnung des Parteitages, dessen Verhandlungen sich zweifellos auf der Höhe der vergangenen Parteitage halten werden.

In der anschließenden Generaldiskussion griff Gen. Vernhard bestig den Parteivorstand wegen der Veröffentlichung des Gewerkschaftsprotokolls an. Durch den damit bezogenen groben Vertrauensmißbrauch werde der Zwiespalt zwischen Partei und Gewerkschaften vergrößert, während das Bestreben der Partei auf eine Beseitigung des Zwiespaltes gerichtet sein müsse. Daß in Köln und Jena über den Massenstreik ganz verschiedene Beschlüsse geföhrt werden konnten, zeige einen Mangel an Zusammenarbeiten, der nicht wieder vorkommen dürfe; der Parteitag müßte eine Instanz zwischen Parteivorstand und Generalkommission schaffen.

Die Genossen Ehrlich, Krause und Rosenfeld verteidigten nachdrücklich die Veröffentlichung des Protokolls, das nach dem Vorgehen der „Einigkeit“ nicht mehr geheim war; die Veröffentlichung sei angeht die entfallenen Teilöffentlichung durch die „Einigkeit“ im Interesse der Partei und der Gewerkschaften geradezu notwendig gewesen.

Gen. Dr. Vorwardt teilt über die Veröffentlichung der Auffassung Vernhards; wichtiger sei jedoch die Frage, wie der Parteitag sich zum Massenstreik stellen werde. Der Kölner Gewerkschaftsleiter habe der anarcho-sozialistischen Agitation durch seinen Beschluß eine glatte Abfage erteilt; in der Partei dagegen betraufte man sich an großen Worten und Gebarden. Der Beschluß in Jena sei ja mit hinreichendem Bann und Aber verknüpft, aber die ihm vorangehenden Verhandlungen bedeuteten eine Wamge für die Partei. (Lebhafter Widerspruch.) Glücklicherweise habe der Parteivorstand bald wieder fähles Blut bekommen, das sich jetzt auch in der Partei mehr und mehr verbreite; daher sei zu hoffen, daß in Mannheim Kölner, nicht Jenerer Töne angeschlagen würden. Es folgten Anträge zum Parteitag. Gen. Habich begründete den Antrag:

„Der Parteitag verpflichtet die örtlichen Wahlvereinsvorstände, zwecks Durchführung und Regelung der Arbeitsruhe am 1. Mai mit den örtlichen Gewerkschaftskommissionen rechtzeitig in Verbindung zu treten.“

Zur Unterstützung der durch den 1. Mai Ausgesperrten und Gemahrgelten sind von den am 1. Mai arbeitenden Parteigenossen Gelder aufzubringen.

Zu diesem Zwecke wird der Parteivorstand beauftragt, Marktmärkte herauszugeben.“

Für den Antrag tritt auch Gen. Dr. Vorwardt ein, während die Genossen Kleh, Schade, Bierl den zweiten Absatz lebhaft bekämpfen, weil dadurch einem Lockausen von der Arbeitsruhe Vorschub geleistet und die Arbeitsruhe nicht ausgedehnt, sondern eingeschränkt werden würde.

Abfag 1 wird einstimmig angenommen, die anderen Abfage werden abgelehnt.

Ein Antrag des Vorstandes, das Monatsabonnement für den „Vorwärts“ auf 1 M. herabzusetzen, wird angenommen, abgelehnt dagegen wird ein Antrag Löwenberg, auch ein Wochenabonnement des „Vorwärts“ einzurichten. Der 7. Bezirk beantragt, daß Geschäftsabonnenten und Reklamen im Arbeiternotizkalender in Zukunft keine Aufnahme finden sollen. Der Antrag wird angenommen. Ein Antrag Langhein:

„Der Parteitag möge beschließen, daß jeder Parteigenosse der Gewerkschaft seines Berufs, die an die Generalkommission angeschlossen ist, anzugehören hat. Die Sonderbündelei der Lokalorganisationen hat heute keine Berechtigung mehr, sie trägt nicht zur Stärkung, sondern zur Schwächung der Arbeiterbewegung bei“ wird von dem Antragsteller begründet. Das schädigende Treiben der Gewerkschaftszersplitterer sei in den letzten Vorgängen besonders klar zutage getreten; die Partei müsse zwischen sich und diesen Leuten reinen Tisch machen.

Gen. Dr. Vorwardt tritt für den Antrag ein, weil die angeregte Frage einer eingehenden Diskussion in Mannheim bedürfe. Dagegen wird der Antrag von den Genossen Hader, Volkenin und Kleh bekämpft; selbst Zentralverbändler, halten sie es im Interesse der Verbände für nötig, daß diese aus eigener Kraft die Lokalfäden auffangen; außerdem dürfe auch, wie Kleh betont, die Partei nicht selbst einen Keil zwischen ihre Mitglieder treiben.

Der Antrag wird angenommen.

Ein Antrag Krause, auf dem Parteitag sich mit der Agitation im Heere zu beschäftigen, wird abgelehnt; abgelehnt wird auch ein Antrag Löwenberg, in sämtlichen arbeiter Stätten Bildungsschulen zu errichten, in den größten Städten besondere in den verschiedenen Bezirken.

Zur Generalversammlung des Kreises liegen Anträge nicht vor. Auf eine Anfrage des Gen. Dr. Vorwardt wegen der proportionalen Vertretung im Kreise erwidert Gen. Kleh, daß eine gemeinsame Sitzung der Vorstände von Charlottenburg, Rigdorf und Schöneberg noch nicht stattgefunden habe, doch werde die Angelegenheit nicht von der Tagesordnung verschwinden.

Der Bericht von der Generalversammlung des Verbandes von Groß-Berlin wird wegen der vorgerückten Zeit von der Tagesordnung abgesetzt. Gen. Vernhard fragt, wie dort die Charlottenburger Delegierten bei dem Antrag auf Ausschluß derer, die entgegen einem Mehrheitsbeschluss am 1. Mai gearbeitet hätten, gestimmt haben. Gen. Kleh erwidert, daß die Abstimmung geteilt war, einige sich der Stimme aus ganz entfallen haben. Gen. Vernhard erklärt, die Frage sei von den einzelnen Wahlvereinen zu entscheiden, nicht vom Verbande, der hier seine Kompetenz überschritten habe. Dieser Auffassung wird aus der schon stark gelichteten Versammlung widersprochen.

### Pankow.

Zum Parteitag in Mannheim nahmen am 21. d. M. die Pankower Genossen Stellung. Ueber 100 Mitglieder des Wahlvereins hatten sich eingefunden und folgten aufmerksam dem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Genossen Kunert. Der Referent besprach die vorläufige Tagesordnung des Parteitages und äußerte sich in knapper, bereicherter Weise über dessen Aufgaben. Den mit Weisfall aufgenommenen Ausführungen folgte eine lebhaft diskussion. Folgende Resolution, die mehrere Mitglieder vorgelegt hatten, wurde ebenfalls in die Besprechung einbezogen:

Die Versammlung erwartet, daß der Parteitag bei Punkt 4 der Tagesordnung zum Ausdruck bringt, daß die deutsche Sozialdemokratie an der durch den internationalen Arbeiterkongress 1889 zu Paris beschlossenen Form der Parteierkennung festhält und energisch Propaganda für die Parteierkennung zu machen hat. Ferner soll jeder Parteigenosse verpflichtet sein, solchen Bestrebungen, wie sie in dem Antrage (Sta) des Genossen Robert Schmidt auf dem Kölner Gewerkschaftskongress gekennzeichnet sind, auf das entschiedenste entgegen zu treten.

Gegen diese Resolution wandte sich Kubig, da sie etwas Selbstverständliches enthalte und an der Parteierkennung vor dem nächsten internationalen Kongress nichts zu ändern sei. Lebhafter gestaltete sich die Diskussion über die Frage des Massenstreiks. Reumann und Rechner wurde die Diskussion geschlossen. In einem schneidigen Schlusswort fasste der Referent die Ergebnisse der Diskussion zusammen. Vor der Abstimmung der Resolution betreffend die Parteierkennung machte Reumann darauf aufmerksam, daß die Kreisgeneralversammlung ebenfalls über die Resolution zu beschließen habe, damit sie durch die Delegierten des Kreises auf dem Parteitag vertreten werden könne. Es erfolgte alsdann die Annahme der Resolution, sowie des Antrages, für den Fall der Ablehnung durch die Kreisgeneralversammlung die Resolution als solche der Ortsgruppe Pankow dem Parteitag vorzulegen. Ferner wurde der Antrag auf Ausschluß des Mitgliedes Koch, Wehmeier, 40, angenommen.

Nach der Bekanntgabe der neuen Mitglieder begründete Reumann noch nachstehende Resolution:

Die Versammlung nimmt von den Verhandlungen über den Pankower Wochenmarkt, die in der Gemeindevorstellung am 21. d. M. gepflogen wurden, Kenntnis und bestätigt, daß in Pankow ein erhebliches Bedürfnis dafür vorhanden ist, daß außer den Lebensmitteln auch andere Waren auf dem Wochenmarkt feilgeboten werden. Die Versammlung ist ferner davon überzeugt, daß infolge einer Einschränkung des Markthandels der Einlauf in Berliner Markthallen und Kaufhäuser vorgezogen werden wird, was weder im Interesse der hiesigen Geschäftsinhaber noch der Konsumenten liegen kann. Da aber das Interesse der Gesamtheit der Konsumenten über demjenigen einzelner Geschäftsinhaber stehen muß, die vielleicht gegen die Marktkonkurrenz nicht aufkommen können, wird die Gemeindevorstellung ersucht, alle Anträge auf Einschränkung des Wochenmarktes abzulehnen.

Kronfeldt wandte sich gegen diese Resolution, da der Kleinhandel durch eine derartige Unterstützung doch nicht vor dem Untergange, der infolge der kapitalistischen Wirtschaftsweise unvermeidlich ist, bewahrt werden kann. Tobler ist deshalb dagegen, weil bei der Rücksichtnahme auf den Kleinhandel die Konsumgenossenschaftsbewegung vernachlässigt wird. Für die Resolution traten Koch, Köber und Kubig ein und nach einem kurzen Schlusswort des Antragstellers wurde sie alsdann einstimmig angenommen.

Die Amtsniederlegung des früheren Amtsvorstehers Gottschall führte in der letzten Sitzung der Vertretung zu einer vorläufigen Erklärung durch den derzeitigen Amtsvorsteher Kuhn. Es kann als abgeschlossen gelten, daß Gottschall nur wegen der Hofbauabnahme-Verschiebung sein Amt niedergelegt hat, wodurch er dem vom Landrat angeordneten Disziplinarverfahren aus dem Wege gehen wollte. Die seit Jahren im Orte verbreiteten Gerüchte von Zuwendungen, welche dem Amtsvorsteher aus Anlaß des Verkaufs des Gutes Mühlenbeck an die Gemeinde gemacht worden seien, sind nach einem Ermittlungsverfahren hinlänglich. Dagegen ist als festgestellt zu betrachten, daß bei der Entgegennahme der Auflassung des Gutes beim Amtsgericht Oranienburg im Bahnhofsrestaurant von dem früheren Besitzer auf die Schwierigkeit der Unterbringung des Kapitals hingewiesen worden war, worauf bei der Auflassung zugegen gewesene Gemeindefürsorge Hehn erwählte, daß ihm eine Hypothek geländigt sei, und er den Weiskausen um die Höhe einer solchen ersuchte, die ihm auch in der Höhe von 125 000 M. zu 4 1/2 Proz. gewährt wurde. Desgleichen hat auch Gottschall einige Zeit später ebenfalls um eine Hypothek gebeten und dieselbe in der Höhe von 150 000 M. zu 4 Proz. erhalten.

Da die „Aufklärungskommission“ noch weiter tagt, so war die Angelegenheit vorläufig erledigt und wurde eine Debatte nicht beliebt.

Eine interessante Klage wird die Gemeinde gegen die königliche Charité anstrengen wegen einer Forderung von 112 M. Patient ist in Berlin heimataberechtig; die Charité liquidiert 4 M. pro Tag, während die Gemeinde nur 1 M. pro Tag eventuell zu zahlen hätte. Pankow ist aber nicht benachteiligt worden, daß der Patient dort auf Kosten Pankows untergebracht ist. Märclehteres der Fall gewesen, so hätte Pankow den Patienten, welcher geisteskrank geworden, kostenfrei in der Provinzial-Irrenanstalt Oberwalde unterbringen können. Die Charité beruft sich auf eine Kabinettsordre vom Jahre 1890, daß ihr das Recht der direkten Kostenanforderung zustehe, Pankow beruft sich auf das vom Jahre 1871 gegebene Unterbringungsgesetz, wonach die Heimatsgemeinde aufgefordert werden muß, zu zahlen.

### Schöneberg.

Der Wahlverein hielt am 21. August seine Mitgliederversammlung im Obfischen Lokale ab. — Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende mit warmen Worten unseres verstorbenen alten Parteigenossen Samuel Kirzitz; die Versammlung ehrte das Andenken des Dahingeschiedenen durch Erheben von den Plätzen. — Zum ersten Punkte der Tagesordnung wurde sodann der Bericht von der letzten Kreisgeneralversammlung von Genossen Kubit erstattet. In der Diskussion über denselben ging Genosse Wöllfing auf die schon des öfteren ventilerte Frage der Delegierten zu unseren Kreisgeneralversammlungen ein. Er übte Kritik an dem bestehenden Zustande, den er für unhaltbar erklärte, und unterbreitete einen Antrag, der die Einführung des Proportionalwahlsystems forderte. Dieser Antrag wurde von den Genossen Fischer, Däumig und Küter aus taktischen Rücksichten bekämpft und darauf in der Abstimmung abgelehnt. — Alsdann wurden zur bevorstehenden Kreisgeneralversammlung am 26. August die Genossen Däumig, Herrmann und Ketzfeld delegiert. — Der übrige Teil der Versammlung wurde ausgefüllt durch Stellungnahme zum Parteitag und Beratung von Anträgen zu demselben. Genosse Küter gab einleitend kurz einen Überblick über die Mannheimer Tagesordnung, mit deren Zusammenstellung er sich einverstanden erklärte. Eine ganze Reihe von Anträgen, darunter einige auf Umänderung der Tagesordnung abzielende, lag aus den Bezirken zur Beschlussfassung vor. Der 2. Bezirk beantragte, für den „Vorwärts“ Wochenabonnements einzuführen und den „Vorwärts“ zu verbilligen; der Antrag wurde abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurden zwei Anträge aus dem 4a und 5b Bezirke, die die Punkte „Strafrecht usw.“ und „Volks-erziehung“ vor den Punkten „Massenstreik“ und „Parteierkennung“ behandelt wissen wollten. Ein weiterer Antrag aus dem 5. Bezirk forderte, daß als Korreferent zum Punkt „Massenstreik“ der Genosse Legien bestellt werde; auch er wurde abgelehnt. Dagegen gelangte ein Antrag des 8b-Bezirks, zu demselben Punkte einen Korreferenten aus der Generalkommission der Gewerkschaften deren Stellungnahme zu der Massenstreikangelegenheit entwickeln zu lassen, zur Annahme. Ferner wurde zum Punkt „Massenstreik“ eine vom 10. Bezirk unterbreitete Resolution angenommen. Dieselbe bezeichnet den politischen Massenstreik „als die Waffe, die die Arbeiterschaft ihrem Ziele, der Eroberung der politischen Macht, als Hebel zur Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft näher bringen kann“; sie fordert den Parteitag zur Klärung der Meinungsdivergenzen zwischen Partei und Gewerkschaften in dieser

Frage auf, um dieses Kampfmittel zu einem wirksamen werden zu lassen. Zum Punkte „Kaiser“ beantragte der 6. Bezirk, der Parteivorstand solle sich mit der Generalkommission im Einvernehmen setzen, um in Zukunft Vorlesungen wie die in der „A. G.“ unzulässig zu machen und die Kaiserin zu einer einheitlichen auszugestalten. Dieser Antrag wurde nach einiger Diskussion angenommen. Ebenso ein weiterer aus dem 6. Bezirk, betreffend die Propaganda unter der proletarischen Jugend. Es soll eine Jugendzeitschrift herausgegeben werden, die sämtlichen Parteiblättern gratis oder zum Selbstkostenpreis als Beilage eingefügt werden solle. — Außerdem wurde noch ein Antrag des 8. Bezirks abgelehnt, die Unterhaltungsbeilage des „Vorwärts“ täglich erscheinen zu lassen. — Die Genossen Dornbusch und Böhm beantragten, auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages die „Alkoholfrage“ zu setzen; dieser Antrag wurde nach längerer Debatte mit knapper Majorität abgelehnt. Ebenso der letzte vorliegende, vom Genossen Bölling gestellte Antrag, aus dem Programm die „Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit“ zu streichen.

Unter Vereinsangelegenheiten wurde dem Vorschlag des Vorstandes entsprechend einstimmig beschlossen, gegen den Genossen Payer Gustav Albrecht das Ausschlussverfahren wegen einer Streikbruch gleich zu achtenden Handlung einzuleiten. Weiter forderte der Vorsitzende auf, die bis zum 30. August im Rathaus zur Einsicht ausliegenden Wählerlisten einzusehen; ferner wies er auf die am Donnerstag stattfindende Frauenversammlung hin. — Zum Schluss der Versammlung besprach noch Genosse Kettfeld die unter den Zeitungsfrauen der „Vorpost“ sich bemerkbar machende Bewegung zum Anschluss an die Organisation; Redner kritisierte scharf das scharfmacherische Auftreten des in Betracht kommenden Geschäftsführers der Schöneberger Filiale.

**Sichtenberg.**  
Am Dienstag, den 21. August, wurde in der Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins die Debatte über die Tagesordnung des Parteitages in Mannheim fortgesetzt. Beim Punkt 7 Sozialdemokratie und Jugendberziehung schilderte Genosse Karl Schulze in recht drastischer Weise die heulige Erziehung der Kinder in zahlreichen Arbeiterfamilien, besonders hervorhebend, daß der unheilvolle Einfluß des Alkohols eine besondere Schädigung herbeiführe. Die Debatte hierüber war eine besonders lebhaft. Folgende Anträge wurden nach längerer Aussprache angenommen:  
Der Parteitag wolle beschließen:  
Der „Vorwärts“ wird den Kommentaren von Groß-Berlin im Wochenabonnement für 20 Pf. abgegeben.  
Ferner: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages wird der Punkt „Die Alkoholfrage“ gesetzt.

Zur Kreis-Generalsammlung wurde ein Antrag des erweiterten Bezirkswahlvereins-Vorstandes mit großer Majorität angenommen:  
Die Delegierten zur Kreis-Generalsammlung werden beauftragt, gegen die Aufstellung eines Lichtenberger Genossen als Delegierter zum Parteitag Protest zu erheben, weil derselbe nicht von der Bezirksorganisation in Vorschlag gebracht ist.  
Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende von dem Ableben des Mitgliedes Albert Wachs Mitteilung und ehrte die Versammlung den Toten in der üblichen Weise.

**Friedrichsberg.**  
Im Bett verbrannt. Jener Unstille, Schauerromane nachts im Bett bei offenem Licht zu lesen, ist am Mittwoch in der dritten Morgenstunde die bei dem Führer des Winklers in Friedrichsberg dienende unberechnete 18jährige Klara Mertens aus Frankfurt a. O. zum Opfer gefallen. Das junge Mädchen hatte trotz der wiederholten Warnungen seitens der Frau W. in der Nacht wieder heimlich im Bett bei einem offenen Stearinlicht, das sie neben sich auf einem Stuhl zu stehen gehabt hatte, einen Schauerroman gelesen, war aber gegen 8 Uhr eingeschlafen und hatte das noch brennende Licht mit dem Arme umgestoßen, wobei das Bett Feuer fing und sofort in Flammen stand. Auf das Hilfergeschrei eilte sofort Frau W. herbei, fand aber die ganze Kammer verqualmt, so daß sie erst Luft machen mußte und dann das Feuer durch Aufwerfen von Decken und Säcken erlosch. Das junge Mädchen hatte aber so schwere Brandwunden erlitten, daß es sofort nach dem Krankenhaus geschafft werden mußte, woselbst es gestern vormittag seinen Qualen erlag.

**Zegel.**  
Wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen wurde gestern der 30jährige, zu Kahlitz geborene Arbeiter Hermann Durdel in Zegel polizeilich festgenommen. D. hatte einen zehnjährigen Knaben unter dem Versprechen, ihm etwas Schönes zu zeigen, in den Wald hinter Schloß Zegel gelockt, woselbst er an dem Kleinen strafbare Handlungen vornahm. Dann schloß der angetrunkene Unhold ein, und so gelang es dem Knaben nach dem Kaiserpavillon zu flüchten. Hier erzählte er weinend, was ihm geschehen, und es gelang einem Gendarmen, D. im Walde zu fassen und zu verhaften. Derartige Aktenstücke nehmen in letzter Zeit beträchtlich überhand, daß an Eltern und Erzieher nicht oft genug die Warnung gerichtet werden kann, ihre Kinder und Pflegebefohlenen vor dem Treiben mit fremden Kattern zu warnen.

**Trebbin (Kreis Teltow).**  
Die letzte Wahlvereinsversammlung hatte sich mit der Wahl des ersten Vorsitzenden zu befassen. Der frühere Vorsitzende, Zimmerer Köthe hatte an einer Krankheit teilgenommen und weil er von einigen Genossen deshalb bestig angegriffen wurde, erklärte er seinen Austritt aus dem Wahlverein. An seine Stelle wurde Genosse Staman gewählt. Derselbe gab auch den Bericht von der Verbandssammlung Groß-Berlins. Als Delegierte zur Generalsammlung wurden die Genossen Trebus, Richter und Staman gewählt. Unter Verschiedenem wurde auch die Verhinderung an den „Vorwärts“ gestreift. Einige Genossen beklagten sich, daß Trebbin so wenig im „Vorwärts“ berücksichtigt werde. Hierauf wurde erwidert, daß die Redaktion des „Vorwärts“ zu sehr streiche, oder gar nicht aufnehme; der Berichtstatter habe deshalb die Lust verloren und sein Amt niedergelegt. Zum Schluss wurden noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt.

Anmerkung der Redaktion: Die erhobenen Klagen gegen die Redaktion sind völlig haltlos. Soweit die wenigen uns aus Trebbin zugegangenen Berichte für die Öffentlichkeit Interesse hatten, ist auch deren Aufnahme erfolgt. Wenn das nicht immer in dem Umfang geschieht, wie dies manche Genossen wünschen, so wollen sie bedenken, daß man unter Umständen mit wenig Worten das selbe sagen kann wie mit vielen. Haben aber die Genossen wirklich Ursache zu berechtigten Klagen gegen die Redaktion, so sieht ihnen jederzeit eine Beschwerde an die Pressekommision frei.

**Röpenitz.**  
Dienstag, den 28. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Woll, Grünauerstraße (Ede Schönerlinstraße) eine Versammlung zum Zweck der Gründung einer „Freireligiösen Gemeinde für Röpenitz und Umgegend“ statt. Pflicht eines jeden aus der Kirche Ausgetretenen ist es, zu erscheinen.

**Johannisthal.**  
Am Dienstag, den 21. d. M., hielt der Wahlverein seine Mitgliederversammlung ab. Zunächst referierte der Vorsitzende Genosse Diederich über den Parteitag in Mannheim. Derselbe ging auf die vornehmsten Punkte der Tagesordnung des Parteitages, die Kaiserin und den politischen Massenstreik, ein und kritisierte scharf das Verhalten eines großen Teiles der Gewerkschaftsführer. Sodann sprach der Genosse Loh über den politischen Massenstreik und die Sozialdemokratie. Seine heftigsten aufgenommenen Ausführungen klangen dahin aus, daß der Massenstreik als eines der wichtigsten Kampfmittel des Proletariates anzusehen und demnach zu propagieren sei. Alle Redner in der Diskussion hielten sich auf denselben Standpunkt der beiden Referenten. Weiter beschloß die Versammlung, daß die nachfolgende Groß-Berlin auch für uns Geltung haben sollen. Beschlossen wurde ferner, am

18. Oktober das Stiftungsfest des Wahlvereins im Lokale des Genossen Stüger abzuhalten.

Zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Diederich, Degenhardt und Büchler gewählt.

Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß die Kreis-Turnerschaft Johannisthal am Sonnabend, den 25. August, im Lokale von Centleben ihr 9. Stiftungsfest feiert. Da dieselbe bei allen Veranstaltungen der Partei mitgewirkt hat, ersuchen wir um zahlreiche Beteiligung.  
Der Vorstand.

**Spandau.**  
Die Milch wird teurer. Die hiesigen Molkereibesitzer und Milchhändler, von denen einige im Laufe des Jahres vom Schöffengericht wegen Wildapantocherei zu ziemlich hohen Geldstrafen verurteilt wurden, haben eine Vereinbarung dahin getroffen, daß der Preis für einen Liter Milch von 20 auf 22 Pf. erhöht wird. Begründet wird diese Erhöhung, trotzdem die Futtermittel in diesem Jahre billiger als im vorigen Jahre sind, mit den hohen Viehpreisen; also auch eine Steigerung der Kreuzpreise. Am meisten wird von dieser Verteuerung natürlich wieder der Arbeiter getroffen. Wenn diese dann höhere Löhne verlangen, schreit alles über die Begehrlichkeit derselben.

Ein anscheinend „wichtiger weißer Akt“ wurde am vergangenen Sonnabend vorgenommen, die Wichtigkeit ist wenigstens daraus zu schließen, daß Magistrat unter Führung des Oberbürgermeisters, Stadtverordnete (unser Genosse natürlich ausgeschlossen), Vertreter der Presse usw. geladen und auch erschienen waren. Es handelte sich nämlich um die Einweihung eines von der Deutschen Bierbrauerei-Aktiengesellschaft eingerichteten Bier-Palastes, genannt die Havel-Terrasse. Spaltenlange Artikel brachte die hiesige bürgerliche Presse über die Pracht des Lokals, über die zahlreiche Beteiligung seitens des Magistrats und der Stadtverordneten und namentlich über die Vorzüglichkeit der Speisen und Getränke, die natürlich gratis verabfolgt wurden. Dem Vertreter des „Spandauer Tageblatts“ muß es namentlich sehr vorzüglich gemundet haben, denn er veröffentlicht unter einem großen Schwall von Lobhudeleien die ganze Speisefarte. Als im Mai d. J. der hiesige Naturheilverein auf einem von der Stadt gepachteten Plage sein Luftbad und seinen für Kinder eingerichteten Spielplatz eröffnete, da verlängerte der Magistrat, der auch dazu geladen war, durch Abwesenheit. Von den Stadtverordneten hatten sich zwei Herren eingefunden. Hier aber, wo es sich um die Eröffnung eines Trinkhauses handelt, erscheinen die städtischen Körperschaften fast in corpore. Man darf nun mal neugierig sein, ob für dies neue Lokal auch die Polizeifunde anfangs um 11 Uhr abends festgesetzt ist, wie dies bei allen anderen neueröffneten oder in andere Hände übergegangenen Restaurants der Fall ist. Vorherhand scheint es nicht so, denn das Lokal ist noch nach 12 Uhr nachts offen; allerdings waren auch die Gründer der Brauerei zwei Spandauer Stadträte und der Erbauer des neuen Hauses ist ebenfalls Stadtrat.

### Gerichts-Zeitung.

Elf weibliche Personen befanden sich gestern auf der Anklagebank der ersten Strafkammer des Landgerichts I, um sich wegen Verbrechen gegen leibendes Leben zu verantworten. Die beiden Hauptangeklagten waren die „Massen“ Anna Nicolaus und Marie Scharna. Beide Frauen hatten sich im Gefängnis kennen gelernt und sich dann zusammengetan, um die „Wäsche“ gemeinschaftlich zu betreiben, d. h. unter diesem Auswahlschild Frauen und Mädchen ihre das Licht der Sonne scheuenden Dienste, die nach § 218 Str.-G.-B. mit harter Strafe bedroht sind, zu leisten. Sie hatten ihren Geschäftsbetrieb im Osten Berlins und prisen ihre Klänge in Kellergewölben an, die sie auf der Straße verteilten ließen. Mit ihnen teilten nun Frauen und Mädchen, die sich in bedrängter Lage an sie gewandt hatten, die Anklagebank. Eine der Angeklagten war noch nicht 18 Jahre alt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Gerichtshof verurteilte die Nicolaus zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis, die Frau Scharna zu 2 Jahren 1 Monat Zuchthaus. Die mitangeklagten Frauen erhielten — mit Ausnahme von einer einzigen, die freigesprochen wurde — Gefängnisstrafen von 8 Wochen bis herab zu 1 Woche.

Der angeblich rechtlich noch in Kraft befindliche, von den Gerichten jedenfalls angewandte § 9 des alten preussischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 besagt: „Anschlagzettel und Plakate, welche einen anderen Inhalt haben, als Anschlagzettel über gesetzlich nicht verbundene Versammlungen, über öffentliche Versammlungen, über gestohlene, verlorene und gefundene Sachen, über Verläufe oder andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr, dürfen nicht angeschlagen, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden. Auf die amtlichen Bekanntmachungen öffentlicher Behörden sind die vorstehenden Bestimmungen nicht anwendbar.“ Auf Grund dieser Vorschrift des alten preussischen Preßgesetzes, die nach § 30 des Reichspreßgesetzes durch das letztere nicht berührt worden ist, war gegen den Zigarrenhändler Gust. Wenz ein Strafbescheid in Höhe von 5 M. erlassen. Die von ihm begangene Übertretung wurde darin erblickt, daß er im Schaufenster seines Geschäftsraumes, Wilhelmshavenstraße 61 folgendes Plakat ausgestellt hatte: „Hier werden die gerichtlichen Formulare für den Austritt aus der Kirche unentgeltlich ausgegeben und auf Wunsch ausgefüllt. Der Agitationsausschuß der freireligiösen Gemeinde.“ Herr Wenz beantragte gerichtliche Entscheidung, das Schöffengericht erkannte aber zu seinen Ungunsten. Auf die vom Rechtsanwaltschaft Dr. Karl Liebnecht eingeleitete Berufung hatte sich gestern die 8. Ferienstrafkammer mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Sie erkannte auf Verwerfung der Berufung.

### Versammlungen.

Als Delegierte zum Mannheimer Parteitag wurden im vierten Kreis die Genossen Otto Büchner, Paul Hoffmann und Richard Haeckelbusch gewählt.

Erwiderung. Nach dem Bericht im „Vorwärts“, Nr. 105, I. Beilage, hat der Genosse Liepmann in der Versammlung des fünften Wahlkreises unter anderem folgendes ausgesprochen: Die Gewerkschaftsmittglieder haben sich die von vielen ihrer Führer geplante Abschwächung der Kaiserin nicht gefallen lassen. Einen drastischen Beweis hierfür habe u. a. erst jüngst der Verbandstag der Schneider geliefert. Wenn die Delegierten dieses Verbandstages schließlich auch alles gebilligt haben, was ihr Hauptvorstand unternommen und angeordnet hat — seine Haltung zur Kaiserin aber haben sie entschieden gemißbilligt. — Um der Weiterverbreitung einer etwaigen Legendenbildung vorzubeugen, möchte ich demgegenüber bemerken, daß über die Form der Kaiserin, ob Arbeitsruhe oder nicht, weder auf diesem noch auf einem der vorhergehenden Verbandstage eine Debatte zwischen Vorstand und Verbandstagsdelegierten stattgefunden hat, die zu einer Mißbilligung der Haltung des Vorstandes führen konnte.

Das erklärt sich einfach dabei, daß unser Verband bisher von Kämpfen um die Arbeitsruhe am 1. Mai verschont geblieben ist und voraussichtlich auch noch in den nächsten Jahren verschont bleiben wird. Gätten andere Gewerkschaften, wie beispielsweise die Metallarbeiter, bei ihren Arbeitgebern auch keinen größeren Widerstand gefunden, dann wäre der Gedanke, in bezug auf die Arbeitsruhe am 1. Mai einen anderen Beschluß herbeizuführen, in Gewerkschaftskreisen jedenfalls gar nicht entstanden. Wenn trotzdem verhältnismäßig wenig Schneider den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern, so ist das nicht der Haltung des Verbandsvorstandes zuzuschreiben, sondern den stets wiederholten dehnbaren Parteitagbeschlüssen, daß jeder, der ohne wirtschaftliche Schädigung den 1. Mai durch Arbeitsruhe

feiern kann, dies zu tun hat. Gerade diese Beschlüsse, die niemanden bestimmte Verpflichtungen auferlegen, sondern es jedem einzelnen überlassen, darüber zu befinden, ob er durch die Arbeitsruhe wirtschaftlich geschädigt wird oder nicht, tragen Schuld daran, daß wir nicht zur Arbeit kommen. Die Halbtage ist es, die der Kaiserin seit 1890 bis zum heutigen Tage noch anhäftet. Anstatt dies klipp und klar einzugehen, wird bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die Gewerkschaftsführer losgehauen und diese der Masse als minderwertige Parteigenossen denunziert; dabei war es doch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion von 1890, die gerade diese Aktion vom ersten Tage an gelahmt hat. Ich habe damals trotz des Verbots als noch im Verzug beschäftigter Gewerkschaftsführer den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert, wären wir damals so fortgefahren, so fände es heute anders dastand.

Ich bemerke also nochmals, daß besondere Anweisungen unseres Verbandes in bezug auf die Kaiserin, so lange der Verband besteht, nicht ergangen sind, und anders ist in den letzten Jahren auch nicht verfahren. Bestimmte Beschlüsse zu fassen in bezug auf die Arbeitsruhe wurde stets den einzelnen Filialen des Verbandes überlassen.

**Erklärung.** Nach dem Bericht des „Vorwärts“ hat der Genosse Liepmann in der Versammlung des fünften Wahlkreises der Meinung Ausdruck gegeben, daß ich in der Generalversammlung von Groß-Berlin erklärt habe, bezüglich der vielumstrittenen These I der „enthüllten“ Massenkreislösung des Parteivorstandes und der Generalkommission habe nicht Selbstmord, sondern Bebel recht. Diese Behauptung ist un wahr; ich habe erklärt, mir scheint die Differenz beider Thesen sehr gering. Ich konnte schon deshalb nicht zu der von Liepmann mit ungetheilten Behauptung kommen, weil ich an jener Konferenz gar nicht teilgenommen habe.  
Robert Schmidt.

Zu dem geringen Versammlungsbericht im fünften Kreis ist erläuternd hinzuzusetzen: Der Parteivorstand hat zur Unterstützung aller Waienausgiperten 90 000 M. hergegeben, und zwar erfolgte die Zahlung der verlangten ersten Rate, wie auch in dem Berichte bemerkt, innerhalb vier Tagen. Wie wären auch, so führte ich weiter aus, sicher mit noch mehr beigetragen, was ja durch die offizielle Übernahme der Buchbinderlisten seitens der Berliner Partei bewiesen wird.

Um irgend welchen Reklamationen, auf welche ich aufmerksam gemacht wurde, vorzubeugen, bitte ich, die keine Verichtigung zu veröffentlichen. Ebenso habe ich nicht von der Haltung des Hauptvorstandes der Schneider gesprochen, sondern vom Kölner Kongress und der Haltung der Verbandsgeneralversammlung zu diesem.  
Leopold Liepmann.

### Vermischtes.

**Klassenhaft.** Vor einigen Jahren fand in Paterson, New Jersey, Vereinigte Staaten von Amerika, ein Seidenwebereistreik statt. Die Streiker, meistens Italiener, ließen sich zu Gewalttätigkeiten hinreißen, für die u. a. auch ein Anarchist, Mac Quen, verantwortlich gemacht wurde. Dieser war zur Zeit der ausgebrochenen Streifenkämpfe gar nicht in der Stadt, wurde aber als Urheber angeklagt und zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Er entfloß erst und stellte sich dann freiwillig in dem Glauben, daß er bald begnadigt werden würde. Wie die New Yorker Volkszeitung berichtet, trat kürzlich die zuständige Behörde, welche die Begnadigungen empfiehlt, zusammen, aber Mac Quens Fall wurde zurückgestellt. „Einem Arbeiter“, sagt die „Volkszeitung“, „wurden zehn Jahre Zuchthaus, die Hälfte seiner Strafe, geschenkt; der Anarchist, der tatsächlich unschuldig im Kerker sitzt, muß weiter sitzen.“

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markt- und Viehverwaltung. (Großhandel.)

Ware	Preis	Ware	Preis																																																																																																																																																																																																			
Rotfleisch Ia	69-73	Perd. 100 Pfd.	100																																																																																																																																																																																																			
IIa 63-68	IIIa 57-62	IVa 52-56	Englische Bullen 0,00	Dänische Bullen 0,00	Polnische Bullen 0,00	Doppelwägen 100-110	IIa 80-85	IIIa 70-75	IVa 60-65	Dammfleisch Ia 77-82	IIa 67-75	Schweinefleisch 68-74	Rehfleisch Ia per 100 Pfd.	0,60-0,70	IIa 0,40 bis 0,58	Rotmilch Ia per 100 Pfd.	0,40-0,50	IIa 0,25-0,30	Dammöl 0,43 bis 0,44	Waldöl Ia per 100 Pfd.	0,35-0,40	Reis Ia 0,00	Rindfleisch per 100 Pfd.	0,40-0,75	Blutenten Ia per 100 Pfd.	0,00	Rehhafer, junge Ia 0,80-1,05	junge kleine 0,40-0,75	alte 0,60-0,70	Hühner, alte, per 100 Pfd.	1,30-2,75	alle, IIa 0,00	junge, per 100 Pfd.	0,50-1,30	Lamben, junge, per 100 Pfd.	0,30-0,52	alte 0,00	Enten, junge per 100 Pfd.	1,35-2,50	alte per 100 Pfd.	0,00	Hamburger, junge, per 100 Pfd.	2,80	Gänse, Ia per 100 Pfd.	0,60-0,66	IIa 0,55-0,59	Ia per 100 Pfd.	3,00 bis 5,00	IIa 1,50-3,00	Bonlets per 100 Pfd.	0,90-1,45	do. klein 0,60-0,80	Heide, per 100 Pfd.	80-97	Jander 0,00	Schiffe 113-114	Biele 0,00	Stale, groß 105	mittel 83-87	klein 0,00	unsortiert 59-74	Wölfe 0,00	Karpen 82-88	Birse 0,00	matt 0,00	Wassermelone 0,00	Karotten 78	matt 0,00	Weiß 40	Bunte Hühner 56	Amerik. Lachs I neuer per 100 Pfd.	110-130	do. II neuer 90-100	do. III neuer 50-75	Seelachs 20-25	Hühner, neu I, per 100 Pfd.	9	do. pomm. II 2-3	Acker, Steige Ia 4-6	do. mittel per 100 Pfd.	2-3	do. klein per 100 Pfd.	0,00	Büdinge, per Ball 4-5	Strahlwurz 5-6	Kale, groß per 100 Pfd.	1,10-1,50	mittler 0,80-1,00	klein 0,50-0,60	Gerlinge per 100 Pfd.	4-5	Schwefel 3-4	do. 1/2 Riste 2-3	Kablau, per 100 Pfd.	10-13	Heilwurz 25	Sardellen 1902er, per 100 Pfd.	1901er 90	1902er 82	1903er 65	Schwefel 3-4	1905 0,00	large 40-44	full 38-38	mod. 35-42	deutsche 37-44	Gerlinge, neue Ralies, per 100 Pfd.	60-120	Kummern, IIa, 100 Pfd.	0,00	Gerlinge, per 100 Pfd.	große 16,50	mittel 0,00	kleine 0,00	unsortiert 3,50-5	Galziger 0,00	Hier, Rand, per 100 Pfd.	2,60-3,50	Wasser per 100 Pfd.	122-124	IIa 118-120	IIIa 112-116	abfallende 95-110	Saure Gurken Schod 2,60-3,00	Wessergurken 2,60-3,00	Kartoffeln per 100 Pfd.	1,50-1,75	neue runde 2,00-2,25	neue runde 2,25-2,50	neue Gerbter 2,25-2,50	Spinat p. 100 Pfd.	12-18	Strohenten p. Schod 2,00-2,50	Seelische, hiesige, p. Schod 1,25-5,00	Reisfleisch 100 Pfd.	3-3,50	Peterfille, grün, Schod 1,00	Kohlstrahl p. Schod 0,50-1,00	Kettig, harr, p. Schod 2,40 bis 4,80	Radleschen p. Schod 0,60-0,70	Salat, p. Schod 1,00-1,40	Bohnen, grüne, per 100 Pfd.	6-12	Wassersohnen 8-16	Schoten per 100 Pfd.	10-20	Wessergurken per 100 Pfd.	12-20	Wohrkräuter per 100 Pfd.	4-5	Blumenkohl per 100 Pfd.	1,00-2,00	Wirsingkohl per 100 Pfd.	1,00-2,00	Wirsingkohl p. 100 Pfd.	25-30	Gurken, Gerbter, Schod 0,75-1,00	do. Einlege, Schod 1,25-2	do. Rohkrug 3-4	do. Reinger 3-4	do. Einlege-(Zeni)-10-14	Kohlkräuter, Rande 0,75-1,25	Tomaten, hiesige 100 Pfd.	8-12	Birnen, ital. per 100 Pfd.	14-20	hiesige 5-11	Äpfel 14-20	böhmische 7-16	Kettig 6-12	Apfel, ungar. per 100 Pfd.	8-14	italienische 8-15	hiesige 6-12	Preißelbeeren 15-18	schwebeliche 17-20	Stiefchen, laurere 0,00	Nanbeeren per 100 Pfd.	8-12	Plummen, ital. runde bunfle per 100 Pfd.	10-25	ital. lange gelbe 10-12	ital. runde 8-10	ungarische 10-12	hiesige 5-7	Reinleuchten 10-18	Pflanzon, Refina 300 Stüd 18,00-22,00	350 Stüd 12,00-16,00	200 Stüd 7,00-12,00	420 Stüd, klein 7,00	Pflirsche, Werberche per 100 Pfd.	15-25	französische 20-40	italienische I Riste 1,50-2,00	do. II Riste 0,90-1,00	do. III Riste 1,00-1,20	do. in Körben per 100 Pfd.	20-45

### Witterungsüberblick vom 23. August 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C		
Emmende.	757	SW	2	heiter	19	Saparanda	752	SW	2	wolfig	10
Obernburg	758	SW	3	wolfig	18	Petersburg	754	SW	3	halb bb.	11
Berlin	759	SW	1	heiter	19	Scilly	761	SW	1	bedekt	16
Frankfurt a. M.	761	SW	3	wolfig	19	Aberdeen	764	SW	2	wolfig	8
München	765	SW	4	wolllt	19	Paris	762	SW	1	mollent	13
Wien	764	SW	1	Dunst	16						

**Wetterprognose für Freitag, den 24. August 1906.**  
Kühler, vorwiegend wolfig mit leichten Regenschauern und schwachen südwestlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau

**Wasserstand am 22. August.** Elbe bei Kuyß + 0,34 Meter, bei Dresden + 1,73 Meter, bei Magdeburg + 0,88 Meter. — Unstrut bei Braunschweig + 1,30 Meter. — Oder bei Rathow + 1,44 Meter, bei Breslau + 5,06 Meter, bei Breslau Unterpegel + 0,58 Meter, bei Frankfurt + 0,79 Meter. — Weichsel bei Braßmünde + 2,92 Meter. — Warthe bei Posen + 0,16 Meter.

